Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags. 1919-1930

1926

31 (30.3.1926)

Visual Library

Amtliche Berichte
über die
Verhandlungen des Badischen Landtags.

31. Sitzung.

Dienstag, den 30. März 1926, vormittags 9 Uhr.

Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingänge. Sodann

I. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs über Änderung des Schulgesetzes vom 7. Juli 1910 (Drucks. Nr. 100, 100a),
Berichterstatter Abg. Rückert.

II. *Mündliche Berichte des Haushaltsausschusses und Beratung über
1. den Antrag des Staatsministeriums auf Vorwegbewilligung der Anforderungen für die im Staatsvoranschlag 1926/27 vorgesehenen Bauarbeiten,
Berichterstatter Abg. von Au, Dr. Föhr, Weißhaupt, Marum, Rückert, Seubert,
2. den Gesetzentwurf zur Ergänzung des Gesetzes vom 18. Dezember 1925 über die Aufnahme einer Anleihe (Drucks. Nr. 115, 115a),
Berichterstatter Abg. Marum.

III. *Mündliche Berichte des Ausschusses für Gesuche und Beschwerden und Beratung über die Gesuche der
1. K. Richter u. a. zuruhegesetzte Eisenbahnoberinspektoren um nachträgliche Änderung ihrer Ruhegehaltsbezüge,
Berichterstatter Abg. Amann,
2. W. Gaukel, Zugführer a. D. in Basel, um Rechtshilfe,
Berichterstatter Abg. Dr. Hoffmann,
3. G. Stellberger in St. Leon um Erhöhung seines Ruhegehalts,
Berichterstatter Abg. Kurz,
4. H. Schaller u. Th. Kleinhaus, Schleusenwärter in Mannheim, um Einreihung in eine höhere Besoldungsgruppe,
Berichterstatter Abg. Amann,
5. W. Zeh u. Genossen, Eisenbahnarbeiter in Weingarten, um Gewährung einer laufenden Rente,
Berichterstatter Abg. Amann,
6. Brückenwärter Heck u. a. in Diedesheim um Einstufung in Gruppe IV der Besoldungsordnung,
Berichterstatter Abg. Amann,
7. E. O. Tröscher, Fabrikdirektor a. D. in Dettighofen, Entschädigung für eine vom Staatsministerium zurückgezogene Konzession einer Wasserkraftanlage an der Schlücht,
Berichterstatter Abg. Fischer-Unterlauchringen,
8. Abgebaute zweite Beamte der Eisenbahnverwaltung der vormaligen badischen Staatsbahnen, Einstufung dieser Beamten in Gruppe X der Besoldungsordnung,
Berichterstatter Abg. Amann,
9. K. Käser in Untermutschelbach um Baudarlehen,
Berichterstatter Abg. Kurz,
10. Prof. Dr. V. Rehm in Oberkirch um Wiederverwendung im Staatsdienst,
Berichterstatterin Abg. Frau Richter,
11. Oberwerkführer Karl Gailing in Bruchsal um Zurücknahme seiner einstweiligen Zuruhesetzung,
Berichterstatter Abg. Kurz,
12. W. Schippers in Bruchsal um Rechtshilfe,
Berichterstatter Abg. Dr. Hoffmann,
13. A. Köhler in Rheinsheim um Einreihung in Gruppe V der Besoldungsordnung,
Berichterstatter Abg. Brixner,
14. A. Osterle, Seiler in Karlsruhe, um Rechtshilfe,
Berichterstatterin Abg. Frau Fischer-Karlsr.

IV. *Begründung und Beantwortung der Förmlichen Anfragen der Abgeordneten.
1. Klaiber u. Gen., zollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch (Drucks. Nr. 102),
2. Dr. Mattes u. Gen., Zwischenkredit für die badische Landwirtschaft (Drucks. Nr. 103).

V. *Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses und Beratung über
1. den Antrag der Abg. Bock u. Gen., Osterbeihilfe an die Erwerbslosen (Drucks. Nr. 110, 110a),
Berichterstatter Abg. Kühn;
2. das Gesuch des Stadtrats der Kreishauptstadt Lörrach, Umwandlung der Mädchenbürgerschule in eine Mädchenrealschule,
Berichterstatter Abg. Rückert.

* Kam nicht mehr zur Behandlung.

Bibl.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Am Regierungstisch: Minister des Innern und des Kultus und Unterrichts **Remmele**, Ministerialdirektor Dr. **Schmitt**, die Ministerialräte Dr. **Hirsch** und Dr. **Huber**, die Oberregierungsräte **Füß**, **Künkel**, **Nerz**, Regierungsrat Dr. **Denz**.

Inhaltsverzeichnis:

Siehe Schluß des Berichts Sp. 1543/44.

Präsident Dr. Baumgartner eröffnet um 9½ Uhr die Sitzung mit folgender

Ansprache:

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Die Mitglieder des Hauses erheben sich.)

Gestern Nachmittag wurde Reichskanzler a. D. Reichstagsabgeordneter Constantin Fehrenbach droben in Freiburg zur ewigen Ruhe gebettet.

Mit der Reichsregierung und dem Reichstag hat die badische Staatsregierung und der Badische Landtag zum Zeichen der tiefen Trauer und zum Ausdruck der Wertschätzung und Hochachtung für den Heimgegangenen an der Beisetzung der sterblichen Hülle des Verewigten teilgenommen. Das badische Volk trauert um ihn als einen seiner markantesten Söhne und als einen seiner verdienstvollsten Führer. Der Badische Landtag ehrt ihn als sein einstiges, langjähriges, verdientes Mitglied und vormaligen Präsidenten.

Constantin Fehrenbach ist geboren am 11. Januar 1852 zu Wellendingen im badischen Hochschwarzwald als Sohn eines Volksschullehrers. Er nahm aus dem Elternhause mit ins Leben eine ernste christliche Lebensauffassung, Einfachheit und Schlichtheit, aber auch eine gediegene Vorbildung für seinen späteren Studien- und Lebensgang. Nach Absolvierung seiner Gymnasial- und Universitätsstudien und nach Erfüllung seiner militärischen Dienstpflicht ließ er sich als Rechtsanwalt in Freiburg nieder. Seine hervorragende Befähigung, seine glänzende Rednergabe, das energische und unerschrockene Bekenntnis seiner politischen Überzeugung erwarben ihm früh das Vertrauen seiner Parteifreunde, die ihn als ihren Erwählten 1884 in den Bürgerausschuß von Freiburg, 1895 in den dortigen Stadtrat und bald danach in das Kreisparlament entsandten. Mehr als 25 Jahre gehörte er dem Stadtrat in Freiburg an und hat als solcher überragende Verdienste um diese seine zweite Heimat erworben. Die Stadt Freiburg würdigte diese Verdienste, indem sie ihm das Ehrenbürgerrecht verlieh.

Schon im Jahre 1885 wurde er in den Badischen Landtag gewählt, dem er bis 1887 und dann wieder von 1901—1913 angehörte. 1907—1909 bekleidete er die Würde des Präsidenten der II. Kammer des Badischen Landtags. Von 1903 bis zu seinem Tode war er ununterbrochen Mitglied des Deutschen Reichstags. 1917 und 1918 war er auch der Vorsitzende von dessen Hauptausschuß. Am 8. Juni 1918 wurde er als Nachfolger Dr. Kämpfs auf den Präsidentenstuhl des Reichstags berufen. Nach dem Zusammentritt der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung wurde er auch deren Präsident und danach der erste Präsident des Reichstags der neuen deutschen Republik. Dieses Amt verwaltete er, bis ihn der Zwang der außerordentlich schwierigen Lage unseres Volkes im Juni 1920 dazu nötigte, gegen seinen Willen das Amt des deutschen Reichskanzlers zu übernehmen.

Unter den furchtbarsten außenpolitischen Schwierigkeiten mußte er das Amt verwalten. Ihm war es auferlegt, zum erstenmal auf der Konferenz in Spaa in persönlichen Verhandlungen mit unseren einstigen Kriegsgegnern Freiheit und Recht unseres Volkes zu vertreten. Daß die Verhandlungen in Spaa scheiterten, lag nicht an ihm, sondern an der Allgewalt der damaligen außenpolitischen Verhältnisse. Noch waren die Völker nicht reif für den Gedanken der wahren Freiheit, des Rechts, der Gerechtigkeit und der Völkerverständigung. Er trat daher von seinem Amt als Kanzler zurück und übernahm dann im Jahre 1923 die Führung der Zentrumsfraktion des Reichstags, die er bis zu seinem Tode beibehielt. Es ist charakteristisch für sein Wesen und Wollen, daß er trotz Anzeichen seines Alters, trotz Anzeichen von Abspannung und Ermüdung seinen Posten nicht verließ, bis er all die Arbeit getan hatte, die er für seine Pflicht hielt. Nach Abstammung, Erziehung, Bildungs- und Werdegang in der alemannischen Heimat wurzelnd, war Fehrenbach allzeit ein echter, aufrechter Mann des Volkes. Seine glänzende Rednergabe, sein klarer staatsmännischer Blick für die politischen Gegebenheiten, Begrenztheiten und Möglichkeiten, sein hohes Verantwortungsgefühl, verbunden mit einer heißen Liebe zu Volk und Vaterland, machten ihn hervorragend geeignet zu einem der bedeutendsten Führer im politischen Leben unseres Volkes.

Unvergessen ist es ihm, wie einst er im Reichstag anläßlich der Zaberner Sturmdebatte mit hohem sittlichen Ernst und größtem Freimut vor der aufhorchenden politischen Welt den Empfindungen der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes Ausdruck gegeben hatte gegen gewisse Exzesse des damaligen militaristischen Systems. Unvergessen wird es aber auch sein, daß er allen Verunglimpfungen gegen den ersten Reichspräsidenten Ebert mit der ganzen Macht seiner Persönlichkeit und dem großen politischen Gewicht seines Wortes entgegentrat und sich stets schützend vor den zu Unrecht angegriffenen ersten Reichspräsidenten stellte. Wie schon im Freiburger Bürgerausschuß und im Kreisparlament, so hat er auch im Badischen Landtag und im Deutschen Reichstag mit der Gewalt seines Wortes und mit dem idealen Schwung seiner Gedanken, mit der hinreißenden Glut seiner Beredsamkeit Freunde und Gegner gepackt und im Banne gehalten. Sein allzeit vornehmes, ritterliches Wesen, seine warmherzige, oft humorvolle Wesensart, gewannen ihm überall wärmste Sympathien. Seine in weltgeschichtlich ernsten Stunden unseres Vaterlandes treu bewiesene Pflichterfüllung, seine fürsorgende Liebe zum Volke, zum engeren Heimatlande Baden, wie zum großen deutschen Vaterlande, seine hervorragenden Verdienste um Heimat und Staat, um Volk und Reich, sichern ihm auch bei uns ein dauerndes und dankbares Gedenken.

Sie, meine Damen und Herren, haben sich zum Zeichen dessen und zur Ehrung des Dahingeschiedenen von Ihren Plätzen erhoben.

Ich stelle dies fest und danke Ihnen.

Der Präsident gibt hierauf folgende

Eingänge

bekannt:

I. **Verhinderungsanzeigen:**

sind eingelaufen seitens der Abg. Martin und Frau Rigel wegen Erkrankung.

II. **Regierungsmitteilungen:**

1. Gesetzentwurf zur Ergänzung des Gesetzes vom 18. Dezember 1925 über die Aufnahme einer Anleihe — vorgelegt vom Herrn Finanzminister — (Drucks. Nr. 115).

   Der Gesetzentwurf wurde, weil dringlich, bereits gemäß § 31 Gesch.O. dem Haushaltsausschuß überwiesen. Dieser hat sich mit ihm beschäftigt, und steht der Gesetzentwurf auf der heutigen Tagesordnung.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

2. Bereiterklärungen des Herrn Minister des Innern zur Beantwortung der Förmlichen Anfragen der Abg.
   a) Klaiber und Gen., zollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch (Drucks. Nr. 102),
   b) Dr. Mattes und Gen., Zwischenkredit für die badische Landwirtschaft (Drucks. Nr. 103).

   Die beiden Förmlichen Anfragen werden auf der Tagesordnung von heute Nachmittag gesetzt werden..
3. Mitteilung des Herrn Ministers der Finanzen vom 24. März, Bekämpfung der Erwerbslosigkeit, hier Vorwegbewilligung der Anforderungen für die im Staatsvoranschlag 1926/27 vorgesehenen Bauarbeiten.

   Diese Mitteilung mit der Anlage wurde bereits, weil dringlich, gemäß § 31 Gesch.O. dem Haushaltsausschuß überwiesen.

   Sie ist beraten und steht auf der heutigen Tagesordnung.

III. **Aus der Mitte des Hauses:**

ist eingegangen am Schlusse der letzten Sitzung eine

Förmliche Anfrage der Abg. Dr. Mattes und Gen., Gebäudesondersteuer der Hotelbetriebe.

Durch Entschließung vom 28. Juli 1925 hat der badische Landtag die Regierung ersucht, die Gemeinden anzuweisen, daß auf Grund § 9 des Gebäudesondersteuergesetzes Hotelbetrieben, die während eines Teils des Jahres wenig oder gar nicht benutzt werden, ein entsprechender Teil der Gebäudesondersteuer erlassen wird.

Diese Anweisung wird sehr oft nicht durchgeführt und dadurch die schwierige Lage vieler Hotelbetriebe noch vergrößert.

Was gedenkt die Regierung zu tun, um die sofortige Durchführung der Landtagsentschließung zu erreichen?

Ist als Drucks. Nr. 114 gedruckt und verteilt. Die Förmliche Anfrage wurde bereits dem zuständigen Herrn Minister zugeleitet.

IV. **Gesuche:**

1. des Verbandes bad. landw. Genossenschaften, Berücksichtigung der Herabsetzung der Grundsteuerwerte bei den Vorauszahlungen auf Grund- und Gewerbesteuer in den Monaten April und Juli 1926.
2. des Ausschusses zum Schutz des Neckartales und der alten Brücke zu Heidelberg, Neckarkanal usw.,
3. des E. Giesin in Wyhlen, Oberrheinfischerei,
4. des F. Engelbrecht in Freiburg, Verkauf des Holz-Lehrbetriebs St. Trudpert,
5. des Wagenmeisters a. D. Schell u. a. früherer Eisenbahnbeamter um Rechtshilfe.

Geschäftliche Behandlung.

Die Gesuche Ziff. 1 und 2 werden dem Haushaltsausschuß, die Gesuche Ziff. 3—5 dem Ausschuß für Gesuche und Beschwerden überwiesen.

Das Haus ist einverstanden.

V. **Sonstiges:**

1. Druckschrift „Badische Landtagswahl am 25. Oktober 1925", bearbeitet und mitgeteilt vom Statistischen Landesamt in 85 Stück.

   Ist verteilt.
2. Druckschriften des Bundes der Auslandsdeutschen.

   Werden in den Fraktionen verteilt.

Zur Beantwortung der

Kurzen Anfrage der Abg. Dr. Schmitthenner und Gen., die Steinlieferungen bei Reichs-, Staats- und Gemeindebauten betr.

„Steinbruchbesitzer und Steinhauereien im Neckartal klagen darüber, daß bei staatlichen und städtischen Bauten die Steinlieferungen von den Baubehörden nicht unmittelbar an die Steinbruchunternehmer, sondern auf dem Umweg über die Bauunternehmer und, wie z. B. bei der Friedrich Ebert-Brücke in Mannheim, an nichtbadische Betriebe vergeben werden und die Lieferung oft nur einer einzigen Firma zugute kommt, während die Mehrzahl der badischen Betriebe ohne Auftrag und daher ohne Arbeit bleibt.

Ist die Regierung bereit, zur Behebung dieser Mängel und zur Verminderung der Arbeitslosigkeit in den genannten Betrieben, dahin zu wirken daß bei Staatsbauten bei Bauten mit staatlicher Unterstützung und bei Bauten der Gemeinden, wie z. B. bei den derzeitigen Umbauten der Reichsbahnbrücken, Tunnels, Neckarbrücken, Neckarkanalbauten, die Steinlieferungen unmittelbar an die Steinbruchunternehmer und in erster Linie an badische Firmen vergeben werden?"

erhält das Wort

Ministerialrat Dr. **Hirsch:**

Im Bereiche der staatlichen Hochbauverwaltung und der Wasser- und Straßenbauverwaltung erfolgt die Vergebung der Steinlieferungen von jeher im Sinne des Wunsches der Anfragesteller. Auch hat die Neckarbaudirektion Stuttgart mitgeteilt, daß bislang die größeren Steinlieferungen sowohl auf der badischen als auch auf der württembergischen Neckarstrecke an Steinbruchbesitzer, und zwar in der Hauptsache an badische übertragen worden sind.

Eine abweichende Stellung nimmt die Reichsbahndirektion Karlsruhe ein, die mir in der Angelegenheit folgende Mitteilung zugehen ließ:

Bei der Reichsbahn wie bei der früheren badischen Eisenbahnverwaltung wurden bisher in der Regel die Steinlieferungen für Bauten von Brücken, Tunneln, Stützmauern usw. den Bauunternehmern übertragen. Die unmittelbare Beschaffung der Steine vom Steinbruchbesitzer verursacht erheblich größere Verwaltungsarbeit und führt bei nicht plan- oder fristmäßiger Lieferung zu Schwierigkeiten mit den Bauunternehmern. Bei getrennter Vergebung der Steinlieferungen und der Bauarbeiten ist die Frage der Haftung für die Beschaffenheit des fertigen Bauwerks unklar, bei Mängeln wird sowohl der Steinlieferer wie der Bauunternehmer die Gewährleistung ablehnen und die Schuld an dem Mangel auf den anderen Teil zu schieben suchen.

Trotzdem haben wir in großem Umfange Vorsatzsteine und Gewölbequader für Tunnel, sowie Auflagerquader für Brücken von badischen Steinlieferanten unmittelbar bezogen, um ihnen die in Ihrem Schreiben angegebenen Vorteile zu bieten.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir nicht unerwähnt lassen, daß für den Hornberger Talübergang die Lieferung der badischen Steinlieferanten so mangelhaft war, daß der Unternehmer einen außerbadischen Steinlieferanten hinzuziehen mußte, um in seiner Arbeit nicht in Rückstand zu kommen.

Wir haben zwar teils aus ästhetischen Gründen, teils in der Absicht, der heimischen Steinindustrie Verdienstmöglichkeiten zu schaffen, bei den Brückenumbauten den bodenständigen, aber teueren Massivbau in Stein oder mit Steinverkleidung

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

gewählt. Wir würden uns jedoch nicht mehr in der Lage sehen, weiterhin diese Bauweise gegenüber unserer Hauptverwaltung zu verantworten, wenn die badischen Steinlieferanten in bezug auf Lieferfristen, Güte und Preisbildung nicht pünktlicher und entgegenkommender sind."

Auf Vergebung der Steinlieferungen für Gemeindebauten steht der Staatsverwaltung eine Einflußnahme nicht zu.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort

Finanzminister Dr. **Köhler:**

Im Auftrag des Staatsministeriums habe ich die Ehre, Ihnen den Entwurf des Staatsvoranschlags für die Rechnungsjahre 1926 und 27 zur Beratung und Zustimmung vorzulegen. Der Staatsvoranschlag wird diesmal erst kurz vor Beginn des neuen Rechnungsjahres eingebracht. Die Gründe dafür dürften dem Hohen Hause bekannt sein. Sie liegen neben der verspäteten Regierungsbildung in der Notwendigkeit und Schwierigkeit einer genauen Etatisierung und richtigen Festsetzung der vom Reiche zu überweisenden Steuerbeträge und weiter — ich will das ganz offen hier aussprechen — in unserem ernsten Bemühen, unter allen Umständen einen Etat vorzulegen, der in Einnahme und Ausgabe das Gleichgewicht hält. Im übrigen ist auch im alten Staat der Staatsvoranschlag stets erst kurz vor Beginn des neuen Etatjahres zur Vorlage gebracht worden.

Der Voranschlag ist wieder auf zwei Jahre aufgestellt worden. Die Erfahrungen, die wir mit der zweijährigen Budgetperiode nicht nur in ruhigen Zeiten, auch in der jetzt abgelaufenen Budgetperiode 1924/25 gemacht haben, ließen es angezeigt erscheinen, diese Maßnahme beizubehalten; denn während dieser Budgetperiode, die finanzpolitisch genommen, sicherlich zu den schwierigsten gehört, war eigentlich nur ein einziger sachlicher Nachtrag notwendig. Andererseits gibt aber gerade die zweijährige Budgetperiode die Möglichkeit einer ruhigen und stetigen Entwicklung der Staatsverwaltung in weit höherem Umfange, als dies bei der einjährigen Budgetperiode der Fall ist; ganz abgesehen davon, daß in der zweijährigen Budgetperiode auch ein Stück Geschäftsvereinfachung nicht nur für die Staatsverwaltung, sondern auch für die Volksvertretung liegt. Voraussetzung für die Durchführung der zweijährigen Budgetperiode ist allerdings eine peinlichst genaue Etatisierung.

Der neue Staatsvoranschlag sieht an ordentlichen Ausgaben jährlich vor	218 Mill. RM.
denen an ordentlichen Einnahmen gegenüberstehen jährlich	227 „ „
Wir haben also einen Überschuß der ordentlichen Einnahmen von jährlich	9 Mill. RM.
für die beiden Budgetjahre zusammen also von	18 Mill. RM.
Die außerordentlichen Ausgaben beanspruchen für beide Jahre nach Abzug der außerordentlichen Einnahmen	30,7 Mill. RM.
und einschließlich der aufrecht zu erhaltenden Restkredite in Höhe von	2,3 „ „
insgesamt	33 Mill. RM.

Zur Deckung dieser Ausgaben des außerordentlichen Etats stehen zur Verfügung der eben erwähnte Einnahmeüberschuß im ordentlichen Etat in Höhe von 18 Millionen RM. und weiterhin aus den Überschüssen des umlaufenden Betriebsfonds 10 Millionen, insgesamt also 28 Millionen.

Für die Deckung des Restbetrags von 5 Millionen RM. brauchen keine besonderen Mittel vorgesehen zu werden, da von den im neuen Staatsvoranschlag enthaltenen Ausgaben Beträge in Höhe von rund 5 Millionen RM. bereits im Rechnungsjahre 1925 vorschüßlich bezahlt worden sind.

Unser Etat ist damit im Gleichgewicht, wie sein Vorgänger. Dieses Ergebnis zu erreichen, war ganz besonders schwer. Die erste, schon unter dem Gesichtspunkt der Einschränkung gefertigte Aufstellung des Budgets zeigte ein Defizit von nicht weniger als 72 Millionen RM. Um diesen außerordentlich hohen Betrag herabzumindern, waren die schärfsten Eingriffe notwendig. Alle Ministerien waren genötigt, eine ganze Reihe an sich durchaus gerechtfertigter und notwendiger Anforderungen entweder ganz abzusetzen oder wesentlich zu ermäßigen. In letzter Stunde noch mußte, um die Gleichgewichtslage zu erreichen, an sämtlichen sachlichen Ausgaben ein 5%iger Abstrich vorgenommen werden. Damit mußten auch verschiedene Verbesserungen des persönlichen Etats, insbesondere eine Verbesserung der Verhältniszahlen für die Aufrückungs- und Beförderungsstellen aufgegeben werden, da sie bei dem Stande der verfügbaren Einnahmen nicht durchführbar waren. Außerdem mußten auch — ich bitte, das hier im Hohen Hause besonders zu beachten — alle verfügbaren Reserven in dem Etat eingestellt werden. Die Überschüsse früherer Jahre sind also — wie ich von vornherein erklären will — in vollem Umfange verwendet. Die Einnahmen sind mit dem äußerst vertretbaren Betrag eingesetzt.

Die Bedeutung der Tatsache, daß auch der neue Voranschlag ohne Defizit abschließt, liegt auf der Hand. Sie ist nicht nur eine Frage der politischen Tradition und des Ansehens unseres Landes, sie bedeutet auch tatsächlich den stärksten Grund für die Existenzberechtigung unseres Landes. Aus finanzpolitischen Gründen ist eine Auflösung Badens oder eine Aufgabe seiner staatlichen Selbständigkeit nicht erforderlich (Beifall).

Diese Gleichgewichtslage ist aber auch die Grundlage für die Kreditgewährung des Landes. Es gehört für mich zu den angenehmsten Feststellungen, daß die Finanzwirtschaft unseres Landes allüberall im Auslande volles Vertrauen genießt (Beifall). Wo immer in den letzten Wochen Finanzleute herkamen, um mit uns über die Aufnahme einer badischen Anleihe zu verhandeln, sei es von Amerika, von England, von Holland oder von der Schweiz, alle waren sich einig in der günstigen Beurteilung der Kreditwürdigkeit Badens. Ich sage das deshalb, weil in dieser Feststellung nicht nur für die Regierung, sondern auch für die Volksvertretung die Anerkennung liegt für die vielleicht nicht immer populäre, aber allein auf die Dauer erfolgreiche Finanzpolitik, die im Lande betrieben wird (Sehr gut im Zentrum).

Diese Finanzpolitik sah seit über 50 Jahren streng darauf, daß die allgemeine Staatsverwaltung sich in Einnahmen und Ausgaben selber zu tragen habe, und daß Anleihen nur für eigentliche und im engsten Sinne des Wortes wirklich produktive Ausgaben aufgenommen werden, d. h. solche Ausgaben, die nach Natur und Zweckbestimmung eine deutlich erkennbare und faßbare Rente gewähren und so für die Verzinsung und Tilgung der aufgenommenen Gelder tatsächlich in Anspruch genommen werden können. Diesem Grundsatz hat es das Land zu verdanken, daß es seit 1874 keine eigentlichen Staatsschulden für Zwecke der allgemeinen Staatsschuldenverwaltung hat und diesem Grundsatz werde ich, solange ich an dieser Stelle stehe, treu bleiben und auch allen etwaigen Versuchen, den Begriff der werbenden Anlagen möglichst weit auszudehnen, um damit zur Anleihebeschaffung zu kommen, entschlossen widerstehen (Beifall). Sich nach der Decke strecken gilt nicht nur für den Einzelnen, für die Privatwirtschaft, es gilt auch für den Staat (Abg. Dr. Schofer: Sehr gut!).

Die jetzt ohne Vermittler mit der Schweiz unmittelbar abgeschlossene Anleihe, deren Zinsen- und Tilgungsdienst durch die wirtschaftlichen Unternehmungen absolut gesichert ist, denen sie zu dienen bestimmt ist, bedeutet eine Fortführung der bewährten finanzpolitischen Grundsätze, die wir von unseren Vorfahren übernommen haben, sie bedeutet darüber hinaus einen Wendepunkt in der Anleihepolitik der öffentlichen Körperschaften

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Deutschlands, denn ihre Bedingungen in Zinsfuß, Auszahlungskurs, Tilgung, Sicherheitsleistung usw. stellen eine erfreuliche Änderung zum Besseren dar und unterscheiden sich vorteilhaft von manch anderen ausländischen und — ich sage dies ganz offen — auch sog. inländischen Anleihen. (Sehr gut!) Ich kann nur warnen vor übereilten Anleiheabschlüssen. Ist die Aufnahme einer Anleihe an sich ein schwerer Entschluß — Anleihen sind schließlich auch Schulden und müssen zurückbezahlt werden — und wer möchte einen derartigen Entschluß leichtfertig fassen —, so wird er aber geradezu bedenklich, wenn diese Aufnahme zu Bedingungen erfolgt, die weder den betreffenden wirtschaftlichen Interessen, noch der immerhin auch noch zu wahrenden Würde des Geldnehmers entspricht.

Ich fasse zusammen: Das Land Baden hat keine eigentliche Staatsschuld, es verfügt in seinen Domänen und Forsten, in seinem Badenwerk und den anderen wirtschaftlichen Unternehmungen über ein großes werbendes Vermögen, sein Etat ist außerordentlich gespannt, aber durchaus gesund.

Diese Feststellungen berechtigen den Finanzminister wohl aber auch zu der Hoffnung, daß künftig alles unterlassen wird, was diese in schwierigster Zeit aufrecht erhaltene Gesamtsituation auf finanzpolitischem Gebiete zum Nachteil verändern könnte. Möchte insbesondere auch bei der Stellung von Anträgen auf erhöhte Ausgaben doch stets beachtet werden, daß die von der Allgemeinheit zu tragenden Lasten zur Zeit auf keinen Fall erhöht werden können. Unsere Gesamtlage verlangt dringend nicht Ausdehnung, sondern Einschränkung, nicht nur in Worten, sondern durch die entschlossene Tat. Ich bin weit entfernt, dem Badischen Landtag die sogenannte Selbstverleugnungsorder des britischen Parlaments vorschreiben zu wollen, die bekanntlich in knappsten Worten besagt, daß das englische Parlament keinen Antrag für Bewilligung von Geldsummen für irgend einen Zweck des Staatsdienstes zulasse, der eine Bewilligung öffentlicher Gelder oder eine Belastung für den Staatskredit zur Folge habe, wenn nicht eine Empfehlung der Regierung vorliegt. Aber in der Sache werden wir dieser Grundlage der Stetigkeit der englischen Staatsfinanzen uns doch annähern müssen; dies um so mehr, als die Entwicklung zum Bessern in den nächsten Monaten und Jahren sich doch wesentlich langsamer vollziehen wird, als dies der Wunsch so vieler ist.

Dazu kommt weiter in der Beurteilung unserer Gesamtlage für die Länder noch die starke Abhängigkeit von der Gesetzgebung des Reiches — eine Abhängigkeit, die die Selbständigkeit des Landes doch manchmal in einem recht fragwürdigen Lichte erscheinen läßt. Im Reichstag werden in weitem Umfang nicht nur Beschlüsse gefaßt, die sich in den Reichsfinanzen auswirken, sondern die auch die Länder in sehr erheblichem Maße treffen. Das zeigen nicht nur, um gerade einige Beispiele aus der letzten Zeit zu nennen, die Beschlüsse über die Erwerbslosenfürsorge und Kurzarbeiterunterstützungen, dasselbe gilt für die Festsetzung der für die Finanzen der Länder so außerordentlich wichtigen Einkommensteuer und der Umsatzsteuer, von der Gebäudesondersteuer ganz zu schweigen. Es führt aber zu ganz unhaltbaren Zuständen, wenn das Reich die Länder in der Weise zu Ausgaben geradezu zwingt, daß es sich aus den Ländern Gelder für bestimmte Zwecke zur Verfügung stellt, aber nur unter der ausdrücklichen Bedingung, daß die Länder oder ihre Gemeinden ebenfalls Mittel für denselben Zweck in einer vom Reich genau bestimmten Höhe bewilligen.

Das Reich macht Finanzreform auf Finanzreform zu einem guten Teil mit den Finanzen der Länder. Hoffentlich werden Reformen wie die, die in den letzten Tagen beschlossen worden sind, nicht allzu häufig. Ich möchte mich zu dieser neuesten Reform, die kaum dem entspricht, was der Reichsfinanzminister vor wenigen Monaten in seinem Programm vorgeschlagen hat, jetzt nicht im einzelnen äußern. In welcher Weise sie sich auf den vorliegenden Etat des Landes auswirken wird, ist noch nicht ganz zu übersehen. Die Feststellung, die der Herr Reichsfinanzminister vor einigen Tagen zu machen genötigt war, daß nämlich die Belebung der Wirtschaft sich in den letzten 8 Wochen doch nicht in der Art eingestellt hat, wie man es im Januar im Reichsfinanzministerium angenommen habe, mahnt zur äußersten Vorsicht. Aber das eine möchte ich heute als meine persönliche Meinung sagen: die jetzt vorgesehene und beschlossene Senkung der Umsatzsteuer um $^1/_4$% wird sich wirtschaftlich bei den Konsumenten kaum bemerkbar machen; sie bringt nur dem Reich einen namhaften Ausfall (sehr richtig!), ohne sich an den Preisen irgendwie auszuwirken.

Ich möchte es mir auch versagen, auf die Lage der Wirtschaft und auf das Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft im gegenwärtigen Augenblick in großen Ausführungen näher einzugehen. Über diese Dinge ist in den letzten Jahren in Deutschland so außerordentlich viel und so klug geredet worden, daß, wenn man vom Reden gesund werden könnte, das deutsche Volk und seine Wirtschaft die gesündesten sein müßten auf der ganzen Welt (Sehr richtig!). Ich bin mir der Bedeutung einer gesunden Wirtschaft für unser Staatswesen recht wohl bewußt; die badische Regierung legt deshalb auch den allergrößten Wert auf ein vertrauensvolles Miteinanderarbeiten, denn in gegenseitigen Anklagen liegt eben so wenig Impuls zur Besserung wie in der fortgesetzten Entwicklung neuer Programme. Daß Wirtschaft und Staat nicht dadurch vorwärts kommen können, daß die Wirtschaft die Führung an sich zu reißen versucht, daß sie in Verfassung und Gesetz nicht vorgesehenen Einfluß auf die Gestaltung der Gesetzentwürfe der Regierung zu erhalten sucht und nur in scharfer Kritik über den Staat und seine Führung urteilt, ist ebenso klar, wie die weitere Feststellung, daß eine rein fiskalische Betätigung des Staates den Wiederaufbau unserer Wirtschaft nicht fördern wird. Die fortgesetzte Kritik an der Staatsverwaltung und an den Staatsfinanzen allein wird die Wirtschaft nicht aus dem Elend herausführen, in das sie durch Krieg und Inflation gekommen ist. Daß die derzeitigen öffentlichen Lasten in vielen Fällen außerordentlich hart wirken, wissen wir. Ihre Herabminderung ist unser ernstes Ziel, auch ohne daß uns dies stets als der Weisheit letzter Schluß immer wieder in forschen Resolutionen mitgeteilt wird.

Im übrigen hat man doch manchmal den Eindruck, daß für die Wirtschaft besser als die Kritik am Staat das genaue Nachschauen im eigenen Haus wäre (Sehr richtig! beim Zentrum). Wenn ich beispielsweise nur an die Einrichtung der Aufsichtsräte unserer Aktiengesellschaften denke, so zeigt sich mir hier ein Mißstand, der doch nach schleuniger Abhilfe ruft. Die wirtschaftliche Entwicklung hat einen Weg genommen, der überhaupt keinen Raum mehr läßt für das Institut der Aufsichtsräte in seiner jetzigen Form. Man sage doch offen, daß diese manchmal auf eine geradezu beängstigende Fülle angewachsene Zahl der Aufsichtsräte, abgesehen von den kleineren Arbeitsausschüssen, in den allerwenigsten Fällen wirklich die Verantwortung tragen, ja sie gar nicht tragen können, die das Gesetz von ihnen verlangt. (Abg. Dr. Engler: Sehr richtig!) In den meisten Fällen handelt es sich bei den gewährten Tantiemen nur um ein arbeitsloses Einkommen (Sehr richtig!), um Sinekuren, die am Ertrag des Unternehmens abgehen und damit dem eigentlichen Geldgeber — der allerdings immer mehr in den Hintergrund zu treten hat —, nämlich dem Aktionär, entzogen werden (Sehr richtig, sehr gut!).

Dasselbe gilt — ich kann es mit keinem anderen Worte charakterisieren als mit demjenigen, das ich jetzt aussprechen werde — dasselbe gilt von dem Direktorenunwesen in unserer heutigen Wirtschaft (Sehr richtig!): Unternehmungen, die früher einen Direktor und wenige Prokuristen hatten, haben jetzt, nach dem Krieg, nur noch Direktoren. Man komme doch endlich auch in unserer Wirtschaft

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

wieder zu dem System des wirklichen Leiters, der umgeben ist von einem Stab ihm untergeordneter Mitarbeiter.

Wenn es richtig ist, was vor wenigen Tagen öffentlich ausgesprochen wurde, daß in einem bestimmten Wirtschaftszweige in Deutschland die Zahl der Arbeiter im Jahre 1925 um 1,3%, die Zahl der leitenden Personen dagegen um 32% gestiegen sei (Hört, Hört!), so gibt das doch zu denken (Sehr richtig!). Denn diese Direktoren belasten meistens nicht nur den Gehaltsetat, sondern sie beziehen auch Tantiemen, zum Teil in einem Umfange, der in vielen Fällen, wenn er in der Öffentlichkeit bekannt würde, geradezu Protest hervorrufen würde (Zuruf aus der Bürgerl. Vereinigung: Siehe Deutsche Reichsbahn!).

Ich hielt es für notwendig, diese zwei Punkte einmal in die öffentliche Kritik hineinzustellen; denn wer selbst fortgesetzt am Staat und seiner Organisation kritisiert, der muß es sich gefallen lassen, daß man auch seine eigene Organisation einmal etwas gründlicher ansieht (Sehr gut! Sehr richtig! links).

Der Staat soll „seinen Verwaltungsapparat einschränken und abbauen". Jawohl, das werden wir tun und haben wir getan; Näheres darüber nachher! Dasselbe gilt aber auch für die Wirtschaft: Wer hier wirklich einmal anfängt, der erwirbt sich ein Verdienst um das ganze Volk. Unsere deutsche Wirtschaft wird bei einer Erwerbslosenzahl von zwei Millionen — das sind fast 33 auf 1000 unseres Volkes — immer noch außerordentlich hart und schwer zu ringen haben. —

Und nun noch eine kurze Würdigung des Staatsvoranschlages im einzelnen.

Die Ausgaben des Ordentlichen Etats mit 218 Millionen RM. weisen gegenüber 1924/25 eine Steigerung von rund 20 Millionen RM. jährlich auf. Dabei ist aber zu beachten, daß im neuen Etat insofern eine Änderung gegen früher eingetreten ist, als darin die Ausgaben für „Abgänge und Rückersatz" bei den badischen Steuern, die das letzte Mal jährlich 10,7 Millionen RM. betragen haben, nicht mehr enthalten sind; es sind vielmehr die Einnahmen aus diesen Steuern von vorneherein um die voraussichtlichen Abgänge gemindert, also nur mit dem Reinertrag eingestellt.

Es muß ferner berücksichtigt werden, daß die Ausgaben an die Gemeinden und Kreise aus Überweisungssteuern sich infolge des Steuerverteilungsgesetzes um 8,2 Millionen RM. ermäßigt haben.

Wenn also trotz der Entlastung der Ausgaben um insgesamt 19 Millionen RM. die ordentlichen Ausgaben im neuen Etat 218 Millionen RM. betragen, so bedeutet dies gegenüber 1924/25 eine Steigerung von insgesamt rund 39 Millionen RM.

Von diesem Betrag entfallen rund 19 Millionen RM. auf den Personalaufwand für die Beamten und Angestellten. Dieser Mehraufwand rührt nun in der Hauptsache daher, daß die letztmals im Jahre 1924 bewilligten Aufbesserungen der Personalbezüge erst im kommenden Etat (1926/27) voll zur Auswirkung gelangen. Ein Teil des Mehraufwandes entfällt auch auf die in dem vorliegenden Etat vorgesehenen Verbesserungen in den Beamtenstellen.

Bei der Gegenüberstellung der Anforderungen für die Besoldungsbezüge der Beamten mögen die hohen Mehrbeträge auffallen, die gegenüber dem letzten Etat eingestellt sind. Hier handelt es sich — abgesehen von der eben abgegebenen Erklärung — nur um eine scheinbare Steigerung. Sie ist in der Hauptsache dadurch zu erklären, daß bei der Aufstellung des Voranschlags für 1924/25 nur die Gehälter aus dem Goldmarketat, wie er Mitte Dezember 1923 in Kraft war, angesetzt werden konnte; die nach diesem Zeitpunkt eingetretenen Besoldungserhöhungen sind nicht mehr auf die einzelnen Unterabschnitte der Hauptabteilung ausgerechnet und eingestellt, sondern in einem Betrag für jede Besoldungserhöhung im Etat des Finanzministeriums angefordert worden.

Dasselbe gilt auch für die Mehrbeträge an Ruhegehalts- und Hinterbliebenenbezügen.

An der Steigerung der sachlichen Ausgaben sind fast alle Verwaltungszweige mehr oder weniger beteiligt. Ich darf Ihnen aber — und auf diese Feststellungen lege ich den allergrößten Wert — doch noch an einigen Zahlen veranschaulichen, wie sich die Ausgaben des Ordentlichen Etat auf persönlichen und sachlichen Aufwand verteilen.

Im letzten Friedensetat nahmen die persönlichen Ausgaben 55,4% des Gesamtaufwandes im Ordentlichen Etat in Anspruch. Bei Vorlegung des Staatsvoranschlages 1924/25 stieg diese Zahl auf 66,8% (Hört, Hört!). In dem zur Vorlage gelangenden Etat fällt sie wieder auf 57,75% (Abg. Klaiber: Wie hoch war denn der Friedensetat?). Mit anderen Worten: Es ist uns gelungen (Zurufe), die Friedensproportion beinahe wieder herzustellen, obwohl beispielsweise — ich bitte das wohl im Auge zu behalten! — die Einrichtung der Schutzpolizei als Ersatz für das Militär in Deutschland, insbesondere auch bei unserer Lage in der neutralen Zone, uns über 2000 neue Beamtenstellen gebracht hat. Während im Frieden 44,6% auf den sachlichen Aufwand entfielen, sind es jetzt 42,25%: eine Besserung, die man nur wird als erfreulich bezeichnen können und die zeigt, daß die häßliche Darstellung, als ob der Staat „überhaupt nur noch der Beamten wegen da sei", durchaus unhaltbar ist; denn fast die Hälfte der gesamten staatlichen Ausgaben wird für sachliche und nicht für Personal-Zwecke gemacht.

Im übrigen aber doch noch ein Wort: Wenn vergleichsmäßig heute noch mehr Beamte vorhanden sind als im Frieden, so kommt das nicht etwa daher, daß heute der einzelne etwa weniger leiste als früher: im Gegenteil; die neue Zeit hat mit mancher Idylle schonungslos aufgeräumt; sie stellt an die Arbeitskraft der Beamten im allgemeinen wesentlich höhere Anforderungen, als das früher der Fall war — nicht nur in den Ministerien, auch in der Bezirksverwaltung! Die Herren, die schon in der Vorkriegszeit diesem Hohen Hause angehört haben, wissen auch ganz genau, daß auch die Volksvertretung heute die Arbeitskraft der Beamten des Staates mehr beansprucht als das in der Vorkriegszeit der Fall war. Aber es ist doch ganz klar: In Krisenzeiten wird jede Verwaltung teuerer, weil ihr eine Fülle neuer Aufgaben zugewiesen werden müssen, um der großen Not Herr zu werden.

Die Zahl der außerplanmäßigen und planmäßigen Beamtenstellen ist für die ganze Staatsverwaltung um 478 Stellen vermindert worden. Über den Abbau hinaus ist es also möglich gewesen, nicht nur eine Vermehrung der Beamtenstellen hintanzuhalten, sondern sogar ihre Zahl in dem oben genannten Umfange herabzusetzen. Wo neue Anforderungen unbedingt erforderlich waren, wie insbesondere bei den Volksschulen, den Fortbildungs-, Gewerbe-, Handels- und Hochschulen, wo insgesamt mehrere hundert neue planmäßige Stellen errichtet werden mußten, da wurde mit Erfolg versucht, an anderen Stellen Einsparung vorzunehmen.

Es wird unverrückbares Ziel der Regierung auch in den künftigen Jahren sein, alles daran zu setzen, den Verwaltungsapparat tatkräftig und wirklich einzuschränken — selbst dort, wo vorübergehend erhöhte Aufgaben zugewiesen sind; ich erinnere in diesem Zusammenhange nur an die Vermehrung der Arbeit in der Justizverwaltung durch die Aufwertungsgesetze: Hier wird die Mehrarbeit, soweit sie nicht von dem vorhandenen Personal übernommen werden kann, durch Einstellung von Angestellten zu meistern gesucht.

Die beim Ministerium des Innern in Erscheinung tretende besonders starke Verminderung der Beamtenstellen ist auf eine Verringerung der Stellen bei der Sicherheitspolizei und auf die Neueinteilung und Vereinheitlichung der Polizei zurückzuführen, die sich als Folge der Entwaffnungsnote der Entente ergeben hat.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Wenn auch das im vorigen Jahre zunächst in Aussicht genommene umfangreiche Programm der Verbesserung der Lage der badischen Staatsbeamten nicht voll durchgeführt werden konnte, weil die wirtschaftliche Lage sich in den letzten Monaten wesentlich verschlechtert hat, so sind doch im neuen Etat wesentliche Verbesserungen gegen bisher vorgesehen. Mehrere hundert außerplanmäßige Stellen sollen in planmäßige umgewandelt werden. Hierdurch vermehrt sich auch wesentlich die Zahl der gehobenen Stellen. Die Fußnote zu Gruppe VII der Besoldungsordnung, die bisher wegen des Einspruchs des Reichsfinanzministeriums nicht vollzogen werden konnte, wurde berücksichtigt und in ihrer Auswirkung im Staatsvoranschlag vorgesehen. Damit erhalten außerhalb der Verhältniszahlen über 150 Beamte der Gruppe VII für ihre Person die Bezüge nach Gruppe VIII.

Für die oberen Beamten der Justizverwaltung und der Forstverwaltung sind in gegen 100 Fällen dadurch Verbesserungen vorgesehen, daß diese Beamten der Gruppe X für ihre Person die Bezüge der Gruppe XI erhalten sollen, um ihnen innerhalb der gleichen Zeit, wie bei den vergleichbaren Beamten der übrigen Staatsverwaltung das Vorrücken nach Gruppe XI zu ermöglichen und die in dieser Beziehung bisher entstandenen großen Ungleichheiten zu beseitigen.

Auch sonst hat man in zahlreichen Einzelfällen versucht, Höherstufungen vorzunehmen, soweit dies im Rahmen des Etats überhaupt möglich war.

Das Besoldungssperrgesetz wird mit dem morgigen Tage fallen, und zwar deshalb — dies muß gegenüber all den irreführenden Meinungen in der Öffentlichkeit doch einmal gesagt werden —, weil sich im Reichsrat keine Mehrheit für die vom Reichsfinanzminister vorgeschlagene Verlängerung dieses Gesetzes gefunden hat (Hört, Hört! beim Zentrum. — Zuruf des Abg. Dr. Glockner: von der Reichsregierung vorgeschlagene Verlängerung!) Die Gesetzentwürfe werden eingebracht von den betr. Ressortministern. (Abg. Dr. Glockner: Nein, von der Reichsregierung — nach der Verfassung!) Die Vorlagen sind von dem betr. Minister unterschrieben (Abg. Dr. Glockner: Gewiß ...), ganz genau so, wie auch der Finanzminister in Baden für den Etat und für die beamtenrechtlichen Bestimmungen wohl die Hauptverantwortung trägt und die Führung hat, obwohl natürlich das Staatsministerium hinter ihm steht. — Warum dieser Zwischenruf jetzt eigentlich notwendig war, habe ich nicht ganz verstanden! (Zuruf: Doch! — Heiterkeit — Glocke des Präsidenten.) Der Gesetzentwurf wurde vom Reichsfinanzminister eingebracht. Nachdem die Verhandlungen mit den Ländern bereits ergeben hatten, daß an eine einstimmige Annahme nicht zu denken sei, wurde er in den letzten Tagen in aller Form im Reichsrat abgelehnt. Infolgedessen blieb der Reichsregierung gar nichts anderes übrig, als ihn zurückzuziehen. — Daß auch das Land Baden unter den Ländern war, die neben Preußen und Bayern eine Verlängerung dieses Gesetzes abgelehnt haben, ist nach der einmütigen Stellungnahme von Regierung und Landtag selbstverständlich.

Es wäre aber eine grobe Selbsttäuschung, wenn man in den beteiligten Kreisen nun annehmen wollte, daß jetzt sofort die Besoldungsordnungen geändert und in weitem Umfang rücksichtslos Höherstufungen und andere Änderungen vorgenommen werden könnten. Zunächst steht überhaupt noch zur Prüfung, ob nicht doch wenigstens eine reichsgesetzliche Bindung für das Ortsklassenverzeichnis und die Höhe des Wohnungsgeldzuschusses bestehen bleiben soll: eine Angelegenheit, in der mit Recht sowohl im Reichsrat wie im Reichstag weitgehende Übereinstimmung zu bestehen scheint. Dann aber muß jetzt an die Stelle der Verantwortlichkeit des Reichstages die höchste Verantwortlichkeit des Landtages und der Bürgerausschüsse treten (Sehr richtig! beim Zentrum). Orientierung für alle Maßnahmen auf dem Gebiete der Beamtenbesoldung muß die Lage unserer gesamten Wirtschaft und der Staats- und Gemeindefinanzen sein. Auf dieser Grundlage allein wird es möglich sein, unserem Berufsbeamtentum seine heutige rechtliche Stellung zu erhalten und es im Laufe der Zeit auch finanziell so zu festigen, wie es im Interesse des Staatsganzen erforderlich ist (Sehr richtig! beim Zentrum).

Die Ausstattung des außerordentlichen Etats war im Lande Baden stets ein Gradmesser für die Finanzlage. Wenn es der Regierung trotz größter Schwierigkeiten notwendig erschien, den außerordentlichen Etat einigermaßen zu dotieren, so rührt das daher, daß sich hierdurch in weitem Umfang die Möglichkeit bot, der Erwerbslosigkeit zu steuern und Arbeitsgelegenheit zu schaffen.

Im Etat des Ministeriums des Innern sind im außerordentlichen Etat vorgesehen 9,5 Millionen, im Justizministerium 0,9 Millionen, im Unterrichtsministerium 2,9 Millionen, im Finanzministerium 20,6 Millionen, insgesamt brutto 33,9 Millionen.

Diese Anforderungen auseinandergenommen ergibt sich folgendes Bild: Erhebliche Mittel werden für die Schaffung von Wohnungen für Beamte in allen Teilen des Landes aufgewendet; insgesamt sind dafür vorgesehen 3,5 Millionen. Rechne ich hierzu noch 1,8 Millionen an Arbeitgeber- und Baudarlehen und aus dem ordentlichen Etat noch die 21,3 Millionen, die aus der Gebäudesonderbeuer in den Jahren 1926/27 für Wohnungszwecke verwendet werden sollen, so komme ich auf einen Betrag von über 26 Millionen RM., der im kommenden Staatsvoranschlagszeitraum für die Wohnungsfürsorge ausgegeben werden soll.

Der andere große Betrag umfaßt die Aufwendungen für die immer dringlicher werdende Instandsetzung unserer Landstraßen. Hier sind im außerordentlichen Etat 10,2 Millionen angefordert. Nehme ich dazu noch die im ordentlichen Etat für denselben Zweck vorgesehenen Mittel in Höhe von jährlich 2,4 Millionen, also in zwei Jahren von 4,8 Millionen, so ergibt das einen Bruttoaufwand für Instandsetzung der Landstraßen in den nächsten zwei Jahren von rund 15 Millionen, der nur zu einem Teil Deckung finden wird in der Kraftfahrzeugsteuer. Dabei haben wir immer noch die Hoffnung, daß im Reichstag ein Kraftfahrzeugsteuergesetz zustande kommt, das wirklich auf die tatsächlichen Verhältnisse Rücksicht nimmt und davon ausgeht, daß es nicht, wie neulich in einer Kommission im Reichswirtschaftsrat festgestellt worden ist, „fast zur Hälfte" die Viehfuhrwerke sind, die die Straßen beschädigen (Lachen) sondern daß es wirklich und tatsächlich in weitüberwiegendstem Umfang doch die Kraftwagen aller Art sind (Abg. Gündert: auf Land-, Kreis- und Gemeindestraßen!), auf Land-, Kreis- und Gemeindestraßen, jawohl, Herr Abg. Gündert! Wir wollen hoffen, daß die Interessen, die der Herr Abg. Gündert eben durch seinen Zwischenruf betont hat, nicht gegeneinander, sondern miteinander stehen, wenn es sich darum handelt, die Kraftfahrzeugsteuer entsprechend der gegebenen Sachlage auszugestalten. — Die Beträge für die Instandsetzung der Landstraßen auf Anleihe zu übernehmen, wie es anderwärts empfohlen worden ist, muß ich ablehnen aus den Gründen, die ich vorhin bereits bei der Charakterisierung der Anleihepolitik des Landes angegeben habe.

Die Instandsetzung der Häfen in Mannheim und Kehl beansprucht 2,5 Millionen. Für die neue Neckarbrücke bei Ilvesheim ist ein Staatsbeitrag von 200000 RM. vorgesehen. Zur Fortführung von Kulturunternehmungen ist 1 Million eingestellt.

Trotz der Notwendigkeit stärkster Einschränkung hat es der Staat auch für die kommende Budgetperiode als seine Pflicht erachtet, seine 3 Hochschulen auf der bisherigen Höhe zu halten. Die reine Zuschußleistung für diese Hochschulen beträgt in den beiden Jahren insgesamt 13 Millionen. Neben der Errichtung neuer Lehrstühle für Arbeitsrecht und Kriminalpsychologie in Heidelberg, für Ethnologie und Nationalökonomie in Freiburg und für Kulturtechnik und für Glastechnik in Karlsruhe sind im außerordentlichen

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Etat 2 Millionen in der Hauptsache für Bauten vorgesehen, darunter 950000 RM. als I. Rate für den $^3/_8$-Anteil des Staates an den Kosten des Neubaues der Universitätskliniken in Freiburg, die zu 16 Millionen RM. veranschlagt sind, und 300000 RM. für Erstellung eines Laboratoriumsbaues für die Maschinenbauabteilung der Technischen Hochschule in Karlsruhe — doch alles Beweise dafür, daß der Staat gar nicht daran denkt, seine Hochschulen, auf die er stolz ist, verkümmern oder gar eingehen zu lassen, wie eine übelwollende Kritik es behauptet hat. Daß an der großen allgemeinen Not von Land und Volk auch die Hochschulen teilzunehmen haben, ist doch wohl nur selbstverständlich.

Zum aufrichtigen Leidwesen der Regierung war sie nicht in der Lage, den Etat für Wissenschaften und Künste so auszugestalten, wie sie es vor allem auch im Interesse der zum Teil schwer notleidenden Künstler gewünscht hätte. Immerhin war es möglich, für Ankäufe von Kunstgegenständen und Werken badischer Künstler insgesamt 150000 RM. vorzusehen (Beifall).

Im außerordentlichen Etat des Ministeriums des Innern stehen als Beihilfe zum Aufwand für die Erwerbslosenfürsorge 3,8 Millionen, ein Betrag, der bei fortdauernder Wirtschaftskrise leider kaum ausreichen dürfte.

Der Förderung des Luftverkehrs sollen 320000 RM. dienen, der Wohlfahrtspflege im ordentlichen Etat jährlich 4½ Millionen, im außerordentlichen Etat 680000 RM. Hier haben Sie in der Hauptsache den Betrag, der nach der Dritten Steuernotverordnung auf das Land überwälzt worden ist, und der nach der ebengenannten Verordnung Deckung finden muß in dem Erträgnis der Gebäudesondersteuer. Es sind also fast 5 Millionen RM. im Jahr.

Die Fürsorgeerziehung erfordert im außerordentlichen Etat 318000 RM. neben jährlich 324600 RM. reinen Aufwand im ordentlichen Etat.

Zur Deckung aller dieser Ausgaben mußten unsere Einnahmen — und damit komme ich zu diesem Kapitel — aufs schärfste herangezogen werden. Gegenüber 201,7 Millionen im Jahre 1924/25 weist die Einnahme jetzt den Betrag von 227 Millionen, also eine Steigerung von rund 25,3 Millionen auf. In Wirklichkeit ist die Einnahmesteigerung aber noch um 10,7 Millionen RM. höher, wie ich vorhin schon ausgeführt habe.

Die hauptsächlichste Einnahme bildet jetzt der Anteil am Ertrag der Reichssteuern. Gegenüber 51,7 Millionen im Etat 1924/25 ist die Reineinnahme mit 56,6 Millionen jährlich eingestellt. Dabei ist angenommen, daß das Zuschlagsrecht, das den Ländern und Gemeinden auf 1. April 1927 zuerkannt werden soll — ich darf dieses „soll" rethorisch unterstreichen — daß dieses Zuschlagsrecht dem Lande mindestens dieselbe Einnahme bringen wird wie der jetzt festgelegte Anteil aus den Steuerüberweisungen. Aber, ich glaube, es hieße die tatsächlichen Verhältnisse verkennen, wenn man annehmen wollte, daß die Gewährung dieses Zuschlagsrechtes auf 1. April 1927 so durchaus sicher wäre. Wie nämlich dieses Zuschlagsrecht, von allen anderen wirtschaftlichen und politischen Erwägungen abgesehen, im einzelnen ausgestaltet werden soll, wie insbesondere die Technik der Zuschläge bei der Lohnsteuer werden soll, das steht noch in gar keiner Weise fest, wie auch offenbar die Stimmung für die Bewilligung des Zuschlagsrechtes im Reichstag immer weiter abflaut, je näher wir zu dem Zeitpunkt der beabsichtigten Einführung kommen.

Bei den badischen Steuern ist die Grund- und Gewerbesteuer nur mit dem durch die Steuerminderung des Jahres 1925 festgestellten abgesenkten Betrag eingestellt worden. Eine Erhöhung dieser Steuer halte ich gegenwärtigen Augenblick angesichts der Lage unserer Wirtschaft für unmöglich. Über eine andere Verteilung des Steueraufkommens der Grund- und Gewerbesteuer wird das Gesetz zu bestimmen haben, das vor zwei Monaten dem Landtag zur Beratung vorgelegt worden ist.

Nun darf ich noch ein Wort sagen zu der Gebäudesondersteuer. Ich betrachte die Gebäudesondersteuer wirklich nicht als die Perle in der Krone der Steuergesetzgebung (Sehr richtig). Sie ist nicht nur für das Reich, nicht nur für die Parlamente, sondern auch für die Landesregierung ein wahres Kreuz.

Die Erträgnisse aus der Gebäudesondersteuer sind streng nach den Bestimmungen des Reichsgesetzes vom 10. August 1925 eingestellt worden, unter der Voraussetzung, daß die 100%ige Friedensmiete am 1. Juli in Wirksamkeit trete. Für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni ist beabsichtigt, die Gebäudesondersteuer um 7% der Friedensmiete zu erhöhen und das sich daraus ergebende Mehreinkommen vollständig für die Förderung des Kleinwohnungsbaues zu verwenden. Aus der ganzen Aufstellung ergibt sich, wie ich bereits ausgeführt habe, daß für den Wohnungsbau jährlich 10,6 Millionen zur Verfügung gestellt werden sollen. Die Kritik an der Gebäudesondersteuer im ganzen und an der Verteilung des Aufkommens für den allgemeinen Finanzbedarf der Länder und Gemeinden und für den Wohnungsbau wird sich, wie ich schon mehrmals ausgeführt habe, in der Hauptsache an das Reich und die Reichsgesetzgebung zu wenden haben. Ganz abwegig und deshalb von mir auch hier öffentlich wieder zu charakterisieren ist die immer noch bestehende Auffassung, als ob diese Steuer seinerzeit ausschließlich zur Förderung des Wohnungsbaues geschaffen worden wäre. Ich muß darum immer wieder bitten, die Bestimmung der Dritten Steuernotverordnung und des Finanzausgleichsgesetzes vom August 1925 zu lesen und zu beachten. Mehr wird im gegenwärtigen Augenblick zu dieser Steuer nicht zu sagen sein. Die Regierung beabsichtigt, die Osterferien dazu zu verwenden, einen Gesetzentwurf wegen der notwendigen Änderungen des Gebäudesondersteuergesetzes fertig zu stellen und Ihnen bei Ihrem Wiederzusammentritt vorzulegen. (Zuruf: Als Osterhas!) Ich nehme an, daß sich dann bei der Beratung des Gesetzentwurfes Gelegenheit geben wird, nicht nur über das „unpopuläre" der Gebäudesondersteuer einige Ausführungen zu machen, sondern auch mit uns über Wege zu beraten, die beschritten werden sollen, um wirklich ein Gesetz zustande zu bringen, das auch der sozialen Gerechtigkeit Genüge leistet.

Ich gehe weiter auf dem so angenehmen Gebiet der Steuern zur Fleischsteuer, Jagdsteuer, Hundesteuer, alles Abgaben, die dem einen oder anderen unserer Volksgenossen weniger sympathisch sind. Ihr Erträgnis stellt sich insgesamt jährlich auf 3,3 Millionen im Etat. Wer die eine oder andere dieser Steuer oder alle abschaffen will, wird unter allen Umständen darauf bedacht sein müssen, daß er auch einen Ersatz an Einnahmen bietet. Unpopuläre Steuern abzuschaffen, dazu gehört nicht besonders viel; aber Einnahmeersatz zu schaffen, wird schon etwas schwieriger.

Die Erträgnisse aus den Justizgefällen, aus Sporteln und Taxen sind auf 12,9 Millionen jährlich veranschlagt im Gegensatz zu 8,2 Millionen im vergangenen Staatsvoranschlag, also mit einem Mehrerträgnis von 4,7 Millionen. Der Ertrag der Domänen und Forsten ist in der Einnahme wohl um 2,3 Millionen höher als bisher, aber die Ausgaben sind noch stärker gestiegen, nämlich um 4,5 Millionen, so daß wir also gegenüber 8,1 Millionen Reineinnahmen 1924/25 jetzt nur noch 6,8 Millionen vorsehen können. Der Grund liegt vor allem in der Steigerung der persönlichen Ausgaben für Arbeitslöhne und Gehälter und in der rückläufigen Bewegung der Holzpreise. Ob die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in den nächsten Jahren einen höheren Reinertrag bringen wird, läßt sich nicht voraussehen. Im Voranschlag der Amortisationskasse sind aus der Beteiligung Badens an wirtschaftlichen Unternehmungen 2 Millionen RM. als Einnahmen vorgesehen, von denen 1,6 Millionen jährlich an die allgemeine Staatskasse abgeliefert werden sollen. Unsere wirtschaftlichen Betriebe entwickeln sich in durchaus zufriedenstellender Weise. Wir werden selbstverständlich von den Sorgen,

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

die die Privatwirtschaft hat, auch in unseren Staatsbetrieben nicht verschont. Es ist dies kein Zeichen etwa mangelnder Fähigkeit, einen Betrieb leiten zu können, sondern es ist die allgemeine große Not, die auch vor unseren Toren nicht Halt macht. Über die großen Aufgaben, die die nächste Zukunft unserer Landeselektrizitätsversorgung A. G. — dem Badenwerk — bringen wird, habe ich erst vor kurzem Gelegenheit gehabt, mich zu äußern. Die demnächst erfolgende Fertigstellung der Schwarzenbachtalsperre wird erneute Möglichkeiten geben, der Öffentlichkeit von der großen Bedeutung unserer Elektrizitätspolitik zu überzeugen. Der Bau des großen Kraftwerks bei Niederschwörstadt, der hoffentlich noch im Laufe des Jahres begonnen werden kann, wird neben der für die weitere wirtschaftliche Erschließung des Oberrheins so wichtigen Zurverfügungstellung umfangreicher Energiemengen hoffentlich auch baldige Klarheit bringen über die Elektrifizierung der Hauptdurchgangsbahnen in Baden. Man würde es in Baden nicht verstehen, wenn diese Elektrifizierung, die sich auf die gewaltigen Kraftquellen des Oberrheins und des schon ausgebauten Murg- und Schwarzenbachwerks stützen kann, zugunsten anderer Projekte zurückgestellt werden würde. Ich möchte mich im gegenwärtigen Augenblick und bei der gegenwärtigen Sachlage auf diese Ausführungen beschränken. Sie sollen aber bei unserer Bevölkerung im Lande Baden das Interesse wachrufen für die Dinge, die auf diesem Gebiete in Süddeutschland sich zur Zeit abspielen.

Ich bin am Schlusse meiner Darlegungen. Sie haben Ihnen, wie ich hoffe, die Überzeugung gegeben, daß die Regierung bestrebt ist, trotz Armut und Not des ganzen Volkes den Anforderungen auf den verschiedensten Gebieten gerecht zu werden, die gerade unter diesen besonderen Verhältnissen an den sozialen Staat gestellt werden müssen. Ich weiß es selbst am allerbesten: viele Wünsche und Anregungen sind offen geblieben, müssen offen und auf bessere Zeiten verschoben bleiben. Der gegenwärtige Staatsvoranschlag bringt besser als die besten Reden die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse zum Ausdruck, unter denen wir leben. Mit Ihnen hoffe ich, daß wir den Tiefstand dieser Entwicklung überwunden haben und in gemeinsamer Arbeit unserem badischen Heimatlande wieder zu einer Zeit neuer Blüte verhelfen. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. Baumgartner:

In eine Beratung der Etatrede des Herrn Finanzministers werden wir erst eintreten, wenn der Staatsvoranschlag selbst behandelt werden soll.

Hierauf wird in die

Tagesordnung

selbst eingetreten.

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs über Änderung des Schulgesetzes vom 7. Juli 1910 (Drucks. Nr. 100 u. 100a) nebst einschlägigen Anträgen und Gesuchen

Der Präsident gibt folgende

Abänderungsanträge

hierzu bekannt.

1. Der Abg. Dr. Glockner, Scheel, Hofheinz, Dees, Straub, Dr. Mattes, Bauer, Brixner, Gündert, Haas, Obkircher, Wilser

Antrag zu Drucks. Nr. 100

In § 44 Abs. 1 ist nach dem ersten Satz einzufügen:

Diese Lehrerbildungsanstalten sind grundsätzlich simultan.

2. Derselben Abgeordneten zu § 44 Abs. 2, der lautet:

In § 44 Abs. 2 wird Satz 2 gestrichen.

3. Derselben Abgeordneten:

In § 45 werden die Worte von „in Ermangelung" bis einschl. „bestanden hat" gestrichen.

Da diese Abänderungsanträge den Vorschriften des § 57 der Geschäftsordnung entsprechen, wonach Abänderungsanträge bei der zweiten Lesung des Gesetzentwurfes mit mindestens 6 Unterschriften versehen sein müssen, so kommen die Anträge bei der Abstimmung selbst zur Abstimmung. Dagegen können die Anträge, die von der kommunistischen Gruppe eingereicht worden sind und die sich mit den Anträgen bei der ersten Lesung decken, nicht zur Abstimmung gebracht werden, weil sie nur 4 Unterschriften tragen und demgemäß § 57 Abs. 2 der Geschäftsordnung nicht entsprechen.

Zur Geschäftsordnung erhält das Wort

Abg. D. **Mayer**-Karlsruhe (Bürgerl. Ver.):

Es bleibt uns nichts anderes übrig, als unsere Anträge wieder einzubringen. Ich bin eben im Begriffe, sie zu schreiben.

Präsident Dr. Baumgartner:

Ich werde die Anträge verlesen, sobald sie mir übergeben worden sind.

Eine neue Drucklegung der Beschlüsse der ersten Lesung der Gesetzentwürfe ist nach der Geschäftsordnung nicht erforderlich, weil in der ersten Lesung selbst eine Änderung gegenüber der Fassung des Ausschusses nicht eingetreten ist. Für die zweite Lesung liegt also die Ausschußfassung auf Seite 30 mit dem Korrekturdeckblatt zu Grunde.

Der Berichterstatter verzichtet auf das Wort.

In der allgemeinen Beratung erhalten das Wort

Abg. Dr. **Mattes** (D. Vp.):

Wir stehen vor dem Abschluß eines Gesetzgebungswerkes, das geeignet ist, die badische Schulpolitik auf eine ganz neue Grundlage zu stellen. Dieser Gesetzentwurf ist zunächst einmal das Werk einer politischen Bewegung, die durch ganz Deutschland hindurch geht und für den Ausbildungsgang der Lehrer eine neue Grundlage schaffen will. Diese berufspolitische Seite der Frage ist in der Aussprache während der I. Lesung in erster Linie von der Regierung und von den Parteien behandelt worden. Ich habe nicht die Absicht, auf diese Spezialfragen noch einmal näher einzugehen. Ich möchte mich darauf beschränken, das allgemein Politische zu behandeln. Es muß aber noch einmal festgestellt, was bisher rechtlicher und tatsächlicher Zustand war, und was eintreten wird, wenn die im Gesetzentwurf enthaltenen Möglichkeiten in die Tat umgesetzt werden.

Wir hatten bisher simultane Volksschulen, in denen Volksschullehrer unterrichtet haben, die in de jure und de facto simultanen Lehrerbildungsanstalten im simultanen Geist ausgebildet wurden und in simultanem Geist unterrichtet haben. Was jetzt auf Grund dieses Gesetzentwurfes an seine Stelle treten wird, ist zunächst einmal die Beseitigung des Zustandes, daß nur staatliche Ausbildungsanstalten in erster Linie in Frage kommen und da der Staat auf den Geist, der in anderen Ausbildungsanstalten als Grundlage der Ausbildung herrschend sein wird, keinen Einfluß hat, fällt damit die wesentliche Grundlage dafür, daß der simultanen Schule auch der simultane Geist im Unterricht entspricht. Diese entscheidende Änderung gegenüber dem jetzigen Zustand bedeutet die politische Seite der Sache.

Aus diesem Grunde ist dieses Werk nicht in seiner berufspolitischen Bedeutung, sondern vor allen Dingen zu betrachten als Werk einer bestimmten politischen Gesamtlage in Baden. Vielleicht ist diese

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

allgemeine politische Seite noch wichtiger als die berufspolitische. Deshalb ist es notwendig, bevor dieses Werk endgültig Gesetzgebung wird, klar noch einmal festzustellen, welche politische Linie zu ihm hingeführt hat und welche politische Linie von ihm ausgehen wird.

Die erste Klärung dieser politischen Lage hat die Beratung des Hellpach'schen Gesetzentwurfes im letzten Herbst gebracht. Es ist während der Beratung im Ausschuß und hier im Plenum wiederholt davon gesprochen worden, warum eine Herbstsitzung notwendig war, und warum der Hellpach'sche Gesetzentwurf unerledigt geblieben ist. Es ist damals seitens des Herrn Kollegen Marum, dem damaligen Kultusminister Hellpach der Vorwurf gemacht worden, daß er daran Schuld sei. Ich glaube, der Herr Kollege Marum sollte mit derartigen Vorwürfen vorsichtiger sein, denn ich bin der Ansicht, wenn der Haushaltsausschuß im letzten Jahre die im Mai und Juni ihm vorliegenden Vorlagen beraten hätte, hätte anfangs August im Haushaltsausschuß die Zeit bestanden, um diesen Gesetzentwurf noch im August zu beraten. Wir haben bis zum 10. August beraten. Wir hätten viel mehr Zeit für die Beratung dieses Gesetzentwurfes gehabt, als wir sehr oft für andere mindestens ebenso wichtige Vorlagen gebraucht haben. Wenn infolgedessen der Hellpach'sche Gesetzentwurf im Sommer nicht mehr beraten werden konnte, wenn eine Herbstsitzung notwendig war, trägt die Verantwortung in erster Linie der Herr Kollege Marum und deshalb sollten die beiden großen Regierungsparteien bei der Frage vorsichtiger sein, von welcher Seite der Kostenaufwand von 30000 M., mit dem man die Herbstsitzungen einschätzt, zu verantworten ist.

Wenn man nun weiter feststellen will, wie die politische Lage war, ist es gut, einmal den Hellpach'schen Gesetzentwurf mit dem jetzigen zu vergleichen. Von den drei großen Fragen, die in diesem behandelt werden — den Fragen des Ausbildungsganges der Lehrer, der Simultanität der Volksschule und des Ausbildungsmonopols des Staates — war in dem Hellpach'schen Gesetzentwurf nur eine einzige, nämlich die des Ausbildungsganges der Lehrer, behandelt; die beiden andern — die Fragen des Ausbildungsmonopols des Staates und dann die der Simultanität der Ausbildung — sind im letzten Herbst zuerst durch den Antrag des Zentrums aufgeworfen worden, der für die Lehrerausbildung die „konfessionelle Grundlage" und weiterhin dann die Anerkennung privater Anstalten verlangte. Wenn also hier die konfessionelle Seite der Frage erörtert und in Verbindung damit der Vorwurf erhoben wird, das sei etwa „Kulturkampf", dann müßte man feststellen, daß dieser Kulturkampf vom Zentrum begonnen wurde (Lachen beim Zentrum — Zurufe — Abg. Dr. Schofer: Wir sind ja sogar schon einmal mit dem Teufel verglichen worden!).

Und nun zum Ergebnis, welches die Ausschußberatungen des letzten Herbstes im badischen Landtag gezeitigt haben! (Zuruf vom Zentrum: Das ist das Neueste, was jetzt kommt! das Neueste, was man gefunden hat!) Bei diesen Beratungen standen sich zwei Gruppen gegenüber. Die eine dieser beiden Gruppen war für Hochschule und Abitur, jedoch gegen die konfessionelle Grundlage der Lehrerbildung und gegen die Zulassung privater Anstalten; die zweite dieser Gruppen war gegen Hochschule und gegen Abitur, jedoch für konfessionelle Grundlage und für die Zulassung privater Anstalten. Diese beiden Gruppen standen sich also in ihren Ansichten diametral gegenüber.

Zur einen Gruppe gehörte das Zentrum — zur andern Gruppe gehörte die Sozialdemokratie (Hört! Hört!): Hier haben wir also den Ausgangspunkt für das Kompromiß, das die beiden Regierungsparteien uns vorgelegt haben; man wird es infolgedessen verstehen, wenn man mit lebhaftem Interesse den Ergebnissen entgegensah, welche die zwischen den beiden Regierungsparteien geführten politischen Verhandlungen bringen würden. Welches ist nun das Ergebnis dieser Verhandlungen gewesen?

Die Hochschule ist gefallen; das Abitur ist gefallen; die privaten Anstalten sind als gleichberechtig anerkannt; anstelle der Ausdrucksweise von der „konfessionellen Grundlage", wie der Zentrumsantrag sie enthielt, heißt es nunmehr in der Begründung des Gesetzentwurfes „konfessioneller Charakter". Wir müssen also feststellen, daß im wesentlichen der Zentrumsstandpunkt durchgedrungen ist — daß die Sozialdemokratie im wesentlichen kapitulierte. Das ist nicht etwa nur unser Urteil, sondern das ist auch das Urteil von Sozialdemokraten selber; ich berufe mich hier auf die Mannheimer „Volksstimme", in der (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Aha!) es heißt:

> „Herr Dr. Schofer aber kann heute feststellen, daß das, was in einer Koalitionsregierung zulässig und für den einzelnen Partner erträglich ist, durch ihn und nicht durch die anderen bestimmt wird."

Der Herr Kollege Marum hat nun das Ergebnis der Regierungsverhandlungen mit der Notwendigkeit begründet, daß, wenn verschiedene Standpunkte gegeben sind, man eben ein Kompromiß schließen müsse. Wie aber steht es nun mit der für die Sozialdemokratie bestehenden Notwendigkeit, ihren Standpunkt aufzugeben?, darüber können doch schließlich nur die hier in diesem Hause bestehenden Mehrheitsverhältnisse entscheiden! Und wenn wir heute als Grundlage für die Beantwortung dieser Frage die Abstimmungszahlen der ersten Lesung heranziehen, dann können wir folgende Feststellung machen.

Für die grundsätzliche Simultanität waren 22 Stimmen; hätten die Sozialdemokraten mit dafür gestimmt, dann wären es 38 Stimmen gewesen: also mehr als die Hälfte!

Für die Nichtzulassung privater Anstalten haben 27 Abgeordnete gestimmt, hätte die Sozialdemokratie gleichfalls dafür gestimmt, dann wären 43 Stimmen dafür gewesen: wiederum mehr als die Hälfte!

Und was schließlich das Abitur anbetrifft, so haben hierfür 27 gestimmt; hätte — entsprechend ihren Grundsätzen vom letzten Herbst — die Sozialdemokratie ebenfalls mit dafür gestimmt, dann hätte sich abermals mehr als die Hälfte aller Stimmen dafür ergeben.

Wir müssen also feststellen: Wenn die Sozialdemokratie ihre Grundsätze und Ziele vom letzten Herbst aufgegeben hat, so nicht etwa deshalb, weil das im Interesse eines Kompromisses notwendig war und nicht etwa deshalb, weil die Sozialdemokratie sie nicht verwirklichen konnte —, sondern deshalb, weil sie diese Grundsätze und Ziele nicht verwirklichen wollte (Sehr richtig bei den Kommunisten).

Von sozialdemokratischer Seite wurde bezüglich der Simultanität zunächst der Standpunkt vertreten: „Wir haben immer auf dem Boden der Simultanität gestanden und haben auch nie geschwankt; aber die „politische Dynamik" hat eine Änderung notwendig gemacht (Heiterkeit und Zurufe)!" Nachher aber wurde der Standpunkt vertreten: „Wir stehen ja grundsätzlich auf dem Standpunkt der weltlichen Schule — und infolgedessen haben beide Partner eine Durchführung ihrer grundsätzlichen Stellungnahme nicht erreichen können; sie haben sie aber auch nicht aufgegeben, sondern sich auf ein Kompromiß in der Mitte gefunden."

Wie ist nun hier die Lage? Der bestehende Zustand ist die Simultanität, und die Sozialdemokratie geht nun den Weg, daß sie, um die weltliche Schule zu erreichen, zunächst nach der konfessionellen Seite marschiert (Heiterkeit in der Mitte, Zurufe von links): ich vermag nicht zu erkennen, daß das nun gerade der zweckmäßigste Weg ist, um jenes Ziel zu erreichen (Heiterkeit und Zurufe von der äußersten Linken). Und wenn uns dann für die Zukunft die Sozialdemokratie vertröstet: „Ja, wenn die Gefahr wirklich eintreten sollte, von der die Opposition spricht, dann sind wir ja auch wieder da!", nun, so sage ich: Wenn es einer politischen Gruppe nicht möglich ist, die Entstehung einer Gesetzesvorschrift zu verhindern,

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

dann kann man auch nicht die Hoffnung hegen, daß sie die Kraft besitzen werde, diese Gesetzesbestimmung zu beseitigen, wenn es sich einmal nicht nur darum handelt, daß die Gesetzesbestimmung beseitigt werden, sondern wenn auch die Wirkungen, die diese Gesetzesbestimmung gehabt hat, aufgehoben werden sollen (Sehr richtig! aus der Mitte).

Deshalb kann die Sozialdemokratie die Preisgabe ihres Standpunktes nicht mit sachlichen Notwendigkeiten begründen. Es wird also jeder, der die politischen Dinge kennt, eben mit Notwendigkeit gezwungen, die Frage aufzuwerfen: Was ist es nun, das bei diesem Aufgeben eine Rolle mitgespielt haben kann?

Nun ist ja die Wertschätzung von Dingen eine individuelle Angelegenheit, und ich weiß nicht, wie hoch die Sozialdemokratie diejenigen Dinge einschätzt, die sie gegenüber dem letzten Herbst aufgegeben hat: immerhin aber scheint mir die Lage die zu sein, daß es im badischen Lande nur ein einziges Gebiet gibt, das man hierzu in Beziehung setzen könnte: das scheint mir die Regierungsfrage zu sein. Deshalb taucht eben bei uns die Vermutung auf, daß dasjenige, was eine entscheidende Wirkung auf die ganze Gestaltung der Dinge ausgeübt hat, in der badischen Regierungsfrage zu suchen sei. Es handelt sich hier um eine politische Spekulation auf die Zukunft: ob sie richtig sein wird, das muß die Zukunft erweisen.

Vorläufig aber scheint mir doch zwischen der politischen Geschäftstätigkeit des Zentrums und derjenigen der Sozialdemokratie ein wesentlicher Unterschied und zwar in der Richtung zu bestehen: die politische Geschäftstätigkeit des Zentrums scheint mir in alter, aber durchaus bewährter Weise auf Barzahlung — diejenige der Sozialdemokratie in durchaus modernem Sinne auf Prolongationswechsel eingestellt zu sein (Heiterkeit; Abg. Dr. Schofer: Ja, und bei Ihnen auf Vorausbezahlung! — Erneute Heiterkeit). Immerhin ist diese Methode doch noch besser als die andere eben genannte (Sehr richtig! und Heiterkeit).

Das Ergebnis der ganzen Beratungen war nun das — und dieses Ergebnis entspricht auch schon früher gemachten Erfahrungen —, daß dieses Gesetz bereits fertig war, als es das Staatsministerium verlassen hat (Zustimmungsäußerungen in der Mitte); dieses Gesetz ist wieder einmal nicht von der Landtagskommission, sondern von der Koalitionskommission gemacht worden — und die Opposition war einfach in die Lage versetzt, entweder dem Gesetz zuzustimmen, das man ihr vorgelegt hat, oder aber es abzulehnen.

Vorhin schon habe ich durch Heranziehung der Zahlen aus der Abstimmung erster Lesung nachgewiesen, daß ein ganz anderes Ergebnis hätte herauskommen können, wenn die Sozialdemokratie wirklich dasjenige hätte durchsetzen wollen, was sie grundsätzlich vertritt. Wie aber soll für die Opposition die Möglichkeit einer sachlichen Mitarbeit entstehen, wenn man ihr nicht einmal die Möglichkeit gibt, mit ihren Ansichten, wenn Sie der mit einer Regierungspartei harmonieren, durchzudringen?! Darauf haben Sie aber keine Rücksicht genommen, sondern Sie haben das Kompromiß der Regierung durchgedrückt und damit haben Sie die Opposition eben in die Lage gesetzt, einfach Ja oder Nein zu sagen. Damit haben Sie aber auch zum Ausdruck gebracht, daß Sie eine gleichberechtigte sachliche Mitarbeit der Opposition überhaupt nicht wollen. Und da nun das Regierungskompromiß wieder nur der Meinung der einen Regierungspartei in ihren Grundsätzen entspricht, so ist das Ergebnis des Ganzen, daß nicht die Mehrheit dieses Hauses entschieden hat, sondern letzten Endes das Diktat einer Minderheit (Sehr wahr! bei den Kommunisten). Das ist die praktische „demokratische" Politik, die die beiden großen demokratischen Parteien hier treiben! (Sehr richtig! Sehr wahr! in der Mitte und bei der Bürgerlichen Vereinigung).

Da, wie ich durch diese Ausführungen gezeigt habe, diese Vorlage ihre große politische Seite hat, so haben wir bei der Wiedereinbringung der Anträge in erster Linie Wert darauf gelegt, die Fragen noch einmal zur Diskussion zu stellen, in denen die politische Seite in erster Linie zum Ausdruck kommt.

Wir haben den Antrag wieder eingebracht bezüglich der Simultanität. Zu seiner Begründung brauche ich nichts mehr zu sagen.

Wir haben einen Antrag wieder eingebracht bezüglich des Ausbildungsmonopols des Staates. Auch dazu brauche ich nichts mehr zu sagen.

Und schließlich haben wir wieder einen Antrag eingebracht bezüglich des Abiturs.

Bezüglich der privaten Lehrerbildungsanstalten warten wir immer noch auf die Auskunft der Regierung, welche sachlichen Gründe dafür entschieden haben, daß diese Bestimmung in den Gesetzentwurf hineingekommen ist. Daß hierfür nicht die Stimmenverhältnisse im Landtag maßgebend sein können, das beweist wieder die Abstimmung in der ersten Lesung, aus der sich ergibt, daß, wenn die Sozialdemokratie sich nicht für die Anerkennung privater Ausbildungsanstalten ausspricht, diese Bestimmung nicht gemacht werden wird.

Und schließlich wird noch die Frage eine Rolle spielen, ob dieser Gesetzentwurf als dringend anzusehen ist oder nicht. Wenn die Bestimmung des § 23 der badischen Verfassung, daß gewisse Gesetze nicht als dringend anzusehen sind, überhaupt einen Sinn und eine praktische Bedeutung haben soll, dann kann dieser Gesetzentwurf nicht als dringend erklärt werden; denn es spricht gar nichts Sachliches für den dringenden Charakter dieses Gesetzentwurfs. Für Parteien, die gegen diesen Gesetzentwurf gestimmt haben, ist es schlechthin unmöglich, für den dringenden Charakter zu stimmen, denn es wäre ein Widerspruch.

In diesem Jahre wird die badische Simultanschule 50 Jahre lang bestehen. Die badische Regierung feiert diese Tatsache auf ihre Weise, indem sie den ersten großen Schritt zur Beseitigung der badischen Simultanschule tut. Man hat während der Beratung sehr oft vom status quo gesprochen. Dem status quo entspricht eine bestimmte geistige Einstellung zu den Dingen, und das ist der Geist des Friedens. Der Geist aber, der aus diesem Gesetzentwurf spricht, ist nicht der Geist des Friedens, sondern der Geist eines versteckten Kampfes, der die politische Taktik verfolgt, Schritt für Schritt vorzugehen, weil er das Ganze nicht auf einmal erreichen kann. Ein Werk, das aus diesem Geist geboren ist, bringt seinen Schöpfern keine Ehre und den Siegern keine guten Früchte! (Beifall bei der Deutschen Volkspartei und den Demokraten).

Abg. **Marum** (Sozdem.):

Ich glaube nicht, daß der Herr Kollege Mattes irgend jemand im Hause etwas Neues gesagt hat. Seine Ausführungen haben wir alle schon in Zeitungsartikeln gelesen, auch in der ersten Lesung gehört. Ich glaube nicht, daß irgend jemand, auch wenn der Herr Kollege Dr. Mattes mit Engelszungen geredet hätte, von ihm heute überzeugt worden wäre. Ich bin auf jeden Fall nicht überzeugt worden. (Zuruf des Abg. Dr. Mattes.) Die Rede war auch nicht für uns, sondern für die Öffentlichkeit bestimmt. (Heiterkeit und Rufe: Sehr richtig! — Zurufe von der Mitte. — Abg. Obkircher: Für Ihre Wähler!) Für unsere Wähler also. Herr Abg. Obkircher, Sie täuschen sich, wenn Sie glauben, daß, auch wenn zwischen unseren Parteigenossen und uns Abgeordneten eine Differenz bestehen würde, daß deshalb jemand, der Sozialdemokrat ist oder sozialdemokratisch gewählt hätte, daraufhin Sie wählen würde. (Große Heiterkeit.) Das ist eine vergebliche Hoffnung. Und wenn der Herr Abg. Dr. Mattes und Sie noch so schöne Reden halten — das würden Sie damit nicht erreichen! (Zwischenruf von den Sozialdemokraten: Die Spekulation ist falsch!).

Nun möchte ich zunächst eine persönliche Bemerkung machen. Der Herr Abg. Dr. Mattes hat geglaubt, mich persönlich dafür verantwortlich machen zu müssen, daß die Hellpach'sche Vorlage

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

im vorigen Jahre nicht im August beraten worden ist. Er sagt, im Mai und Juni hätte im Haushaltsausschuß genügend gearbeitet werden können, so daß die Möglichkeit bestanden hätte, im August die Sache zu beraten und er sagte: „Sie, Herr Marum, sind daran schuld." So war doch Ihre Auffassung? — Ich danke Ihnen für den Einfluß, den Sie mir in diesen Dingen zuschreiben. Ich habe ja in der „Neuen Badischen Landeszeitung" gestern gelesen, „welche Macht dieser Führer innerhalb seiner Fraktion hat". Ich freue mich, jetzt nun auch von Ihnen gewissermaßen zu hören, welche Macht ich im Haushaltsausschuß habe. (Zuruf aus der Mitte.) Der Haushaltsausschuß besteht aus 21 Mitgliedern. Ich bin zwar der Vorsitzende, aber nur einer von den 21; und wenn etwa die 20 anderen anderer Auffassung sind, als ich, so haben sie immer noch die Möglichkeit, zu erzwingen, daß irgend etwas auf die Tagesordnung kommt. Denn nur vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltsausschusses bestimmt der Vorsitzende die Tagesordnung einer Sitzung. Ich muß es also ablehnen, verantwortlich dafür gemacht zu werden, daß die Sache im August nicht beraten worden ist. Übrigens ist es bisher niemals üblich gewesen, daß im August etwa derartige Gesetzesvorlagen noch beraten werden. Ich bin im August auf jeden Fall nicht dagewesen. Wenn Sie also einen Vorwurf deswegen erheben, weil im August nicht beraten worden ist (Zuruf des Abg. Dr. Glockner) — wie hat der Herr Kollege gesagt, bitte? (Zuruf) — wenn Sie also einen Vorwurf deswegen erheben, weil im August die Sache nicht beraten worden ist, dann richten Sie bitte diesen Vorwurf an meinen verehrten Nachbar, Herrn Dr. Glockner. (Große Heiterkeit. — Zurufe aus der Mitte und vom Zentrum), denn er hat im August die Geschäfte des Haushaltsausschusses geführt. Ich habe hier das Protokoll und habe mich darüber nochmals verlässigt. Es ist aber auch nicht so, daß etwa im Mai und Juni der Haushaltsausschuß gefaulenzt hätte. Herr Kollege Dr. Mattes, Sie haben damals auch dazu gehört, und ich erinnere mich, daß an der außerordentlich instruktiven Reise Ende Mai den Rhein hinunter der Herr Dr. Mattes auch beteiligt gewesen ist, also mit verantwortlich ist, wenn damals das Lehrerbildungsgesetz nicht beraten worden ist. Ich habe auch noch weiter nachgesehen, was im Juni und Juli beraten worden ist und habe gefunden, daß das Budget und der Nachtrag zum Budget beraten worden ist, daß also durchaus nicht vom Haushaltsausschuß etwa nichts geschafft worden ist.

Aber noch etwas anderes! Die ganzen Schwierigkeiten wären überhaupt nicht entstanden, wenn der Herr Minister Dr. Hellpach seine Vorlage nicht erst am 10. Juli, sondern am 10. Januar eingebracht hätte. Ich habe neulich schon einmal in der ersten Lesung in Gestalt eines Zwischenrufes erklärt, und ich wiederhole es hier: Der Herr Dr. Hellpach hätte wahrhaftig Zeit genug gehabt, diese Dinge zu bearbeiten, und es ist seine Schuld, nicht meine, wenn die Sache erst im Herbst beraten worden ist. Er hatte die Möglichkeit gehabt, rechtzeitig diese Dinge zur Verhandlung zu bringen. Ich muß es also ablehnen, mich zum Prügelknaben dafür machen zu lassen, daß der Herr Dr. Hellpach die Vorlage nicht rechtzeitig in das Staatsministerium und an den Landtag gebracht hat. Das lehne ich ab. Ich bin nicht dafür verantwortlich. (Abg. Dr. Glockner: Haben Sie festgestellt, wann es im Unterrichtsministerium fertig war?) Ich weiß aus den damaligen Verhandlungen, daß es bei den anderen Ministerien 3 Wochen gedauert hat, bis die Beivorträge erstattet waren. Ich weiß aber, daß es beim Herrn Dr. Hellpach 6 Monate gedauert hat, bis er überhaupt etwas geschafft hat (Minister Remmele: Am 5. Juli im Staatsministerium!) und am 10. Juli... (Unterbrechung durch Zuruf des Abg. Dr. Glockner) 3 Wochen hat es gedauert — ich habe mich damals auch dafür interessiert, warum das Gesetz nicht kommt und habe festgestellt, daß die Beivorträge 3 Wochen Zeit in Anspruch genommen haben. Wenn diese Vorlage, wie Herr Dr. Mattes gesagt hat, wirklich so wichtig ist, daß sie eine Weltwende in Baden bedeutet, dann kann man den beteiligten Ministerien wahrhaftig keinen Vorwurf machen, wenn sie 3 Wochen brauchen, um ihre Stellungnahme zu präzisieren, nachdem Herr Dr. Hellpach Monate dazu gebraucht hat, um sich überhaupt zu einem Standpunkt durchzuringen. Also ich lehne diesen Vorwurf ab.

Ich lehne es ebenso ab, mir weitere Vorwürfe machen zu lassen, wie es Herr Dr. Mattes getan hat, daß wir zwar die Möglichkeit gehabt hätten, unsere Grundsätze durchzuführen, daß wir aber unsere Grundsätze nicht durchführen wollten. Auch das steht in dem Artikel der „Neuen Badischen Landeszeitung" von gestern sehr viel kürzer und schöner (Heiterkeit). Dort heißt es nämlich: „Das sozialdemokratische Programm enthält weittragende Kulturforderungen; es setzt hohe bildungspolitische Ziele, es verlangt Hochschulbildung für die Lehrer der Volksschule." Es ist doch eigenartig, daß die bürgerliche Presse, ebenso wie es heute der Herr Dr. Mattes getan hat, unsere schulpolitischen Ziele erst anerkennt, wenn sie gegen uns polemisiert (Zuruf: Sehr gut!). Bisher nämlich habe ich diese Anerkennung der Ideale und der schulpolitischen Ziele gerade bei der deutschen Volkspartei auf das bitterste vermißt, und ich glaube, ihre Abneigung (Zwischenruf vom Zentrum) ich komme darauf zu sprechen — gegen Sozialdemokraten, die ihr Schulideal durchführen könnten, ist viel größer als die Abneigung anderer Parteien. Sie sind nämlich nur in der Theorie Freunde dieses sozialdemokratischen Schulprogramms. Wenn es an die Umsetzung in die Wirklichkeit geht, und wenn es sich insbesondere darum handelt, daß dann auch einmal den Sozialdemokraten gegenüber Gerechtigkeit geschieht, dann sind es immer gerade die Herren Ihrer Partei, die als Erben der nationalliberalen Partei gerade in der Personalpolitik den alten nationalliberalen Standpunkt aufrecht erhalten wollen (Heiterkeit — Zurufe des Abg. Dr. Mattes, und die glauben, daß die Welt untergeht, wenn irgendwo einmal ein Sozialdemokrat Rektor einer Schule wird, versch. Zwischenrufe: siehe Freiburg u. a.) Ja, das ist gerade das Eigenartige, Herr Abg. Bauer, zum Minister sind die Sozialdemokraten unter Umständen geeignet, und wenns gefährlich ist, auch erwünscht (Heiterkeit — Zuruf des Abg. Bauer: Wir haben auch andere gerufen); aber Herr Abg. Bauer, sobald es weiter heruntergeht und es aus den Ministerien wirklich an die Verwaltungsstellen geht, dann ereignet sich immer etwas ganz Eigenartiges, wenn ein Sozialdemokrat vorgeschlagen wird, dann wird immer gesagt: es sind politische Gründe, aus denen ein Sozialdemokrat vorgeschlagen wird, wird aber einer von der deutschen Volkspartei vorgeschlagen (Abg. Bauer: Kommt gar nicht vor), dann heißt es, er wird nur deswegen vorgeschlagen, weil er sachlich dazu vereigenschaftet wird (Heiterkeit und Widerspruch — Glocke des Präsidenten).

In den 7 Jahren, die wir seit dem Jahre 1918 in der badischen Staatsverwaltung hinter uns haben, sind mehr deutsche Volksparteiler als Sozialdemokraten in führenden und anderen Stellungen angestellt worden (Widerspruch — Zuruf des Abg. Bauer). Jawohl, Herr Bauer, der Beweis ist zahlenmäßig zu erbringen; ich will mich aber in die Einzelheiten gar nicht verlieren. (Abg. Dr. Engler: Wo sind denn die Sozialdemokraten?) Ich brauche den Beweis gar nicht zu erbringen, der Beweis ist offenkundig. Wir kommen aber vom Thema ab.

Ich sagte, es wird uns zum Vorwurf gemacht, wir hätten eine Mehrheit für unsere Anträge gehabt, wir hätten aber die Anträge nicht durchführen wollen. Das war in der „Neuen Badischen Landeszeitung" gestanden, und weiter heißt es dann im nächsten Satze: „Diese Forderungen" — die Schulforderung — „entsprechen sicher dem Bildungssehnen weiter Schichten des arbeitenden Volkes: Aber die sozialdemokratischen Führer scheinen von dem Sinne und dem Rechte dieses Kulturprogrammes nicht überzeugt zu sein, sie wagen nicht, darum zu kämpfen." Das ist mit knappen Worten auch Ihr Standpunkt, Herr Dr. Mattes. Wie steht es nun damit? Wir wagen nicht, um unser Schulprogramm zu kämp-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

fen? Wir hätten eine Mehrheit gehabt, um es durchzuführen, wir wollen es aber nicht durchführen. Meine Damen und Herren, es gibt zweierlei Kämpfe; es gibt einen Kampf, der — ich will einmal sagen — mit einer Faust gegen eine Eisenwand anrennt. Das ist der Kampf eines unverständigen Menschen, der Kampf eines Don Quichote, aber nicht der Kampf eines Politikers (Abg. Dr. Schofer: Es gibt aber auch solche ...). Es gibt aber auch einen andern Kampf: ein Kampf hat nach meiner Auffassung nur dann Sinn, wenn ich weiß, daß die Möglichkeit besteht, daß ich mein Ziel erreiche. Wenn ich mich in einen aussichtslosen Kampf begebe, bei dem ich von vornherein überzeugt bin, daß er sinnlos, ohne jeden Erfolg ist, so kann ich das in Volksversammlungen tun, so kann ich das taktisch tun; aber dort, wo es sich darum handelt, Politik zu machen, einen solchen Kampf zu führen, ist ein Unsinn. Auf die Politik und auf dieses Haus übertragen, führt das zu folgenden Ergebnissen.

Bestand die Möglichkeit für uns, unser Ziel durchzuführen? Gewiß; wir haben ja gehört von dem Herrn Dr. Mattes, es seien 22 für die Simultanisierung, für den Ausspruch der grundsätzlichen Simultanisierung ohne uns gewesen, mit uns wären es also 38; auf der anderen Seite standen 34. Wir hätten also theoretisch gewiß die Möglichkeit gehabt, den Satz in das Gesetz hineinzuschreiben: „Grundsätzlich sind die Lehrerbildungsanstalten simultan." Schön; was ergäben sich daraus für Konsequenzen? Zweierlei Art: Zunächst einmal möchte ich den Herrn Dr. Glockner, Herrn Hofheinz und Herrn Dr. Mattes fragen: Wenn dieser Satz: „Die Lehrerbildungsanstalten sind grundsätzlich simultan" im Gesetz gestanden wäre, hätte sich an dem bestehenden Zustand etwas geändert oder wären Sie nicht vielmehr der Auffassung auch gewesen, und waren Sie nicht bisher, seit Jahrzehnten dieser Auffassung? Grundsätzlich zwar, d. h. in Gänsefüßchen, sollen die Lehrerbildungsanstalten simultan sein; praktisch aber, so wie es im Beschluß der I. Kammer von 1910 heißt, soll es so gehen, daß nur Schüler eines Bekenntnisses dort sind. In Wirklichkeit wäre also nicht das mindeste geändert worden, außer, daß ein paar schöne Worte auf dem Papier gestanden wären. Die andere Konsequenz ist eine Konsequenz politischer Art, die gezogen werden muß. 38 wären mit uns gewesen, 34 dagegen.

Die Frage des Lehrer bildungsgesetzes, die von dem Herrn Dr. Mattes als eine Weltwende betrachtet wird, und die in der Tat eine außerordentlich wichtige Frage ist, ist keine Frage, die so en bagatelle von der Regierung aus behandelt werden kann, sondern hier handelt es sich um eine eminent politische Frage. Das wird gar niemand bestreiten. Wenn nun die bisherige Regierung bei dieser eminent politischen Frage auseinander gefallen wäre (Abg. Dr. Schofer: Das sollte sie ja gerade!) das war ja gerade die Absicht (Heiterkeit), so wäre die Konsequenz die gewesen, daß diejenigen, die bei dieser Frage Recht behalten haben und die die Mehrheit behalten haben, politisch die Konsequenz insofern ziehen, als die bisherige Regierung, die in ihren Zielen nicht mehr einig war, abtreten mußte und eine neue Regierung gebildet werden mußte (Zuruf des Abg. Obkircher: Sehr richtig:). Sehen Sie! (große Heiterkeit). Für jeden Politiker, für jeden, der ernsthafte Politik treibt, die einzig richtige Konsequenz. Nun, ich ziehe auch diese Konsequenz, und sie hätte gezogen werden müssen. Die 38 hätten also zusammen die Regierung bilden sollen. Jetzt schauen Sie sich einmal diese 38 an, die zusammen dann hätten eine Regierung bilden sollen. (Zuruf: Oho!) Doch! Die 38, die die Regierung gestürzt hatten, die hätten die Regierung gewaltsam übernehmen müssen (Widerspruch, mehrfache Zwischenrufe, Zwischenruf des Abg. Obkircher, Präsident: Ich bitte um Ruhe).

Ja, Sie wollten etwas ganz anderes, Herr Abg. Obkircher. Ich will es auch aussprechen, was Sie wollen, ich bitte Sie nur, mir jetzt einen kurzen Augenblick zu folgen. Diese 38 bestanden aus den Herren: D. Mayer-Karlsruhe, Bock, Dr. Mattes, Dr. Glockner und mir. Das hätte eine schöne Regierung gegeben! (Große Heiterkeit). Im Ernst (Abg. D. Mayer-Karlsruhe: Wir wären miteinander ausgekommen). (Präsident Dr. Baumgartner: Herr Kollege Marum, ich nehme an, daß Sie das Wort „schön" selbstverständlich nur in politischem Sinne gemeint haben (Heiterkeit). Ich habe es in bezug auf mich selbst gemeint (Wiederholte Heiterkeit).

Ich glaube aber, schon durch diesen einen Satz ist der Standpunkt, den Sie einnehmen in diesen Dingen, ad absurdum geführt, indem ich nämlich dartue, daß diese Mehrheit zwar geeignet gewesen wäre, das Gesetz zu Fall zu bringen, aber niemals geeignet gewesen wäre, Politik zu machen, niemals geeignet gewesen wäre, eine Regierung zu tragen. Und, Herr Dr. Mattes, ich bin überzeugt, Sie mögen vielleicht geneigt sein, mit meiner Partei eine Regierung zu bilden, daß Sie aber mit den Kommunisten eine Regierung bilden, das traue ich Ihnen noch nicht zu. Nun wollte aber, wie aus dem Zwischenruf des Herrn Obkircher zu verstehen ist und ich mir auch überlegt habe, Herr Obkircher diese Konsequenz nicht ziehen und die Herren von der Deutschen Volkspartei, wie die anderen Herren, die wollten zwar, wie sie richtig sagen, die gegenwärtige Regierung stürzen, aber sie wollten keine Regierung der Opposition, die die Mehrheit erlangt hatte, sondern was sie wollten, war etwas anderes: sie wollten auf diese Weise die Regierung selbst hineinkommen und mit dem Zentrum, vielleicht auch mit ihren früheren und zukünftigen Busenfreunden von der Deutschnationalen Volkspartei, vielleicht mit den Demokraten und wenn es nicht anders ging, mit uns, aber auf jeden Fall, sie wollten sich in die Regierung hineinbringen und womöglich das Steuer in Baden nach rechts drehen und uns hinauswerfen; das ist das Ziel gewesen in Ihrer Partei und, Herr Abg. Obkircher, daß das das Ziel Ihrer Partei war, haben Sie durch Zwischenruf zu erkennen gegeben. Sie halten uns aber für zu dumm, wenn Sie glauben, daß wir darauf hereinfallen. (Große Heiterkeit. — Zuruf bei der Deutschen Volkspartei.) Sie enthalten sich also der Abstimmung. (Erneute große Heiterkeit.) Sie sehen, daß ich nicht so empfindlich bin, auch sonst und Sie mißverstehen mich vollkommen, wenn Sie glauben, daß ich jemals anderen persönlich zu nahe treten wollte. (Zuruf: Na!) Ich bin ein Freund des scharfen Wortes und nehme es nicht übel, wenn mir gegenüber so scharf geantwortet wird, wie ich es mir herausnehme gegen andere zu reden (Zuruf bei der Deutschen Volkspartei).

Nun haben Sie weiter gesagt, wir hätten uns gewissermaßen vom Zentrum übers Ohr hauen lassen. Es ist sehr freundlich von Ihnen, daß Sie so besorgt um uns sind (Große Heiterkeit). Übers Ohr hauen lassen insoferne, als das Zentrum für seine Forderungen Barzahlung erlangt habe, während wir uns mit faulen Prolongationswechseln zufrieden geben mußten (Zuruf: Faulen?) Prolongationswechsel haben den Beigeschmack eines faulen Wechsels. Wenn der Prolongationswechsel gut wäre, Herr Dr. Gündert, so könnte man uns keinen Vorwurf machen, wenn wir einen Prolongationswechsel genommen hätten. Also, wir seien hereingefallen, das Zentrum habe sein Schäfchen ins Trockene gebracht und wir hätten einen Wechsel auf die Zukunft erhalten. Die Demokraten sind anderer Auffassung gewesen und neulich habe ich einen Artikel in der Badischen Landeszeitung gelesen (Zuruf: Schon wieder?) Ja, schon wieder, Sie sehen, wie eifrig ich ihre Zeitung lese. (Auf Zuruf): Das behaupte ich nicht; nicht alle Zeitungen, die ich zu lesen verpflichtet bin, sind gut (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Nun habe ich in der Neuen badischen Landeszeitung neulich eine ganz andere Auffassung gelesen, als es sich darum handelte, Kritik daran zu üben, daß ein Sozialdemokrat zum Oberregierungsrat im Unterrichtsministerium ernannt worden sei. Ein Sozialdemokrat als Oberregierungsrat! Da hat die „Neue badische Landeszeitung" die Frage aufgeworfen, man könne doch annehmen, daß das gewissermaßen die Vorausbezahlung der Sozialdemokratie dafür sei, daß sie dem Lehrerbildungsgesetz zugestimmt hat (Hört

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

hört! bei den Sozialdemokraten). So haben die Herren Demokraten uns eingeschätzt. Weder das eine, noch das andere ist richtig. Wir haben keine faulen Wechsel auf die Zukunft genommen und wir haben uns nicht vorausbezahlen lassen, sondern ein Teil unserer Forderungen ist so verwirklicht worden, wie ein Teil der Forderungen des Zentrums. Es ist auch nicht so, Herr Dr. Mattes, daß wir alle Kosten des Lehrerbildungsgesetzes getragen hätten und das Zentrum lediglich der gewinnende Teil dabei wäre (auf Zuruf:) ich weiß, es gibt andere Auffassungen. Ich stelle aber zweierlei Tatsachen fest. Erstens: derjenige, der objektiv und ernstlich die Dinge betrachtet, wird nicht bestreiten können, daß schulpolitisch und hinsichtlich der technischen Ausbildung der gegenwärtige Gesetzentwurf verglichen mit dem bisherigen Zustand einen außerordentlichen Fortschritt bedeutet (Zuruf des Abg. Dr. Glockner: Kein außerordentlicher!) Herr Dr. Glockner gibt immerhin einen Fortschritt zu, wenn er auch nach seiner Auffassung kein außerordentlich großer ist. Ich sage aber, es ist ein ganz erheblicher Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand, das kann derjenige gar nicht bestreiten, der ernsthaft die Dinge betrachtet. Das ist die eine Seite, und was die andere Seite, die Frage der Konfessionalität angeht, so ist der tatsächlich bestehende Zustand aufrecht erhalten, und es ist keine Verschlechterung nach der konfessionellen Seite eingetreten, und wenn Sie zehnmal sagen, Herr Dr. Mattes, de iure und de facto hätten wir bisher simultane Lehrerbildungsanstalten gehabt, so wird es kein einzigesmal dadurch wahr. Es ist nicht so. Es ist im Gesetzentwurf jede Verschlechterung nach der konfessionellen Seite verhindert und zurückgehalten. Es ist allerdings, das gebe ich zu, auch keine Verbesserung nach der simultanen Seite oder nach der Sache der Weltlichkeit der Schule geschaffen. Das gebe ich zu, daß keine Verbesserung geschaffen ist. Aber, um wieder einmal das Schlagwort von der politischen Dynamik zu gebrauchen, unter den gegebenen Umständen ist es nicht möglich, hier eine Verbesserung zu erreichen und selbst wenn ich mit Ihnen, Herr Dr. Mattes, gearbeitet hätte, würde ich keine Verbesserung erzielt haben. Das war das Wesentliche und aus diesen Gründen, weil politisch nicht mit wechselnden Mehrheiten ein solches Gesetz geschaffen werden kann, sondern wir politisch eine Mehrheit schaffen mußten für ein Gesetz und eine ganze Linie einer Regierungspolitik, weil diese Zufallsmehrheit keine politisch tragfähige Mehrheit ist, mit der man eine Regierung bilden kann, deshalb sind wir genötigt, uns die Mehrheit zu suchen. Und wir „wagen, nur insoweit nicht zu kämpfen" und halten es für falsch zu kämpfen, als es sich um einen Don Quichote-Kampf handelt und um einen Kampf, der zwar ein Getöse macht, aber einen politischen Ertrag nicht zu bringen vermag. Wenn wir wissen, daß wir etwas erreichen können, sind wir bereit zu kämpfen, aber Herr Kollege Dr. Glockner, die Bundesgenossen, die wir in diesem Kampf haben sollen, sind nicht so vertrauenswürdig, daß wir glauben, politisch mit ihnen etwas erreichen zu können (Auf Zuruf:) Sie sind es nicht allein, Herr Dr. Glockner, Herr Dr. Mattes und Herr D. Mayer und Herr Bock, ich wollte Sie nicht apostrophieren. Die Bundesgenossen, mit denen man uns zumuten wollte den Kampf zu führen, sind nicht so vertrauenswürdig, daß man mit ihnen einen erfolgreichen Kampf führen konnte. Aus diesen Gründen werden wir nach reichlicher Überlegung an unserer Stellungnahme der ersten Lesung festhalten, die Abänderungsanträge ablehnen und dem Gesetz in der vorliegenden Fassung unsere Zustimmung geben (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.

Abg. **Hofheinz** (D. Dem. P.):

Das Gesetz wird, wie wir sehen, angenommen in der Fassung, wie es die Regierungsparteien zur zweiten Lesung vorgelegt haben. Daß die Frage jetzt eine rein politische Frage sei, ist mit aller Deutlichkeit gerade von den Regierungsparteien unterstrichen worden. Es ist nun sehr bezeichnend, daß diese Unterstreichung, soweit die sozialdemokratische Partei in Frage kommt, nicht erfolgt auf der Grundlage der grundsätzlichen Haltung dieser Partei, sondern unter Aufgabe des Programms.

Es wird weiter behauptet, im letzten Sommer oder Frühjahr hätte die Hellpach'sche Vorlage ein anderes Schicksal erlebt als im September bzw. August. Demgegenüber ist festzustellen: Die Vorlage kam am 10. Juni in den badischen Landtag, war am 13. Juli in Druck gegeben, und man hätte allerdings — genau so wie wir auch jetzt mit Doppelsitzungen gearbeitet haben, um fertig zu werden, — auch dort, wenn man die nötige innere Einstellung zu ihr gehabt hätte, eine frühzeitigere Behandlung und rechtzeitige Verabschiedung noch erreichen können. Aber die Vorlage lag ja zudem drei Wochen vorher in sämtlichen Ministerien, mindestens aber in dem maßgebenden Finanzministerium. In diesen drei Wochen von Mitte Juni bis Anfang Juli ist dort nichts Neues dazu beigetragen worden als das, was schon bei der Schaffung der Denkschrift und später zusammengestellt worden war: nämlich einerseits die finanziellen Unterlagen und auf der andern Seite die bekannten „Konsequenzen" aus dieser Vorlage für die anderen Ressorts. Auch diese drei Wochen sind nicht so verstrichen, daß sie dem Interesse der Vorlage bzw. ihrer beschleunigten Behandlung dienten.

Dazu kam aber das weitere, was ja der Verlauf der Verhandlungen hier von Tag zu Tag und von Woche zu Woche immer deutlicher zeigte: daß die anderen Ministerien — und zwar in einer Weise, wie wir das meines Wissens im badischen Landtag noch bei keiner anderen Vorlage erlebt hatten — alles zusammengetragen haben, um dieser Vorlage Schwierigkeiten zu bereiten. Im letzten Augenblick erklärt man nun zu den früher geäußerten finanziellen Gründen: Wegen der Beschaffung der notwendigen Zahl von Abiturienten zur Hochschulbildung werde man aller Voraussicht nach damit rechnen müssen, daß sämtliche sechs- und siebenklassigen Anstalten zu Vollanstalten ausgebaut werden müßten. Das sind Übertreibungen, die einer Regierungsvorlage und in einer Regierungsbegründung einfach nicht passieren dürften. Für die Zukunft müssen wir schon voraussetzen dürfen, daß derartige Dinge in objektivere und den Tatsachen entsprechender Beweisführung vorgebracht werden.

Daß dann Ende Juli der Herr Abg. Marum nicht mehr hier war, das sind nicht unsere Angelegenheiten. Er hat damals den Standpunkt vertreten, der Landtag hätte eigentlich am 15. Juli fertig zu sein, also müßte man am 1. August zu Ende kommen können. Aus dieser Auffassung heraus hat er von seinem Rechte Gebrauch gemacht, vor Tagungsschluß in die Sommerfrische, in den Erholungsurlaub abzureisen. Daß er nun aber den Stiel umkehren und demjenigen, der Stellvertreter seiner Geschäftsführung im Haushaltsausschuß sein mußte, nun die Verantwortung aufbürden will, das ist allerdings ein starkes Stück, das wir nicht erwartet hätten. Daß der Abg. Dr. Glockner übrigens nur Vorsitzender einer der kleinen Fraktionen des Hauses war, weiß auch der Abg. Marum. (Auf Zuruf des Abg. Marum:) „Das ist etwas anderes", aber Sie müssen mir schon erlauben, hier so zu antworten, wie ich es für wünschenswert halte.

Eine Gesetzesvorlage wird hier im Hause im allgemeinen diejenige Aufnahme finden, die seitens der Regierung von vornherein vorbereitet wird, und gewiß hat die Hellpach'sche Lehrerbildungsvorlage in keinem Stadium eine freundliche Vorbereitung seitens der Regierung gefunden. Ich darf doch noch mit aller Deutlichkeit darauf abheben, daß — abgesehen vom Minister des Kultus und Unterrichts — keiner der Minister auch nur mit einem Worte für jene Lehrerbildungsvorlage eingetreten ist. Es waren im Gegenteil sogar die allersichtbarsten und deutlichsten Zeichen dafür ge-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

geben, daß die übrigen Ministerien alle — und nicht etwa nur aus finanziellen Gründen, sondern aus Abneigung und allerlei Bedenken grundsätzlicher Art heraus — dieser Vorlage gegenüber sogar die erheblichsten Vorbehalte machten. Nachdem die Vorlage im Juli 1925 an den Landtag gekommen war, ist uns im Haushaltsausschuß ausdrücklich gesagt worden, daß sie überhaupt nicht als Vorlage der Gesamtregierung gekommen, sondern daß nur der Unterrichtsminister „ermächtigt" worden sei, die Vorlage vorzulegen. Aber die sämtlichen übrigen Ressorts hätten ihre Stellungnahme für die Behandlung in den Ausschüssen bzw. im Plenum vorbehalten. Ich glaube nicht, daß wir viele Beispiele einer derartigen geschäftsordnungsmäßigen Behandlung von großen, wichtigen, bedeutsamen Vorlagen haben. Ich möchte auch das in aller Öffentlichkeit hier zum Ausdruck bringen.

Nun aber noch eine weitere Bemerkung, die ich an den schon einmal zitierten Artikel der „Volksstimme" anknüpfen muß. In diesem Artikel der „Volksstimme" wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß man die Frage aufwerfen müsse, ob es denn mit der Vorlage dieses Gesetzes gerade jetzt so sehr geeilt habe — (auf einen Zuruf des Abg. Marum:) — einen Augenblick, Herr Abg. Marum! — und der betreffende Artikelschreiber sagt hierzu:

> „Wurde nicht bei der Regierungsbildung von den zwei Parteien vereinbart, daß alle Fragen, die grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Parteien hervorrufen könnten, beiseite gelassen werden sollten, bis die Regierungsbasis eine breitere wieder geworden ist?!"

Und jetzt kommt der für mich wesentlichste Satz:

> „Wurde nicht das Lehrerbildungsgesetz ausdrücklich als eine dieser Fragen genannt?!"

Das gibt denn doch zu denken, besonders wenn dann noch im November und sogar im Dezember diese Auffassung vom Minister selbst vertreten war! Ende Dezember hatte die größte badische Lehrerorganisation durch eine Abordnung, wie das bei einem Wechsel der Person üblich ist, dem Herrn Minister offiziell ihre Aufwartung gemacht. Wir haben uns eingehend auch über die Frage der Lehrerbildungsvorlage unterhalten, und der Herr Minister hat uns offiziell gesagt:

> Er betrachte sich als in einem Übergangsstadium stehend. Selbstverständlich werde er, wie das seine Gewohnheit sei, die Geschäfte des Ministeriums für die Zeitdauer seiner Inhaberschaft mit aller Energie betreiben; das aber könne er uns versichern: daß er nicht beabsichtige, eine Lehrerbildungsvorlage vorzulegen, es sei denn, das Interregnum ziehe sich weit in den Sommer oder gar in den Herbst 1926 hinein. Dann allerdings müsse er daran denken, diese Vorlage herauszubringen, damit nicht für 1927 ein verspäteter Zeitpunkt in Betracht komme.

Diese Tatsachen lassen doch darauf schließen, daß inzwischen allerlei gegangen sein muß, daß in irgend einer Form ein direkter oder indirekter Druck ausgeübt worden sein muß. (Auf einen Zuruf des Abg. Marum:) Bitte sehr! ich sehe, wie ich glaube, sehr reale Tatsachen! — Schon bei der 1. Lesung wurde ausgesprochen, der Druck brauche nicht etwa in der Weise ausgeübt zu werden, daß nun der eine der Kontrahenten erklärt: „Wenn du mir morgen nicht dies oder das auf den Tisch des Hauses legst, dann ist unsere gemeinsame Arbeit erledigt!" Es gibt für das Zentrum noch eine Menge anderer Möglichkeiten, Mittel und Methoden, die zum gleichen Ziele führen. Aber der Herr Minister hat ja nun die Vorlage gebracht und diese Vorlage ist nun allerdings in weitem Umfange dem Zentrum gerecht geworden. Hereingefallen sind dafür weite Schichten gerade der freiheitlich gerichteten Kreise und da gerade auch diejenigen Massen, die hinter der sozialdemokratischen Fraktion stehen.

Auch bei anderen führenden Persönlichkeiten der Sozialdemokratie war die Einstellung zur Hellpach'schen Vorlage bzw. zu deren Tendenz entschieden ablehnend. Es ist doch bekannt, daß im Wahlkampf des letzten Jahres oder früher der Herr Abg. Dr. Engler in Neustadt auf eine Anfrage hin zum Ausdruck gebracht hat — (auf einen Zuruf des Abg. Dr. Engler:) dem Sinne nach! — ihm scheine allerdings mit den Erörterungen, wie sie auf Grund unserer Anträge gepflogen worden seien, und mit den Vorschlägen, wie sie in der Hellpach'schen Vorlage enthalten wären, nicht der richtige Weg gezeigt zu sein; ihm scheinen diese Forderungen übers Ziel hinaus zu schießen. (Lebhafter Widerspruch von seiten des Abg. Dr. Engler.) Bitte, Herr Abg. Dr. Engler, ja, das haben Sie droben dem Sinne nach gesagt! (Zuruf des Abg. Marum — Heiterkeit.) Bitte, Herr Marum, ich hoffe, daß im heutigen Staat nirgends ein größeres „Spitzeltum" besteht als bei uns: dann brauchen weder Sie noch sonst jemand vor einem Spitzeltum Sorge zu haben (Heiterkeit)! — Was ich hier vortrage, ist nichts geheimes.

Weiter hat doch auch, wie bekannt geworden ist, der Herr Minister des Innern Remmele seinerzeit sich mit den sozialdemokratischen Lehrern und Geistesarbeitern auseinander gesetzt, und gerade deshalb, weil er sich schon vor Jahr und Tag nicht auf den Boden einer derartigen Vorlage etwa wie die Hellpach'sche stellen konnte und wollte. Ob und inwieweit inzwischen nun eine gegenseitige Umstimmung erreicht werden konnte, das scheint sich für den Herrn Minister aus seiner Vorlage zu ergeben.

Nun ist außerordentlich interessant, was alles mit dem „Gesetz von der politischen Dynamik" begründet wird. Man vergißt dabei immer wieder, daß, so wie wir nun einmal die Dinge sehen und sehen müssen, tatsächlich eben stets die eine Seite gewonnen, die andere Seite verloren, daß in allem die eine Seite genommen und die andere gegeben hat — wenn auch der Herr Abg. Marum das nicht wahr haben will!

Was hat denn bei der jetzigen Vorlage das Zentrum erreicht oder nicht zugelassen?

Es hat sämtliches erreicht, was es von vornherein als sein Ziel aufgestellt hatte: Es hat erreicht, daß kein vorbehaltloses Abitur gegeben wird. (Zuruf von den Sozialdemokraten.) Es hat erreicht, daß keine Hochschulbildung gewährt wird. Es hat erreicht, daß nicht die volle Staatlichkeit über die Lehrerbildung gewährleistet und sichergestellt wird. Und es hat vor allem erreicht, daß der seit Jahrzehnten immer wieder notwendige Kampf — nicht etwa um eine in der Richtung der weltlichen Schule gehende Fortentwicklung, sondern nur rein der Kampf um die Tatsachenfeststellung der Simultanität, nicht bei diesem Gesetz endlich einmal zu Ende geführt wird. Es hat verhindert, daß man die grundsätzliche Simultanität der Lehrerbildungsanstalten nun auch in das Gesetz hineinschreibt.

Das Zentrum — das wurde vorhin betont — hat allerdings eine ungebrochene Linie durchgehalten. Bei den heutigen politischen Verhältnissen und insbesondere bei den Kräfteverhältnissen des Staates ist es darum kein Wunder, wenn die Zentrumspolitik des Nehmens zu ganz erheblichen Erfolgen führt. Das Zentrum geht dabei allein vom eigentümlichen außerstaatlichen Gedanken der Kirche und des Konfessionellen aus, nicht aber von staatlichen Bedürfnissen und Wünschen. Sonst könnte das Zentrum die Simultanität, so wie wir sie in Baden in den Schulen haben und wünschen, unter keinen Umständen als einen Angriff auf Religion oder Konfession bezeichnen. Aber die Betrachtung des „katholischen Menschen" als einer „Totalität" ist natürlich gegenüber dem Staatsbedürfnis und im simultanen Staat eine so ausschließende, daß der Staat bei Zulassung dieses Grundsatzes sich selbst einfach aufgeben muß. Er wird dann auf dem Schulgebiet nur das sein, was in diesen Tagen in einem Zentrumsblatt selbst gestanden

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

hat: der Organisator und Geldgeber, Polizeigewalt und Steuerbetreiber für die Inhaber der Schulen, Kirchen, Korporationen und politische Parteien.

Nach solchen Gesichtspunkten können wir uns nicht richten; für uns ist die unabhängige Entwicklung des Staates nach der geistigen Seite hin eine selbstverständliche und absolute Forderung. Es wäre nur zu wünschen, alle möchten sich einmal auf den Standpunkt stellen: Nicht Staat oder Kirche, sondern Staat und Kirche. Ein solch friedliches Mit- und Nebeneinander in Schulsachen ist nur bei Anerkennung der Simultanität auf dem Gebiet des Schul- und Bildungswesens erreichbar. Jede andere Lösung bringt den dauernden Kampf um den Besitz.

In einer Artikelserie, die im „Acher und Bühler Boten" vor kurzem zum Schulsonntag gekommen ist, steht unter anderem der sehr bedeutsame und beherzigenswerte Satz: „Deutschland ist seit 1517 keine religiöse Einheit mehr; mit dieser Tatsache muß man sich abfinden." Ja, das wäre ja gerade der richtige Standpunkt! Wenn das anerkannt werden wollte, dann ergäbe sich aber naturnotwendig, daß man nicht innerhalb des Volkes als Staatskörper die konfessionelle Spaltung grundsätzlich und tatsächlich auf allen Gebieten bis aufs äußerste durchführt, daß man nicht nur „Toleranz" übt, daß man nicht nur in den zwei Lagern einander nicht unmittelbar — wie im 30jährigen Krieg — befehdet (Sehr richtig! in der Mitte), sondern daß man die Gesinnung der Liebe und des gegenseitigen Vertrauens und Verstehens auch in allen Lebenslagen und für alle Altersstufen als ausschlaggebend anerkennt. Wer diese Grundsätze anerkennt, anerkennt für das Staatsleben die Simultanität, der kann dem Staate natürlich dann auch nicht in Abrede stellen, daß er als Träger dieser Simultanität allein der Träger und zwar simultaner Bildungseinrichtungen sein kann und muß.

Es ist übrigens sehr bezeichnend, wie resigniert gerade in jenen Artikeln die Darstellung gegeben wird, in welcher Weise das religiöse Leben sich im Volke auswirke, bzw. inwieweit es nach und nach seine große starke Kraft zu verlieren scheine. Es wird da gesagt:

> „Die letzten Jahrhunderte haben Schritt um Schritt Religion und Leben voneinander getrennt. Das Leben geht seinen besonderen Lauf. Die Religion ist dem Leben fremd geworden, wird vielfach als etwas dem Leben Feindliches empfunden, ist vielleicht noch gerade gut genug, den Büttel zu machen, um bei einschneidenden Lebensereignissen eine Art Aufmachung, Fassade, Verputz zu sein."

Wenn es so schlimm steht, wäre das ja das niederschmetternd ste Urteil für das religiöse Leben wie für die Organisation, die die Hauptpflegerinnen des religiösen Lebens sind, die Kirchen. Aber wenn das nun so ist, dann allerdings wäre die Frage an die religiösen Organisationen zu stellen, ob sie nicht gerade durch Überspannung des organisatorischen Prinzips dem inneren Leben, der inneren Wärme in weitem Umfang Abbruch getan haben. Damit, daß man den Menschen von der Wiege bis zum Grabe konfessionell durchorganisiert, hat man ihn seelisch noch nicht erfaßt, hat man ihn religiös noch nicht durchleuchtet, noch weniger gewonnen. Immer wieder sehen wir geistige und seelische Mischungs- und Umstellungsprozesse, gegen die eben gar kein Kraut gewachsen ist, weder das der evangelischen Orthodoxie, auch nicht des katholischen Dogmas. Es geht nicht, daß jemand durch Inanspruchnahme von öffentlichen organisatorischen Einrichtungen glaubt, sich eine Macht aufrichten zu können als Lehrsätze seiner seelischen Wirkungen, um auf der Grundlage dieser machtpolitischen Stellung innerhalb des Staates dann dem Staat gegenüber seine eigene Politik durchfechten zu können.

Alle diese Fragen sind heute hier zur Erörterung gekommen, weil man die Frage der Simultanität an dem entscheidenden Punkt, den heute die Vorlage noch als Lücke aufweist, nicht anerkennen will. Diese Regierungsvorlage hätte als selbstverständliche Konsequenz den Satz von der Simultanität der Lehrerbildungsanstalten haben müssen. Und wenn der Herr Minister sagt, es stehe auch kein gegenteiliger Satz darin, dann bleibt allerdings nach seinem Bekenntnis zu dem Satz in der Regierungsbegründung immer wieder an ihn die Frage zu stellen: „Warum haben Sie es denn für nötig gefunden, jenen Satz in die Begründung hineinzuschieben? Entweder Sie stehen zu ihm nicht mehr und geben ihn preis oder Sie übersehen seine Tragweite nicht." Wir haben nach den Vorgängen und nach den Erfahrungen aus den letzten hundert Jahren vor nichts so starke Sorge als vor der Unklarheit in diesen gesetzlichen Bestimmungen, vor der Offenhaltung gewisser Auslegungskünste, vor der mangelnden Regelung eindeutiger Art, weil dann die Interpretation einsetzt. Wir haben ja gesehen, wie die Geister aneinander vorbeireden und keiner dem anderen zubilligen will, daß er von seinem Standpunkte aus richtig sehe. Wir wollen nicht, daß ein neuer Zusammenbruch, wie wir ihn soeben erleben, vorbereitet werde.

Die Lehrerbildungsvorlage, wie sie jetzt vor uns liegt, wird für das ganze freiheitliche Bildungswesen und seine Entwicklung allerdings eine Katastrophe anbahnen. Von „Kulturzusammenbruch" zu reden — wie vorhin der Herr Abg. Marum dem Herrn Abg. Dr. Mattes vorgehalten hat — versage ich mir. Aber innerhalb der Bildungsentwicklung ist dieser Vorgang ein Ausfall, der nicht zu ersetzen ist.

Der Herr Abg. Marum sucht zu beweisen, daß die Vorlage eine Menge von Fortschritten enthalte. Nein, Herr Abg. Marum, die Fortschritte, die im einzelnen für Sie als Fortschritte erscheinen, sind im selben Augenblick Nachteile, wo Sie die einzelnen Bausteine zu einem wertvollen Gebäude zusammensetzen wollen. Ich habe schon einmal gesagt, es kommt nicht allein auf die einzelnen Dinge an, sondern auch darauf, ob die Gesamtplanlegung der Lehrerbildung in der Zukunft eine einheitliche, geschlossene und damit wirkungsvolle ist. Und man mag sagen, was man will — die vergangenen Seminare haben bei aller niederen Zielstellung und bei aller Verknöcherung in den letzten Zeiten in ihrer Planlegung eine Einheit dargestellt; darüber läßt sich gar nicht streiten, obschon diese Einrichtung längst nicht mehr den Bedürfnissen genügt. (Abg. Dr. Föhr: Sollen wir sie wieder aufmachen?) Herr Abg. Dr. Föhr, das ist angesichts der geänderten wissenschaftlichen und praktischen Bedürfnisse eine ganz widersinnige Fragestellung. Wenn Sie aber Lust haben, die Seminare wieder aufzumachen, müssen Sie das allerdings schon mit der jetzigen Regierungsmehrheit tun. Wir wären jedenfalls nicht in der Lage, einen derartigen Plan zu erörtern.

Im übrigen ist die gegebene Gegenfrage auf Ihre Bemerkung die, ob Sie etwa das theologische Studium wieder auf sechs Semester — wie früher — von zehn Semestern heute zurückschrauben wollen. Darüber ließe sich ja doch auch reden. Den Vergleich werden Sie in der Zukunft nicht mehr los, daß, wenn für die theologische Ausbildung tatsächlich, wie immer behauptet wird, eine volle wissenschaftliche Ausbildung notwendig ist, auch die Lehrerbildung nur im Vergleich zum theologischen Stand und den anderen wissenschaftlichen Berufen gemessen werden darf.

Jetzt schafft das neue Gesetz in Baden zum ersten Male einen Lehrerstand minderen Wertes, zweiter Qualität. Er ist in Zukunft gegenüber den übrigen Regelungen im Reich disqualifiziert, sowohl in der Anerkennung, als auch in der tatsächlichen Leistungsmöglichkeit (Zuruf von den Sozialdemokraten: Das wird die Zukunft lehren). Jawohl, das wird die Zukunft lehren. Ihnen scheint auch der Erfolg jetzt schon zu genügen. Wir haben in der Ver-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

gangenheit eine Menge von Verhältnissen gehabt, in denen es nicht möglich war, als Volksschullehrer von einem Lande in ein anderes überzutreten, ohne noch ein Ergänzungsexamen zu machen. Wollen Sie vielleicht die badische Lehrerschaft in diesen Zustand hineindrängen? Ich nehme gar nicht an, daß z. Z. viele Übernahmen in andere Länder möglich wären, weil ja zum Teil ein sehr großer Vorrat überall vorhanden ist. Aber die grundsätzliche Tatsache besteht, daß auf Grund unserer heutigen Regelung in Zukunft keiner nach Preußen, nach Sachsen, Thüringen, Hamburg, Hessen oder irgendwo sonst hin, wo die Regelung besser getroffen wäre, übernommen werden könnte. Das ist die famose Einheit im Reich, für welche angeblich die Sozialdemokratie kämpft. Das sind doch Tatsachen, die auch das Wort von der Pariastellung allerdings sehr stark begründen, und es müßte gerade die Sozialdemokratie, die doch sich immer wieder als fortschrittlich auch in kulturpolitischen Fragen bezeichnet sehen möchte, allen diesen Bedenken Raum geben. Aber wenn man die politische Dynamik sogar soweit anerkennt und anwendet, daß man gleich Konstruktionen neuer Regierungsbildungen anhängt, die überhaupt nur Phantasie sein können, Herr Abg. Marum, dann läßt sich natürlich daraus kein Gesetz des freien Handelns mehr gewinnen. Herr Abg. Marum, ich bin der festen Überzeugung, wenn wir hier eine große sozialpolitische oder wirtschaftspolitische Reaktion in irgend einer Form erleben sollten, dann hätten Sie die notwendige Brutalität, dagegen sich mit allen Mitteln und gegen jede Partei zu sträuben und unter Umständen auch die Konsequenz daraus zu ziehen, aus einer Koalition, die ihnen derartiges zumutet, auszutreten. Aber es handelt sich hier ja nur um eine kulturpolitische Frage der Massen.

Wir glauben übrigens genau so wenig, daß ihnen diese letzte Konsequenz notwendig gewesen wäre, wie sie nicht zugeben, daß man überhaupt diese Kraftprobe hätte machen können. Sie sehen schon von vornherein wie ein Gespenst die letzte Möglichkeit, nämlich den Zerfall ihrer Koalition, und haben gerade damit das Spiel verloren. Genau so überzeugt sind wir vom Gegenteil auf Grund der Erfahrung, daß wenn zwei gleichwertige und gleichwillige Kräfte miteinander ringen, unter keinen Umständen nur die eine Sieger sein wird. Also, wir sind der Überzeugung, daß, wenn es ihnen wirklich ernstlich darum zu tun gewesen wäre, mit der anderen Seite — ihre Presse hat sie ja selbst bezeichnenderweise die Seite des politischen Gegners genannt — zu ringen, daß dann allerdings daraus ein anderes Ergebnis hervorgegangen wäre. Aber es handelt sich ja nur um Bildungsfragen. Herr Abg. Marum, Sie haben der Position des Zentrums Ihnen gegenüber keine stärkere Illustration geben können als in dem Vergleich, es wäre widersinnig, „mit der Faust gegen eine eiserne Mauer zu rennen". (Sehr gut! und Heiterkeit, Zwischenruf des Abg. Marum.) Aber, Herr Abg. Marum, gegen uns brauchen Sie ja nicht zu kämpfen, wir stehen ja auf dem Standpunkt, wo Sie auch stehen sollten, und es ist also nur noch eine Folgerung möglich, daß Sie und Ihre Fraktion bei der politischen Mitarbeit in der Koalition in dieser Frage von Anfang an so unter dem Daumen des Zentrums standen, daß es ein Heraus nicht mehr gab, es fehlte der Wille und der Mut zum früheren Standpunkt.

Ich sehe keine Voraussetzung dafür, daß bei einer derartigen Lage die Sozialdemokratie in absehbarer Zeit auf kulturpolitischem Gebiete ihre Bewegungs- und Entscheidungsfreiheit wieder erringen wird, und das ist das unglaubliche von diesen Vorgängen: daß kulturprogrammatische, grundsätzliche Forderungen und Haltungen von angeblichen Freiheitsparteien aus parteitaktischen Erwägungen und Interessen geopfert werden und der Gegner die Gewißheit gewinnt, auf diesem Gebiet könne er sich alles leisten, er werde letzten Endes doch stets Sieger sein.

Die Auseinandersetzung in der Sozialdemokratie geht uns nur insoweit an, als wir Zuschauer sind. Aber die vielen bitteren, besorgten und empörten Stimmen — ich will sie hier weiter nicht zitieren — in der sozialdemokratischen Presse lassen vermuten, daß in der um ihre Hoffnung betrogenen großen Masse der sozialistisch gesinnten Wählerschaft draußen doch sehr, sehr stark gefordert worden ist, daß die Sozialdemokratie nicht aus dieser „politischen Dynamik" heraus, sondern aus einer ganz anderen Dynamik, nämlich der inneren Einheitlichkeit und Wahrhaftigkeit, ihre Entscheidung zu treffen hätte. Wir — das möchte ich nochmals unterstreichen — haben weder nach rechts noch nach links zu sehen. Irgendwelche politischen Geschäfte im Sinne einer zukünftigen Koalitions- oder Regierungsbeteiligung liegen uns fern. Unsere Erfahrungen von früher und die jetzigen Vorgänge wirken abschreckend. Wir haben Zeit und können auch außerhalb der Regierung bleiben. Das ist für uns keine Frage der politischen Dynamik, sondern hängt ganz davon ab, welche Verantwortung uns zugemutet und welche Garantien uns gegen solche Dinge wie diese Vorlage gegeben werden. Wenn allerdings derartige Vorgänge wie sie durch das Lehrerbildungsgesetz geschaffen werden, vorliegen, wird die Mitarbeit in einer Regierung in Zukunft außerordentlich erschwert. Die Gegensätzlichkeit und innere Spannung, die sich jetzt grundsätzlich aufgezeigt hat, wird erst recht dann nicht verschwinden, wenn man in einer Regierung die Mitverantwortung für die Durchführung solcher Gesetze übernehmen sollte, gegen die man sich bis aufs äußerste eingesetzt hat.

Unsere unveränderte Haltung zur Lehrerbildungsfrage vom Jahre 1919 über 1923/24/25 bis heute zeigt, daß wir unserer Auffassung und Überzeugung in dieser wichtigen Kulturfrage auch auf die Gefahr hin treu bleiben, daß man draußen wieder mit den Steuerfragen gegen uns mobil macht. Bildungsfragen wurden immer von einer einsichtigen Führung gelöst. Wir sind der festen Überzeugung, daß diese Frage, wenn sie so gelöst wird, wie wir dies fordern, dann zum Wohle des Volkes ausfallen muß. Und die Anerkennung des neuen Zustandes hätte sich trotz der besonderen Gegnerschaft einer gewissen Seite durchgesetzt. Die Regierungsparteien haben von Anfang an unter sich ausgemacht, anders zu verfahren. Sie haben die Mehrheit, sie benützen sie zur Entscheidung, sie allein werden aber auch die Verantwortung für diese Entscheidung zu tragen haben (Sehr richtig!).

(Im Verlauf obiger Ausführungen hat I. Vizepräsident Maier-Heidelberg den Vorsitz übernommen.)

Der I. Vizepräsident Maier gibt folgenden Antrag des Abg. D. Mayer-Karlsruhe u. Fraktion bekannt:

Unsere Anträge in der I. Lesung Nr. 100o, Nr. 100p und 100q werden hierdurch auch für die II. Lesung wieder eingebracht.

Das Wort erhalten weiter

Minister des Kultus und Unterrichts **Remmele**:

Dem Herrn Vorredner will ich nur auf zwei Sätze antworten.

Er hat zunächst die Frage aufgeworfen, warum ich trotz meiner Erklärung im letzten Herbst dieses Lehrerbildungsgesetz gefertigt oder fertigen ließ und hier eingebracht habe. Es ist richtig. Ich habe nicht bloß der von ihm bezeichneten Kommission, sondern Lehrerkommissionen überhaupt, und zwar durchaus im Einverständnis der beiden Fraktionen die Meinung vermittelt, wir hätten nicht die Absicht, — da wir diese Regierung als Provisorium ansehen — jetzt das Lehrerbildungsgesetz zu machen. Das war vor Weihnachten. Als ich dann aber genötigt wurde, nachdem eine neue Rekonstruktion der Regierung nicht in Aussicht stand, zur Fertigstellung des Budgets Stellung zu nehmen, und damit mir auch ein Urteil zu bilden, was werden soll, wenn von Ostern d. Js. ab die Seminare total ge-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

schlossen sind, da mußte ich mich auch mit diesem Problem auseinandersetzen. Diese Zeit fällt zwischen Weihnachten und Neujahr, und ich erkläre hier noch einmal, was ich wiederholt im Haushaltsausschuß getan habe, daß niemand vom Zentrum, insbesondere nicht einmal meine Ministerkollegen, bevor ich zu diesem Problem Stellung nahm, mit mir über diese Angelegenheit gesprochen haben (Abg. Dr. Schofer: Hört, hört), sondern lediglich mein Pflichtgefühl war es gewesen, was mich veranlaßt hat, um kein Vacuum eintreten zu lassen, jetzt an dieses Aufgabengebiet heranzutreten.

Ich darf in dem Zusammenhange gleich sagen: Was der Herr Abg. Dr. Mattes vorhin gemeint hat, dieses Gesetz sei nicht dringlich, und man werde sich dementsprechend im Hinblick auf den § 23 unserer Verfassung verhalten, kann ich das nur bedauern, wenn das der Fall ist, denn wir — das habe ich auch im Haushaltsausschuß auseinandergesetzt — wollen mindestens mit einer Anstalt, da Lehrstoff und Lehrkörper neu sind, Erfahrungen sammeln und auf dieser aufbauend dann in der kommenden Zeit die Lehrerbildungsanstalten einrichten. Wenn Sie uns verhindern, an Ostern eine entsprechende Anzahl von Schülern hereinzunehmen und den ersten Schritt zu machen, so können wir das nicht verhindern, sofern Sie die Mehrheit dafür finden, aber ich werde dies bedauern, eben von dem Grundsatze aus, der mich zwang, dieses Lehrerbildungsgesetz einzubringen.

Zweitens: der Herr Abg. Hofheinz hat davon gesprochen, die Ministerkollegen unseres früheren Kollegen Dr. Hellpach hätten ihn bei seinem Werk nicht unterstützt, quasi sabotiert, insbesondere in der Frage des Lehrerbildungsgesetzes. (Mit erhobener Stimme): Meine Herren von der demokratischen Fraktion, zwingen sie uns doch nicht, zu einem Kapitel hier vor aller Öffentlichkeit Stellung zu nehmen, über das wir einmal sprechen müssen, wenn Sie in dieser Weise fortgesetzt provozieren (Rufe: Hört, hört! beim Zentrum und bei den Sozialdemokraten). Meine Herren, ich will Ihnen nicht zu nahe treten und insbesondere einem Kollegen nicht, da er nicht mehr unter uns weilt. Ich bitte, es im umgekehrten Falle gleich zu halten. Ich kann nur sagen was ich in 7 Jahren beobachtet habe an der Arbeit innerhalb der Schulverwaltung ist nicht so, daß ich mich damit einverstanden erklären könnte. Ich bin gewöhnt zu arbeiten, die Verantwortung zu übernehmen und vor der Verantwortung mich nicht zu scheuen; Sie werden niemals gehört haben, daß einer von uns sich beklagt hat, hier oder sonst wo, er sei von den Kollegen im Stiche gelassen worden. Würden wir Sabotage getrieben haben, dann hätte der Minister Dr. Hellpach das Schulgesetz nicht einbringen können. Es konnte nur eingebracht werden, nachdem das Staatsministerium seine Zustimmung gab. Daß wir im einzelnen zu jedem Gesetze Stellung zu nehmen haben, ist selbstverständlich und daß in der Frage der Hochschulbildung die Meinungen auseinandergingen und Befürchtungen vorhanden waren, darüber haben wir bei der Beratung im Haushaltsausschuß gesprochen; davor sich zu fürchten etwa deswegen, weil man bei einem Teil der Lehrerschaft sich damit in ein unangenehmes Licht bringt, ist nicht meine Art. Ich habe keine Veranlassung, den Standpunkt einzunehmen, wir hätten in der Vergangenheit etwas getan, was tadelnswert wäre. Mehr möchte ich zu dieser Frage nicht sagen.

Der Herr Abg. Dr. Mattes hat einen ähnlichen Satz ausgesprochen wie vorhin der Herr Abg. Hofheinz; der erste grundsätzliche Schritt — so war seine Schlußausführung — zur Beseitigung der Simultanschule wird jetzt getan. Ich meine, bei aller Achtung, die man dem Gegner gegenüber haben muß, das gesprochene Wort und schließlich auch das, was man von einem Menschen politisch weiß, sollte doch Veranlassung dazu sein, eine solche Ungeheuerlichkeit nicht auszusprechen (Sehr richtig!). Wenn es mit dem Lehrerbildungsgesetz an den Lebensnerv der Simultanschule geht, von dem wir sagen, daß es für alle drei Anstalten und auch wenn später mehrere kommen, im Geiste der Simultanschule Lehrstoff haben wird, wie es in der Vergangenheit auch war, dann bricht der Himmel zusammen über noch viel mehr andere Dinge, über die wir uns im Laufe der Jahre unterhalten haben.

Letzten Endes ist diese Frage eine politische. Ich habe im Haushaltsausschuß Ihnen auseinandergesetzt, wie an die Probleme Beamtenbesoldung und höhere Anforderungen an die Ausbildung ganz allgemein der Staat immer mehr herangeführt wird, wobei ich auch auf Hessen hinwies. In Hessen war es auch die Deutsche Volkspartei, die, weil in der Vergangenheit im Schulkörper ein Abbau nicht erfolgte, in diesem Jahre bei Beratung des Budgets einen Abbau von 550 Lehrern forderte. (Hört, hört!) Vor acht Tagen war in Darmstadt eine Lehrerversammlung und die Abgeordneten des hessischen Landtags, die erschienen waren, sind ungefähr so behandelt worden, wie es seinerzeit in Stuttgart bei der großen Lehrerversammlung den Reichsvertretern gegenüber gewesen war (auf Zuruf). Weil die Deutsche Volkspartei in Hessen die schwere Finanznot beklagte und die große Steuerlast, kam sie zu diesem Antrag. Daraufhin haben die Regierungsparteien, Zentrum, Demokratie und Sozialdemokratie einen weniger aggressiven Antrag eingereicht, der für unsere Betrachtung der Dinge nicht ohne Bedeutung ist, nämlich den Antrag:

> Wir beantragen, der verminderten Schülerzahl in den Volksschulen durch eine entsprechende Einsparung von Lehrkräften Rechnung zu tragen. Demzufolge sind die Klassen mit stark verminderter Schülerzahl dergestalt zusammenzulegen, daß die im Volksschulgesetz vorgesehene Normalbesetzung erreicht wird. Die Freimachung der Stellen hat in der Weise zu erfolgen, daß mit Beginn des neuen Schuljahres zunächst mindestens 200 Schulverwalter und -Verwalterinnen außer Verwendung gestellt werden. Im weiteren soll jede zweite freiwerdende Volksschullehrerstelle unbesetzt bleiben. Zum 1. Oktober d. J. und 1. Januar 1927 ist dem Finanzausschuß Mitteilung zu machen, wieviel Stellen über die Zahl von 200 hinaus eingespart worden sind.

(Hört, hört!).

Sie sehen, wie auch im Nachbarland dasselbe Problem eine Rolle spielt, wo man bekanntlich hinsichtlich des Lehrerbildungsgesetzes einen Schritt weiter gegangen ist. Nun will ich beweisen, daß diese Frage dort auch politisch behandelt wurde, nämlich in der „Frankfurter Zeitung" ist unterm 27. März aus Darmstadt zu lesen:

> „Die Deutsche Volkspartei hat sich bei der Beratung ein Stück geleistet, das sich der unmöglichen Haltung ihrer Landtagsfraktion in Preußen bei der Abstimmung über das kommunistische Mißtrauensvotum würdig zur Seite stellt. Während ihre Vorwürfe seither gegen die Regierung und die Koalitionsparteien dahin lauteten, daß der ernste Sparwille fehle, erklärte sie heute ihren auf den Abbau von 550 Stellen an der Volks- und Fortbildungsschule abzielenden Antrag für zurückgezogen und versicherte, die Verantwortung für den Abbau treffe allein die Regierungsparteien; sie werde sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten."

(Hört, hört!).

Und nun ziehe ich den Schluß meinerseits daraus, wenn wir dem Vorschlag des Herrn Abg. Dr. Mattes gefolgt wären und bei der Einzelabstimmung mit Ihnen gestimmt hätten, so bestand keine Gewähr, daß dann Sie von der Deutschen Volkspartei und von der Demokratie bei der Schlußabstimmung für dieses Gesetz stimmen würden.

(Während obiger Ausführungen hat Präsident Dr. Baumgartner den Vorsitz wieder übernommen.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Abg. Dr. **Schofer** (Zentr.):

Heute bin ich überzeugt, daß es sehr richtig war, acht Tage oder eine Woche zwischen die beiden Beratungen zu legen (Zuruf des Abg. Dr. Glockner: Sie haben uns aber im „Beobachter" vermöbelt deswegen!). Ich bin in der Zwischenzeit berichtigt worden. Ich habe mich nämlich überzeugt, daß ein ungeheures Bedürfnis vorhanden war, in Zeitungsartikeln sich bemerkbar zu machen und den Koalitionsparteien gründlich am Zeuge zu flicken. Ich habe mich weiter überzeugt, daß man noch einmal alles versuchte, daß man alle Kaliber in die Feldschlacht führen wollte, um womöglich die Koalition auseinanderzujagen und so politische Geschäfte zu besorgen. Daß das Bedürfnis in dem Umfange vorhanden sei, habe ich vorher nicht gewußt. Wenn ich das gewußt hätte, hätte ich gesagt: die Freude müssen wir Ihnen machen! Nun haben Sie wirklich mit 17 Mann das Ziel erreicht und die Sache ist geschehen und ich freue mich, daß sie geschehen ist, nicht weil ich glaube, daß dadurch die Lehrerbildungsvorlage auch nur etwas an Güte gewinnen würde; ich glaube vielmehr, daß in erster Linie es Ihnen nicht um die Lehrerbildungsvorlage zu tun war, daß es im Gegenteil richtig ist, es sollten politische Geschäfte besorgt werden; es sollte eine politische Situation geschaffen werden. Dazu die Flut von Zeitungsartikeln! Dazu bestimmte Einwirkungen! Dafür brauchte man acht Tage Zeit. Dann wollte man noch gewaltige Reden zum Fenster hinaushalten; die mußten aber studiert und gemacht werden, damit man so die politischen Ziele fördere.

Man wollte die Reden unbedingt halten und so noch einen bestimmten Effekt erreichen (Zuruf aus der Mitte: Einen „Erfolg"!). Man konnte am Ende auch erwarten, daß die geplante Staatsaktion und die großen politischen Arbeiten, die man in den acht Tagen geleistet hat, vielleicht doch auf der einen oder auf der andern Seite irgend etwas zutage treten ließen, was Hoffnung geben könnte, man könne dann dort einsetzen, um seine politischen Ziele zu erreichen. Das ist offenbar der Zweck der Übung gewesen und (zur deutsch-demokratischen Fraktion gewendet:) nachdem Sie so starke politische Spannungen hatten und wir hier in diesem Saale doch einigermaßen auch etwas von menschlichem Rühren beseelt sein mußten, war es wohl am Platze zu sagen: Es war richtig, diesen politischen Spannungen, die Sie heimgesucht haben, eine Entladung zu ermöglichen (Heiterkeit), wenn wir dafür auch ein paar Tage von unseren Ferien opfern mußten (Heiterkeit). Also: es war richtig; ich anerkenne es. (Abg. Dr. Wolfhard: Das Budget hätte ja sonst nicht herauskommen können!) Ach Gott im Himmel, Herr Kollege Dr. Wolfhard, wenn Sie keine anderen Gründe haben als den, und wenn das der einzige ist, dann zeigen Sie doch nur, daß das, was ich gesagt habe, richtig ist (Heiterkeit).

Nun habe ich mich zunächst mit der Vorgeschichte dieser Vorlage zu befassen. Ich habe mich gewundert, daß der Herr Kollege Hofheinz diese Vorgeschichte der Lehrerbildungsvorlage hier nicht vollständig vorgetragen hat. Hätte er es getan, dann hätte er schon mit dem Jahre 1917 anfangen müssen (Abg. Seubert: Sehr richtig!). Dann hätte er nämlich auch sagen müssen: Damals, in einer im April des Jahres 1917 zu Offenburg gefaßten Resolution (es sind also jetzt gerade neun Jahre her!) hat meine Lehrerorganisation sich beim Landtag und bei der Regierung dahin festgelegt, man wolle eine Lehrerbildungsreform und diese Reform solle auf der Obersekunda aufgebaut sein und in Lehrerseminaren durchgeführt werden! (Abg. Dr. Glockner: Inzwischen haben wir die Reichsverfassung bekommen!) Das ist doch in dem Stück etwas rein Formales! (Zurufe aus der deutsch-demokratischen Fraktion: Was, die Reichsverfassung? Die Reichsverfassung ist etwas Formales?) Die Reichsverfassung will richtig verstanden sein! Wenn in der Reichsverfassung stünde, ich solle da an die Bühne hinauffliegen und ich kann es nun einmal nicht — nun dann kann ich es eben nicht! (Heiterkeit). (Zur Mitte gewendet:) Und wenn Sie in der Reichsverfassung etwas finden, was Sie nicht bezahlen und nicht durchführen können, dann müssen Sie es eben bleiben lassen — und wenn Sie es auch sechsmal in die Reichsverfassung hineingeschrieben hatten. In der Reichsverfassung stehen noch verschiedene andere Artikel, bei denen wir auch langsam tun müssen, bis sie durchgeführt sind; so steht meines Wissens etwas drin von der Ablösung der Kirchen: Sie werden wahrscheinlich noch keine Moneten haben, um heute schon die Kirchen abzulösen; deswegen werden Sie auch in dieser Beziehung zuwarten müssen. So werden Sie auch verschiedene weitere Artikel der Reichsverfassung nicht ohne weiteres durchführen können. Also ist es nach meinem Dafürhalten unlogisch, unrichtig und unsachlich, daraus, nämlich aus der Reichsverfassung, eine sachliche Begründung für die weitgehenden Forderungen ableiten zu wollen (Sehr richtig! beim Zentrum).

Wenn man im Jahre 1917 auf Obersekunda aufbauen wollte und Lehrerbildungsanstalten mit einem zweijährigen Lehrgang als ein erstrebenswertes ideales Ziel ansah, dann ist das nicht heute eine „Pariasbildung".

Wenn aber der Herr Kollege Hofheinz heute sich so ausspricht, dann ist es nach meiner Überzeugung nur eine Verdeckung einer schlechten Führung des Lehrerstandes (Zustimmungsäußerungen; Abg. Hofheinz: Das müssen Sie uns überlassen, Herr Kollege Dr. Schofer.) Ja, ich werde Ihnen nachher noch das Nötige sagen! (Abg. Hofheinz: Das müssen Sie der Lehrerschaft überlassen!) Ich erkläre hier: ich bedauere, daß der Lehrerstand von einem Trubel in den andern hineingestürzt wird und von einem Mißerfolg in den andern. (Abg. Hofheinz: Nein, daß er sich emanzipiert!) Aber das mit einem Spruch zu verdecken, der lautet „wir werden als Parias behandelt", wenn eine Vorlage doch weit über das hinausgeht und weit mehr erfüllt, als was man im Jahre 1917 gewollt hatte: das ist eine Fälschung der Tatsachen (Sehr richtig!).

Nun kam die Lehrerbildungsvorlage des Herrn Unterrichtsministers, des damaligen Herrn Staatspräsidenten Dr. Hellpach. Es ist Tatsache, daß diese Vorlage am 28. Juli hier im Hause erschienen ist (Abg. Dr. Glockner: Verzeihung: Am 10. Juli im Staatsministerium beschlossen — und am 12. hier im Landtag gewesen, am 13. ist sie in die Druckerei gekommen!). Also gut, dann ist sie anfangs Juli da gewesen! Die Herren Demokraten saßen in der Koalition; der Demokratenführer, der Herr Abg. Dr. Glockner, war zweiter Vorsitzender des Haushaltsausschusses. Er hätte, wie ich glaube, da der Herr Kollege Marum vielfach an der Führung des Vorsitzes verhindert war, wiederholt Gelegenheit und die Möglichkeit gehabt, immer und immer wieder zu verlangen, daß die Sache auf die Tagesordnung kommt; ich kann mich aber nicht erinnern, daß das getan wurde. Ich bin es gewesen, der im Ältestenausschuß verlangt hat, daß diese Vorlage anfangs August noch behandelt werde; ich habe aber gar keine Gegenliebe gefunden.

Wenn die Sachen so gegangen sind, und wenn man die Angelegenheit damals tatsächlich zum Ziel fördern wollte, dann mußte man eben damals auf seine Ferien verzichten, mußte dableiben und die Angelegenheit zur Durchführung bringen (Sehr richtig!). Ich habe gesagt: Ich reiche die Hand zur alsbaldigen Beratung! Außerdem habe ich damals noch einen speziellen Grund genannt; ich habe nämlich gesagt: Es ist nicht wünschenswert, daß die Schulfrage mitten in den Wahlkampf hineinkommt (Sehr richtig! Sehr gut!). Das habe ich Ihnen damals gesagt — deswegen habe ich auch vor einer Septembersitzung gewarnt. Man hat auf meine Warnung aber nicht gehört, sondern man wollte eine Septembersitzung haben — und man hat sie auch erzwungen! Im ersten Stadium habe ich damals gesagt: wegen der Wahlbewegung ist es mir unmöglich, daß ich an den Beratungen teilnehme; ich habe mich dann aber entschlossen, trotzdem teilzunehmen, und ich habe treu und redlich mitgearbeitet. Bei dieser Sachlage soll man sich noch vorwerfen lassen,

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

man habe die Vorlage „sabotiert", oder es sei einem „nicht ernst gewesen", und diesen Vorwurf soll man sich lediglich deshalb machen lassen, weil eine falsche Führung die Angelegenheit in eine Situation hineingefuhrwerkt hat, die hinterher nicht mehr vertretbar ist. (Zuruf des Abg. Dr. Glockner.) Wir lehnen es ab, die Dummheiten die andere Leute machen, auf unser Konto schreiben zu lassen (Sehr richtig! Sehr gut! beim Zentrum).

Nun aber zur jetzigen Vorlage! Die Herren Demokraten haben das Unterrichtsministerium besessen. Kein Mensch hat daran gedacht, sie aus der Regierung zu verdrängen (Rufe: Sehr richtig! und Äußerungen des Widerspruchs). Niemand! Aber sie glaubten, dadurch einen Druck auf uns ausüben zu können, daß sie an jenem Sonntag abend ausgepixt sind (Zurufe). Sie haben gemeint, der Herr Marum und der Schofer kommen jetzt in Zylinder und Glacéhandschuhen (Abg. Dr. Glockner: O, Herr Dr. Schofer!) und bitten sie um Gottes Willen, daß die sechs Mann auch noch eintreten (Zurufe aus der Fraktion der Deutschdemokraten: O, Herr Dr. Schofer!). Da haben sie sich verrechnet! Wenn sie drinn geblieben wären, dann hätten sie die Führung in der Angelegenheit dieser Vorlage gehabt. Wie sie nun sehen, daß sie jetzt falsch taktiert haben, da kommt der große Zinnober! (Heiterkeit auf eine Zwischenbemerkung von der Rechten.) Solch interessante politische Sachen kommen nur alle Jahr einmal vor (Erneute Zwischenrufe — Glocke des Präsidenten) — namentlich aber dann, wenn die Herren Demokraten den höchsten Gipfel der Staatsweisheit, des politischen Denkens und Könnens ersteigen: einen solchen Gipfelpunkt haben sie jetzt erreicht!

Nun kommt aber über die jetzige Vorlage die Frage, warum es denn mit ihr so pressiert habe? (Zurufe). Aha: „warum es so pressiert habe"?! Sie hätten nämlich lieber zugewartet, bis wieder ein Demokrat auf dem Sessel sitzt (Zuruf von demokratischer Seite: Nein!). Was soll denn die sorgenvolle Frage anderes heißen? Sie sind totunglücklich, daß es „pressiert" habe; da (zur deutschdemokratischen Fraktion gewendet:) suchen Sie natürlich eine historische Erklärung und da Sie keine der historischen Wahrheit gemäße Erklärung finden, wird anstelle der Wahrheit Dichtung gesetzt (Sehr gut! Äußerungen des Widerspruchs). Das können wir aber nicht dulden; der Herr Minister hat Ihnen das Nötige dazu schon gesagt.

Nun soll wieder unsereiner, das Zentrum, schuld an der Raschheit sein. Das ist der böse Schofer, der ist der böse Geist, der in der Regierungsvorlage herumspringt (Heiterkeit). Ich muß ja alles angestellt haben: Wenn der Hafen in der Höll' umgeworfen wird, dann bin ich schuld, nicht?! (Auf Zuruf aus der sozialdemokratischen Fraktion:) Da bin ich dankbar, wenn ich das einmal nicht sein muß (Zuruf).

Ich habe droben eine ganze Beige Zeitungen liegen; ein paar gute Geister legen sie mir als auf den Tisch; ich muß Ihnen aber schon sagen: 99 Prozent dieser Zeitungen habe ich noch gar nicht gelesen (Heiterkeit). Ich glaube, daß ich dadurch auch gar nichts verloren habe. Nur in eine habe ich hineingeschaut: es ist eine demokratische von dem Herrn Kollegen Scheel (Rufe: Aha und Heiterkeit). Da steht im ersten Satz zu lesen, ich sei ein sehr „kluger" Mensch (Zurufe) oder war das Zentrum gemeint? Das Zentrum sei sehr „klug". Wenn man dann aber weiterliest und weiterhinten hineinschaut, dann heißt es, wir seien eigentlich doch „sehr unklug". Jetzt weiß ich wirklich nicht, was ich für wahr halten soll. Wenn ich im ersten Satz so „klug" bin und im zweiten Satz so „unklug", dann bin ich am Ende ein vollendeter Esel (Heiterkeit). Ich weiß nicht, warum Sie wegen eines vollendeten Esels solch einen großen Zinnober machen, daß der so ein gefährlicher Mensch sei! Sie schlagen sich also mit eigenen Waffen.

Nun also soll ich oder sollen wir wieder einmal einen „Druck" auf den Herrn Minister ausgeübt haben. Das ist auch wieder so eine Geschichte, das mit dem „politischen Druck"! Wenn man nichts zu sagen weiß, dann muß immer etwas von dem „politischen Druck" hinein (Heiterkeit). Der erklärt alles! Da geht es gerade wie seinerzeit in der Sexta, wo es geheißen hat: „Was man nicht deklinieren kann, das sieht man als ein Neutrum an", und wenn ein Sextaner nichts gewußt hat, dann hat er das Sprüchlein gesagt: Was man nicht deklinieren kann, das sieht man als ein Neutrum an. Wenn man etwas politisch nicht erklären kann, und man braucht doch eine Erklärung für etwas, namentlich für eine politische Dummheit, die man gemacht hat, dann heißt es: „Das Zentrum hat einen politischen Druck ausgeübt!" Bei dem Wort geht dann die Gänsehaut über sämtliche Rücken, die hinter einem stehen (Heiterkeit).

Ich bedauere nur, daß so viel Unbehagen und Unruhe ins Land hineingetragen wird, lediglich wegen eines politischen Schwindels — denn nichts anderes ist es als ein politischer Schwindel! (Zuruf links: Darf man nicht sagen!) Ich habe dem Herrn Minister und seinen Freunden nicht so viel gesagt, ob er eine Vorlage machen soll oder ob er keine Vorlage machen soll, sondern er war fix und fertig mit seinem Plan (Abg. Dees: Herr Remmele hat schon gewußt, was er will und was er hereinschreiben darf. — (Erregter Zwischenruf des Ministers Remmele. — Zurufe von verschiedenen Seiten. — Abg. Dr. Engler: Das können Sie sich sparen! — Erregter Zuruf des Abg. Marum gegen die Demokraten. — Minister Remmele: Gemeinheit! — Weitere erregte Rufe und Gegenrufe. — Wiederholtes Glockenzeichen des Präsidenten). Man sucht keinen anderen hinter dem Ofen, wenn man nicht selber dahinter gesessen hat. Allerdings kann ich mir einen Minister denken, bei dem einer oder der andere ständig aus- und eingeht und der nichts ist als das Vollzugsorgan von Hintertreppenpolitik (Lebhafte Zustimmung beim Zentrum und bei den Sozialdemokraten. — Erregte Zurufe. — Wiederholtes Glockenzeichen. — Präsident: Ich bitte um Ruhe. — Zwischenruf des Abg. Marum zum Abg. Hofheinz. — Glocke des Präsidenten. — Präsident: Ich bitte jetzt um Ruhe. — Glocke des Präsidenten. — Präsident: Es hat sonst niemand das Wort als der Herr Abg. Dr. Schofer! — Minister Remmele: Da ist die Beleidigung gefallen, gegen die ich mich wehre! — Präsident: Ich bitte um Ruhe).

Wir wollen jetzt wieder zur friedlichen Form des Verhandelns zurückkehren. Wenn man solche Dinge, wie hier derlei Verdächtigungen hören muß, so ist es verständlich, wenn der Herr Minister sich das nicht gefallen läßt; und unsereiner kann es sich auch nicht gefallen lassen. (Zwischenruf von der Mitte: Da sagt der Abg. Marum „Lausbuberei!" — Präsident: Ich werde feststellen, welcher Zwischenruf von dem Herrn Abg. Dees gemacht worden ist. Hier oben ist er nicht verständlich gewesen. — Abg. Marum: „Herr Remmele hat schon gewußt, was er will, was er hereinschreibt". — Glocke des Präsidenten. — Präsident: Ich möchte bitten, daß nun wieder parlamentarische Formen gewählt werden.)

Nun hat der Herr Kollege Hofheinz gemeint — und das ist eine absichtliche Tendenz, wenn das gesagt wird — das Zentrum habe alles hereingebracht, es habe seine große Scheune jetzt voll und als Sieger gewissermaßen, als Triumphator gehe es vom Schauplatz weg. Herr Kollege Hofheinz, Sie kennen die Schulfragen in Baden so gut wie ich und kennen sie noch besser und kennen so auch das, was unsere Forderungen, unsere Ideale sind, so gut, daß Sie, wenn Sie die Ideale, die wir haben, und das Schulgesetz, das jetzt gemacht wird, in Parallele setzen, nicht sagen können, daß unsere Zentrumswünsche erfüllt sind. (Zurufe des Abg. Hofheinz.) Ich habe in meinen Ausführungen gesagt: die Herren da drüben haben verschiedene Dinge, die ihren Programmpunkten entsprechen, zurückstellen müssen; genau so das Zentrum. Ich habe das in meiner Rede jüngst am Dienstag ausgeführt (Sehr richtig!

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

beim Zentrum). Ich brauche es heute nicht zu wiederholen. Ich habe mich darauf berufen, daß zu unseren Idealen gehört auch die konfessionelle Lehrerbildung. Wir haben aber deswegen nicht Rekrimination erhoben, weil auch eine gemischte Anstalt da ist — genau so viel, wie eine konfessionelle. Das ist ein Opfer. Ich glaube, das können Sie auch wissen.

Zweitens kommt doch durch den ganzen Regierungsentwurf und durch das ganze Gesetz, glaube ich, die überragende Macht des Staates und seines Einflusses zur Geltung. Sie wissen, wie wir in diesem Punkte grundsätzlich denken. Wenn der Punkt „Kosdukation" noch in Frage genommen wird, haben Sie wiederum ein Moment. Aber wir haben gesagt: nicht darin besteht die politische Arbeit, daß man mit dem Kopf durch die Wand geht, sondern daß man sich verständigt, und das kann nur auf einer mittleren Linie sein. Ich habe Ihnen auch gesagt: es wäre richtig gewesen, daß Männer und Frauen, die es ehrlich, die es redlich meinen, objektiv redlich meinen mit dem Staat, in solchen Momenten nicht zu diesem Kampf ausholten, sondern treu und redlich mitarbeiteten und ebenfalls eine Verständigung suchten, auch dann, wenn man in Opposition steht.

Nun hat der Herr Kollege Hofheinz gesagt, es sei eben nichts anderes als der Kampf zwischen Staat und Kirche, und die Vorlage sei eben ein Sieg der Kirche; er sprach sogar von „machtpolitischen Tendenzen". Herr Kollege Hofheinz, es gehört schon viel dazu und ein Vergrößerungsglas von schärfster Art, diese Dinge irgendwo zu sehen (Zuruf des Abg. Hofheinz), und es gehört schon etwas Phantasie dazu, um im heutigen Staat nach den Entwicklungen des 19. Jahrhunderts etwas derartiges sagen zu können. Da muß man schon mit einer guten Phantasie begabt sein! (Abg. Hofheinz: Nein! Herr Dr. Schofer, das braucht man nicht) Aber ich gestehe Ihnen: mit solchen Sachen kann man ja draußen einige Geschäfte machen (Sehr richtig! Sehr gut!), man kann auch die Sozialdemokratie etwas diskreditieren und ihr die politische Arbeit erschweren, man kann damit politische Ziele verfolgen (Sehr richtig! beim Zentrum). Diese politischen Ziele haben Sie verfolgt! (Sehr gut! beim Zentrum) Der Herr Kollege Marum hat Ihnen ja vorhin in dem Punkte manch treffendes Wort gesagt. Ich will das nicht wiederholen, was er gesagt hat.

Wenn Sie, meine Herren von der Volkspartei, meinten, die Koalition zeichne sich dadurch aus, daß sie nur diktiere, meinten, es wäre vorher alles besprochen, der Minister bringe so die Vorlage ein, wenn Sie meinen: wir haben überhaupt nichts mehr zu sagen — Herr Kollege Dr. Mattes, Ihre Vergangenheit — nicht Ihre persönliche, sondern die Vergangenheit Ihrer Partei in diesem Saale sollte Sie warnen, ein solches Wort hier auszusprechen! (Sehr richtig! Sehr gut!) Hier saß einstens ein Lindau mutterseelenallein, und wie ist er behandelt worden?! Da drüben saßen 58; hier saßen dann 4 — das Festungsviereck — und wie sind sie behandelt worden?! Wie ist bei der Einführung der Simultanschule damals das Zentrum behandelt worden?! (Sehr richtig! beim Zentrum) Lesen Sie es einmal gefälligst nach! Nehmen Sie den Reichstag! Wie sind dort unsere Leute behandelt worden?! Und pari passu, wie die Herren Sozialdemokraten dort drüben gekommen sind, gings ihnen ähnlich! Und nun wollen Sie sich beklagen, wenn wir ruhig und sachlich mit Ihnen die ganze Geschichte im letzten Spätjahr durchdebattiert haben in einer Nachsitzung, und jetzt genau wieder so! Wir haben nicht den Eindruck gehabt, daß eine Vergewaltigung irgend welcher Art stattgefunden hätte; es waren vielmehr Beratungen, wie sie jede andere Vorlage auch gesehen hat. Darum kann man nicht solche Vorwürfe, wie Sie sie erhoben haben, vorbringen. (Abg. Dr. Glockner: Opposition der beiden Regierungsparteien gegen eine Regierungsvorlage!)

Nun will ich Ihnen noch etwas sagen. Ich kenne die Geschichte des alten Liberalismus. Ich weiß, wie weit es vielfach draußen gegangen ist. Wenn auch der alte Hansjakob eingesperrt wurde wegen eines Zitats aus seiner Rede hier im Hause — daß nämlich bei der Viehprämiierung nicht die Qualität der Kühe, sondern die Farbe des Besitzers prämiiert wurde — so ist doch etwas daran gewesen. (Heiterkeit. Rufe: Sehr richtig! — Abg. Dr. Glockner: 60 Jahre ist es schon her!) Gewiß ist es schon lange her; aber der Geist ist heute noch da (Widerspruch in der Mitte), und er ist in diesen Tagen wieder aufgewacht. Ich weiß allerdings, daß in Ihren Reihen mehr wie einer sitzt, der von diesem Geist nichts wissen will und der die zitierten Zeiten gerne begraben sein lassen will. Sie haben auch in den 80er Jahren solche Männer unter sich gehabt, auch in den 70er Jahren solche Männer unter sich gehabt: diese haben damals warnend ihre Stimme erhoben, aber die Stimme ist überhört worden, und weil sie überhört worden ist, darum sind Sie in das Debakle hineingekommen, wie noch nie eine Partei hineingekommen ist! (Sehr richtig! beim Zentrum)

Ich habe mich deswegen gewundert, daß man glaubt, nun eine große politische Tat getan zu haben, wenn man ins Jahr 1876 hinuntersteigt und des Kieferselig Anträge auf Simultanisierung der Lehrerseminare abschreibt. (Oho! in der Mitte) Man sollte meinen, man könne sich nicht arg viel darauf zugute tun, wenn man im selben Geist mit denselben Ideen kommt und die Dinge hier vertritt. Ich habe mich baß gewundert, daß der Herr Kollege Obkircher jüngst mit einer Rede hier aufgetreten ist, die sehr gut präpariert war, rhetorisch Ia, aber wer den alten Kiefer kannte, der weiß, schon im Jahre 1876 sind dieselben Dinge gesagt worden, vielleicht nur manchmal ein bißchen prononzierter. Ich hätte gedacht, wenn man hinter sich hat die Erlebnisse, die diese Partei hinter sich hat, wenn man einen Krieg von vier Jahren, einen Weltkrieg hinter sich hat (Zwischenruf des Abg. Bauer), nur langsam, Herr Kollege Bauer, ich hätte gedacht, wenn man Schulter an Schulter durch vier Jahre Tod und Not ins Angesicht gesehen hat, und hätte gedacht, wenn man die Leiden vom Jahre 1918 bis 1926 mitgemacht hat, dann sollte man die Anträge des höchsten Kulturkampfes ruhen lassen und sagen: Die Toten den Toten. Aber man hat es anders gewollt. Gut! Gut! Ich bedaure es; ich kann es nur bedauern. Ich weiß auch, daß in Ihren Reihen mehr wie einer ist, der es auch bedauert. Wir haben einen Anlaß dazu nicht gegeben, wir haben unseren Grundsatz gewahrt im letzten Spätjahr. Wir haben daher diesmal nicht einen einzigen Antrag eingebracht, um die Hand zur Versöhnung zu bieten. Nur weil wir unseren Grundsatz wahren wollten, und weil wir sahen, daß der Herr Minister D. Hellpach von damals verschleierterweise Tendenzen des Jahres 1874 und 1876 wohl hereinbringen wollte (Abg. Dr. Glockner: O je, o wo her!). Darum mußte Farbe bekannt werden.

Nun, die Ablehnung des Simultanisierungsantrages sieht der Herr Abg. Obkircher an als einen Angriff auf die Simultanschule. Herr Kollege Obkircher, es gibt allerdings Angriffe auf die Simultanschule; nämlich, wer die Grundlage, auf der Minister Jolly seinerzeit aufgebaut hat, angreift, greift die Simultanschule in ihrem Fundament an.

Ich habe gewarnt davor und habe aus vollster Sorge für den Frieden im Lande in der Sorge über das Entbrennen eines neuen Schulkampfes davor gewarnt, und erfahrene Politiker, die es ernst meinen mit der Bewahrung vor dem Schulkampf, müßten wahrhaftig dafür Sinn und Verständnis haben. Ich habe Ihnen die Materialien in die Hand gegeben, wie diese Simultanisierungsanträge zu verstehen sind. Ich habe Ihnen das Diktum von Herrn Minister von Dusch, von dem gesprochen worden ist, vorgelesen, daß es gegen den Religionsunterricht der Lehrer geht (Abg. Dr. Glockner: Haben wir nie anerkannt!). Das können Sie bestreiten. Ich kenne die Geschichte der Schule in Baden von 1868, 1874 und 1876. Man hat 1868 feierlich gesagt, die Regel, das Normale, ist die Konfessionsschule, und man hat dort große Töne über das richtige Prinzip der Konfessionsschule ausgesprochen, nämlich in der

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Regierungsvorlage und im Kommissionsbericht, und als der Herr Lindau hier auftrat und die Echtheit der Sache bezweifelte, bezweifelte, daß es ernst gemeint ist, und dabei den Ausdruck „Heuchelei" gebrauchte, da ist er so gewaltig niedergerufen worden, daß er aufs Wort verzichten mußte. Was kam dann 1876? Ich glaube, wer solche Erfahrungen hinter sich hat, ist vorsichtig; der Politiker wäre wirklich des Leichtsinns anzuklagen, wenn er in dem Punkt nicht die Vorsicht gegen jedermann anwendete, die sachgemäß geboten ist (Beifall im Zentrum).

Ich will auf eine Reihe von anderen Dingen, die ich mir noch notiert habe, des weiteren nicht eingehen, es würde ja doch zu keinem Resultat führen. Nur eines muß ich noch herausgreifen.

Der Herr Kollege Obkircher hat im Zusammenhang mit der Simultanisierungsfrage gesagt, sie wollten keine Lehrer, die konfessionelle Bindung hätten. Herr Kollege Obkircher, das war ein unbedachtes Wort, nehmen Sie mir es nicht übel. Was heißt denn das, ein katholischer Lehrer, der keine katholische, keine konfessionelle, keine dogmatische Bindung hat? Wer solche Bindungen nicht anerkennt, der ist kein katholischer Lehrer (Lebhafte Zustimmung im Zentrum). Darin besteht eben der Katholizismus, daß der Betreffende, der katholisch ist, an jedes Dogma gebunden ist, gebunden ist an die Gebote Gottes, der Kirche, und die Disziplin der Kirche. Wenn er das ablehnt, dann ist er kein Katholik (Zuruf: Natürlich). Sie wollen nun Lehrer ohne konfessionelle Bindung haben, d. h. Sie wollen sie entkatholisieren, und damit führen Sie das Werk des Jahres1876 allerdings weiter. Denn der Zweck der Vorgänge von 1868, 1874 und 1876 war die Entkatholisierung; daß es den „Katholiken" gilt, das hat ja vorhin der Herr Kollege Hofheinz ein bißchen herausrutschen lassen. Ich bin ihm dafür dankbar (Zuruf des Abg. Hofheinz). Ja, ja, wenn Sie auch „bitte" sagen, es ist herausgerutscht, ich bin Ihnen dankbar dafür. Es war für mich nichts neues, ich weiß, wem der Kampf gilt. Nun hat der Herr Kollege Obkircher auch einen Artikel geschrieben wohl zur Entspannung; er hat ihn geschrieben in die „Breisgauer Zeitung". Es ist das Einzige, was ich ganz gelesen habe (Zwischenrufe). Nein, ich habe vorhin erst erfahren von dem Obkircherschen Artikel. Er lag zuoberst auf meinen Zeitungen. Ich las darin, dann kam jemand und dann noch einmal jemand, und schließlich habe ich nur die eine Zeitung lesen können. Da habe ich gelesen, daß der Herr Kollege Obkircher offenbar von Angstzuständen politischer Art verfolgt ist (Abg. Obkircher: Sorgen!). Also Sorgen, schwere Sorgen. Ich bedaure, Herr Kollege Obkircher, Sie sehen jetzt schon vom Bodensee bis nach Wertheim eine Unmasse von Lehrerseminaren und da drinnen lauter Kutten und daraus kommen lauter Lehrer hervor, die unser armes badisches Volk heimsuchen sollen. Wo soll das hinaus!

Herr Kollege Obkircher, ich glaube, ich kann Sie versichern, was Sie da sehen, ist nur Phantasie (Abg. Obkircher: Sehr freundlich). Sie werden sehen, daß Sie da Freude erleben. Ich habe jetzt dieser Tage in Freiburg einen Herrn getroffen, der sich sonst mit diesen Dingen auch befaßt. Ich habe gesagt: Wenn jetzt die Geschichte Gesetz wird, wie denken Sie sich die Sache? Er hat darauf erwidert: Das einfachste ist natürlich, daß nun die, jenigen, die Lehrer und Lehrerinnen werden wollen, auch sonst die in Klosterschulen unterrichten wollen, in das staatliche Seminar gehen, denn wir haben kein Geld, daß wir uns auch den Luxus besonderer Lehranstalten noch leisten können. Das war die Rede, die ich gehört habe. Also schon die Finanzfrage bietet große Schwierigkeiten. Ich glaube aber auch, man sollte sich doch einigermaßen auf einen freiheitlichen Standpunkt stellen. Wollen Sie den Staat dazu benützen, daß er eine katholische Gedankenwelt niederhält? (Zuruf: Nein). Also gut; wollen Sie noch konfessioneller sein und über Papst und Bischof stehen und sagen, was katholisch ist? Also mit diesen Geschichten kommen Sie nicht aus.

Dann wegen der Prüfung. Ich habe schon einmal gesagt, seinerzeit ist dort drüben der Herr Muser gesessen, und er hat ein Wort von Jolly wiederholt: Jolly hatte gesagt, das ist geistige Despotie, wenn man Leute, die anderswoher ihr Wissen haben, nicht examinieren will. Wo wollen Sie das Recht hernehmen, zu sagen, ich examiniere nur die, die ich selbst herangebildet habe, und das Recht, eine Qualifikation zu geben, gibt auch auf der anderen Seite ein Recht, eine zu verlangen? Warum wollen Sie diese Dinge nicht und warum wollen Sie die Privatschule nicht? Damit Sie mit Ihrer staatlichen Allmacht alle geistige Regsamkeit, die Ihnen nicht gefällt, niederhalten können. Das ist brutale geistige Despotie, die Sie längst schon praktiziert haben in der Vergangenheit. Solche Sachen wollen Sie immer wieder praktizieren, und davon möchte ich bitten, abzulassen, und dagegen wehren wir uns. Nun in diesen Verhältnissen, in dieser Lage uns noch zu sagen, wir möchten den Kulturkampf anfangen! Uns ist es im Traume nicht eingefallen. Wir sind gottfroh, wenn man uns in Ruhe läßt (Zuruf aus der D. Vp. Wir auch). So, dann bitte, keine solchen Anträge stellen (Zuruf des Abg. Dr. Mattes). Sie haben den Antrag allerdings gefunden in den Materialien von 1876. Aber das ist keine Politik. Seither ist etwas passiert. Seither ist Ihre Partei durch Ihre verkehrte Politik heruntergekommen (Zurufe: Nun ja, — aktenmäßig!). Im Jahre 1918, wo es gegolten hat, den Staat, die Staatsautorität, die Staatsordnung zu retten, da sind wir und die Sozialdemokraten und Demokraten ziemlich allein auf weiter Flur gewesen. Die Herren von der Rechten waren da und haben gesagt: Wir sind da. Da hat man Achtung gehabt, da hat man Respekt gehabt. Dort drüben aber, hat man den Bismarck in die letzte Landeszeitung eingewickelt und ist hineingerutscht ins demokratische Lager (Große Heiterkeit). Deshalb sagen wir! die Herren Jolly, Kiefer usw. haben es schlauer angepackt. Auf dem Weg kommen wir aber nicht zum Ziel. Ich war der Meinung und ich stehe auf dem Standpunkt, daß die, welche hinter Ihnen stehen, wertvolle Glieder des Staates sind und zur Mitarbeit beigezogen werden sollen; aber mit der Politik, die Sie treiben, ist das Gegenteil erreicht, was Sie erzielen wollen und haben möchten. Auf dem Wege, daß Sie uns auseinanderjagen mit Sprengpulver, wird das Ziel nicht erreicht. Das war nicht weit her. Das war nicht erstklassig. Das war nicht von der Sorte, die Berthold Schwarz entdeckt hat; da müssen Sie schon ein anderes Kaliber anwenden. Diese Dinge wirken verkehrt. Ich wäre der Meinung, es hätte hier die Möglichkeit geschaffen werden können in die Dinge näher einzudringen und miteinander zu arbeiten im Interesse des Volkes und des Vaterlandes, das zu erreichen, das ich auch heute noch als das Ideal festhalte, das ich angestrebt habe.

Präsident Dr. **Baumgartner**:

Der Herr Abg. Marum hat ums Wort gebeten zu einer kurzen Erklärung zu dem Zwischenruf.

Abg. **Marum** (Sozdem.):

Ich habe gegenüber dem Herrn Abg. Dees einen Zwischenruf gemacht in Formen, die unrichtig sind. Ich habe mich in der Erregung hinreißen lassen, diesen Zwischenruf zu machen. Sachlich halte ich die Präzisierung der Zwischenrufe des Abg. Dees aufrecht. Es gab keinen parlamentarischen Ausdruck, um zu kennzeichnen, was er gesagt hat.

Präsident Dr. **Baumgartner**:

Ich habe den Zwischenruf nicht gehört, sonst wäre die Sache von mir gerügt worden. Ich habe das Wort dem Herrn Abg. Marum während der Verhandlung gegeben, damit die Sache ausgeräumt werden konnte.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Abg. D. **Mayer**-Karlsruhe (Bürgerl. Ver.):

Ich werde die politischen Auseinandersetzungen, in die die verschiedenen Parteien eingetreten sind, nicht fortsetzen. Ich will mich bemühen, bei der Sache zu bleiben. Es geht mir wie einem der Herren Vorredner, es ist im Grunde genommen alles vor 8 Tagen gesagt worden und manches wiederholt gesagt worden, und nun soll man es zum dritten und viertenmal sagen. Ja warum das, wenn man nicht die ausgesprochene Absicht hat, zum Fenster hinaus zu reden? Tut das aber der eine, dann muß es der andere auch tun, er mag wollen oder nicht. Was ich an dem Gesetze im ganzen auszustellen habe, habe ich vor 8 Tagen ausgeführt und ich kann mich darauf beschränken, daran zu erinnern. Es ist der Umstand, daß ein vollständiger Bruch mit der Vergangenheit stattgefunden hat, und daß dieser Gesetzentwurf diesen Bruch gewissermaßen übernommen hat, daß er hier besiegelt und ihm Folge gegeben wird. Ich muß nun aber heute bemerken, daß an diesem Bruch der Vergangenheit gerade die demokratische Partei vielleicht vor allen anderen Parteien schuldig oder doch mit anderen Parteien schuldig ist, und ich muß es den Herrn von der Demokratie sagen: Sie haben all die Jahre her gerade auch unter der Führung des Herrn Hofheinz den Bogen eben sehr überspannt, und nun dürfen Sie sich nicht wundern, wenn der Pfeil zurückschnellt. Ich gebe rundweg zu, daß in diesem Gesetzentwurf der Pfeil zurückgeschnellt ist. Ich werde darauf noch kommen.

Um den Bruch zu vermeiden d.h. jetzt zu heilen und um den Versuch zu machen, ein Zusammenwirken der verschiedenen Bestrebungen auf der Bahn unserer badischen Schulgesetzgebung zu erreichen, habe ich den Antrag gestellt, den Sie als Antrag Nr. 1 bekanntlich auf Seite 8 und 9 des Berichtes finden, den uns der Abg. **Rückert** erstattet hat. Ich habe dort beantragt

> die Reichsregierung zu ersuchen, die noch bestehenden 4 Lehrerseminare, statt sie eingehen zu lassen, sofort im Sinne des „Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes" zu Lehrerbildungsanstalten umzugestalten unter Beifügung des Unterbaus einer 5- oder 6-klassigen Aufbauschule — die im übrigen der Allgemeinheit zugänglich zu machen wäre.

Ich bedauere, daß dieser Antrag nicht mehr Anklang gefunden hat; ob er Aussicht hatte, will ich nicht entscheiden. Der Herr Vorsitzende des Haushaltsausschusses hat damals die Tragweite des Antrages richtig verstanden, indem er sagte, über diesen Antrag müsse zuerst abgestimmt werden, denn wird er angenommen, so fällt die ganze Gesetzesvorlage hin. Ich bin heute noch der Meinung, wenn man nicht zu sehr auf allen Seiten sich festgefahren hätte, sondern auf den Antrag eingegangen wäre, wären wir vielleicht zu der ersprießlichen Zusammenarbeit gekommen, von der auch der Abg. Dr. **Schofer**, wenn ich recht verstanden habe, eben sagte, daß sie in seinem Sinne und Wunsche gelegen wäre. Auf dem Boden dieses Antrags wäre es möglich gewesen, in der Bahn und Richtung der wohlerwogenen badischen Schulgesetzgebung vom Jahre 1876 zu bleiben, und in dem Rahmen dieser Schulgesetzgebung, und ich möchte hier unmißverständlich feststellen, daß es für mich eine grundsätzliche Frage ist, ob auf diesem Boden des Jahres 1876 geblieben wird oder nicht. Es wäre dann möglich gewesen, die Mängel wohl zu vermeiden, mit denen nun einmal in unseren Augen dieser Gesetzentwurf behaftet ist.

Für einen Anbruch der Weltwende sehe ich allerdings dieses Gesetz nicht an oder für etwas derartiges; der Abg. **Hofheinz** hat sich ja dem Sinne nach ähnlich ausgedrückt; der Ausdruck ist mir augenblicklich entfallen. Also für den Anfang einer Weltwende sehe ich dieses Gesetz nicht an; auch dann nicht, wenn wir geneigt sind, Baden für die Welt zu halten. (Heiterkeit). Aber als ein Ausdruck dafür mag dieses Gesetz wohl gelten, wie stark der Wagen der deutschen Kultur hin und her geschüttelt und von verschiedenen Tendenzen hin und her gestoßen wird, und in der Tat haben sich nach meiner Auffassung in diesem Gesetze Tendenzen durchgesetzt, denen wir einmal aus staatspolitischen Erwägungen, zum anderen um der Schule willen nicht zustimmen können. Um aber hier ein Wort zu sagen von der Staatsomnipotenz, mit der in letzter Zeit versucht wird, die Menschen graulich zu machen — anders kann ich nicht sagen —, um was handelt es sich denn, wenn neulich der Name des bekannten Philosophen Hegel genannt worden ist? Darum, daß Hegel gesagt hat, daß im Staate die oberste Autorität der Staat ist, über dem, wie über der Kirche, die ewigen Grundsätze der Wahrheit und der Sittlichkeit walten. Wer soll denn sonst im Staat die Autorität haben, wenn nicht der Staat? und wir, die wir Politiker sind, mit anderen Worten für den Staat zu sorgen und die Staatsgeschäfte zu treiben haben, wir müssen die Dinge staatspolitisch betrachten, und einzig von diesem staatspolitischen Gesichtspunkte aus habe ich erklärt, daß in diesem Gesetze Teile sind, die es für mich und meine Freunde unmöglich machen, ihm zuzustimmen: Zum anderen um der Schule willen. Ich habe vor 8 Tagen knapp und bestimmt auseinandergesetzt, gelegentlich einer persönlichen Bemerkung, zu der ich Veranlassung hatte, was wir an dem Gesetzentwurf tadeln und warum wir ihn ablehnen. Einmal: die wilde Ausbildung ist schrankenlos gestattet; zweitens: die Vorbildung bleibt unklar und willkürlich bestimmt, drittens: der Zugang zum Lehrerberuf ist nicht breit genug geöffnet. Das wären die Gründe, die mich und meine Freunde veranlaßt haben, gegen diesen Gesetzentwurf zu stimmen und für zwei meiner Freunde stark genug sind, um ihm wenigstens die Zustimmung zu versagen.

Und nun möchte ich noch auf zwei Einzelheiten zurückkommen; auch zum zweiten- oder drittenmal, aber ich kann das nicht ändern.

Es ist heute wieder viel die Rede von der grundsätzlichen Simultanität gewesen.

Darüber habe ich mich vor acht Tagen ausführlich genug ausgesprochen. Ich will das damals Gesagte heute nicht wiederholen; wer an meinem Standpunkte — der ohne jede Zweideutigkeit und durchaus klar ist — ein Interesse hat, ist gebeten, in den Niederschriften über unsere Verhandlungen das Einschlägige nachzulesen. Jetzt will ich nur folgendes sagen.

Mit dem Antrag:

> „Diese Lehrerbildungsanstalten sind grundsätzlich simultan"

vermag ich nichts anzufangen, weil ich überhaupt nichts damit anfangen kann, wenn ohne jede weitere Ergänzung und Erläuterung in einem Gesetze steht: „grundsätzlich". Denn bei diesem Wort muß man ja sofort fragen: „**Grundsätzlich**" — ja, aber wie im einzelnen Falle? wie in der Praxis, wie in der Anwendung und wie in der Ausführung?! — Wenn ich in ein Gesetz nichts weiter hineinschreibe als dieses „grundsätzlich simultan", so fordere ich ja geradezu den Versuch heraus, ob nicht und inwieweit dieser Grundsatz der Simultanität durchbrochen werden kann. So würde also dieser Satz nichts anderes bewirken, als daß er Anlaß gäbe zu Streitigkeiten — und diese wollen wir ja gerade verhüten.

Es mag vielleicht zugegeben werden — und ich glaube, auch die Regierung kann das zugeben —, daß man in jenem Satz von dem simultanen und konfessionellen Charakter der Lehrerbildungsanstalten, der in der Begründung steht, vielleicht auch einen anderen Ausdruck hätte wählen können; es heißt dort eben, daß von drei Lehrerbildungsanstalten eine simultan sein soll, eine evangelisch, eine katholisch — warum das so geworden ist, haben wir uns auch schon klar gemacht: aus der Reduzierung! — Es ist doch nur die Tatsache selber, die wir nun einmal seit Jahren und Jahrzehnten haben, hier — ich möchte fast sagen: harmlos — festgestellt, und ich kann nicht zugeben, daß hier eine Äußerung von solcher Tragweite vorliegt, wie man es hineinzudeuten sich bemüht. Mir scheint dieser Satz in der Begründung eine bessere Grundlage und eine festere Handhabe für eine reibungslose und klare Ordnung der Dinge zu

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

bieten, als wenn es lediglich in dem Gesetz selber, ohne jede nähere Erläuterung und Erklärung, es heißen würde: „grundsätzlich simultan". Damit kann ich, wie gesagt, nichts anfangen.

Dann noch ein Wort über die Frage der Dringlichkeitserklärung nach dem § 23 der badischen Verfassung, von der hier ja auch viel die Rede gewesen ist. Ich habe seinerzeit selber ausgeführt, daß es an sich mit diesem Gesetze nicht eilt, und daß wir die Erwägungen, die dazu führen sollen, ein Gesetz über die Lehrerbildung zustande zu bringen, deswegen vielleicht ganz gut nochmals von vorne anfangen könnten, weil wir ja noch so viele Junglehrer haben, die doch untergebracht werden müssen; diese Unterbringung ist eine dringende Notwendigkeit, so daß wir mit Lehrkräften noch auf Jahre hinaus versorgt sind.

Von dieser Frage aber — ob das Gesetz sachlich eilt oder nicht — ist sehr wohl die andere Frage zu unterscheiden, ob man die technische Fertigstellung dieses Gesetzes ohne Zweck und Ziel verzögern und hinausschleppen soll oder nicht. Und wenn Sie jetzt davon reden, man solle das Gesetz nicht für dringlich erklären, so möchte ich fragen, was Sie damit denn beabsichtigen (Sehr richtig! von mehreren Seiten). Wenn Sie sich den § 23 der Verfassung genau ansehen (Unterbrechung durch Zurufe aus der deutsch-demokratischen Fraktion: Wenn Sie das Gesetz doch ablehnen, können Sie es nicht für dringlich erklären!). Wozu wollen Sie es denn für nichtdringlich erklärt haben? Wollen Sie denn in der Tat die Angelegenheit auf den Volksentscheid hinausführen? (Abg. Dr. Glockner: Nein!). Also: Sie haben selber erklärt, daß Sie das nicht wollen. Aber nun ist doch ganz richtig: die Bestimmung des § 23 hat als Zweck und Ziel am Ende nur den Volksentscheid (Zuruf aus der deutsch-demokratischen Fraktion: Das wissen wir doch auch, Herr Kollege!). Diesen Zweck und dieses Ziel verfolgen Sie nicht: wozu also das ganze — ja wie soll ich sagen? — wozu das ganze Manöver?! Etwas anderes ist es nicht. Warum soll nun die ganze Unruhe und Aufregung noch drei Monate länger dauern — wo wir doch so viel anderes zu tun haben! Warum soll ebenso lang der Versuch weiter gehen, an dem Bestande einer oder der andern Partei zu rütteln? Dieser Versuch und diese Absicht ist ja sehr deutlich!

Hier vollzieht sich in der Tat doch etwas wie ein Schicksal; ich sage ausdrücklich: „so etwas wie" ein Schicksal, weil ich die Bedeutung der Sache etwas einschränken und nicht in großen, tragischen Worten reden möchte. Ich bedauere das ja; ich bedauere auch sachlich, daß das Gesetz zustande kommt. Aber wenn neulich im Blick auf die Zukunft der sozialdemokratische Sprecher erklärt hat „dann sind wir auch noch da", so dürfen wir erst recht es aussprechen: auch wir sind immer noch da — und wir werden uns bemühen, alles zu tun, damit der Wagen deutscher christlicher Kultur nicht entgleise. (Beifall; Zurufe aus der Mitte des Hauses.)

Präsident Dr. **Baumgartner**:

Ich habe selbst hier eine Feststellung zu machen: Es ist vorhin unter anderem auch eine Debatte darüber entstanden, wann im vorigen Landtag die Vorlage über das Lehrerbildungsgesetz an den Landtag gekommen ist, und der Herr Kollege Hofheinz hat, wenn ich nicht irre, gesagt, daß früher dringliche Sachen im Überdruck hergestellt worden wären, damit man nicht hätte warten müssen, bis der Druck des Gesetzentwurfes fertiggestellt war (Zuruf des Abg. Hofheinz); man hätte auch damals, als es sich um die Lehrerbildungsvorlage handelte, in dieser Weise verfahren können. Dazu stelle ich folgendes fest:

Am 10. Juli 1925 ist der Gesetzentwurf im Staatsministerium unterschrieben worden; er kam an mich am 12. Juli abends; am 13. Juli früh ist er von mir in Druck gegeben worden; am 15. Juli ist er bereits in 120 Stück von der Druckerei aus hier eingetroffen und sofort verteilt worden; in einer Sitzung des Vertrauensmännerausschusses des Landtags am 16. Juli habe ich laut Protokoll die Anfrage gestellt, ob nun dieser Gesetzentwurf, wie das früher schon wiederholt gewünscht worden war, einem Sonderausschuß (das wäre der Schulausschuß) oder ob er dem Haushaltausschuß überwiesen werden solle. Daran hat sich eine längere Debatte angeschlossen; ich habe hier das Protokoll über die Vertrauensmännersitzung: In dieser ist von den Fraktionsvertretern verschiedentlich gewünscht worden, erst ihre Fraktionen zu hören. Ich habe darauf gebeten, die Herren Fraktionsvorsitzenden möchten mir das Ergebnis der Aussprache in ihren Fraktionen mitteilen. Am selben Tage, an dem ich die letzte derartige Mitteilung der Fraktionen erhalten hatte, habe ich sofort den Gesetzentwurf samt Vertretungsauftrag dem für zuständig erklärten Haushaltsausschuß überwiesen — und darnach dann den Gesetzentwurf selbst im Plenum verkündigt.

Zu einer persönlichen Bemerkung erhalten das Wort

Abg. Dr. **Engler** (Sozdem.):

In Ausführungen, die er vorhin machte, hat der Herr Abg. Hofheinz auf Äußerungen bezug genommen, die ich in einer Versammlung in Neustadt getan haben soll: Ich will nur feststellen, daß, seitdem es einen Hellpachschen' Schulgesetzentwurf gibt, ich in Neustadt überhaupt in keiner Versammlung gesprochen habe (Heiterkeit — Zurufe).

Abg. **Hofheinz** (D. Dem. P.):

Der Feststellung des Herrn Kollegen Dr. Engler gegenüber möchte ich nur das eine bemerken: Ich werde ihm einen darauf bezüglichen Brief, den ich leider nicht hier habe, noch zugänglich machen. Es steht fest, daß der Herr Abg. Dr. Engler entweder in Neustadt oder in Falkau, vielleicht zu einer anderen Zeit, gesprochen hat; die Tatsache ist gegeben, daß der Herr Kollege Dr. Engler noch durch einen meiner Kollegen wegen dieser Sache befragt worden ist und seine Ausführungen bestätigt hat. Ich werde dem Herrn Kollegen Dr. Engler persönlich Einblick in das Schreiben geben. —

Von dem Herrn Abg. Dr. Schofer wurde sodann inbezug auf eine Äußerung, die bei meinen Ausführungen „gefallen sein soll", betont, darin sei mir „entschlüpft, es gelte den Katholiken." Ich lehne das rundweg ab. Ich habe niemals Äußerungen getan, die gegen eine „Konfession" als solche gerichtet waren. Was ich gesagt habe — und wozu ich stehe — das ist folgendes: Wir wehren uns dagegen und wir werden das auch weiterhin tun, daß seitens der Kirchen Übergriffe auf den Staat erfolgen. Das ist aber doch wahrlich etwas ganz anderes, als was der Abg. Dr. Schofer hier andeuten möchte. Damit werden auch keine Rechte und Daseinsmöglichkeiten irgend einer Konfession irgendwie gefährdet.

Ich muß das hier feststellen, damit nicht draußen eine Legende entsteht, die wieder agitatorisch ausgenützt werden soll.

Dann habe ich es von vornherein abgelehnt, hier zu der Frage der Lehrerbildung als Lehrer zu sprechen. Ich habe dazu weder als Lehrer, noch als Führer der Organisation, sondern als demokratischer Abgeordneter und im Namen unserer Fraktion gesprochen. In dieser Hinsicht haben, wie ich glaube, meine Ausführungen in keiner Weise Beanstandungen erfahren können. Nun kann es aber der Abg. Dr. Schofer doch nicht unterlassen, die früher auf den Landbund angewandte Taktik wieder zu erproben, indem er, offenbar auf mich gerichtet, von „mißerfolgerprobter Führung" der Lehrer spricht. Ich kann mir denken, daß ihm diese Führung nicht besonders gefällt. Er hat ja wörtlich gesagt: Schuld ist die falsche Führung der Lehrerschaft. Hätte vielleicht

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

diese Führung der Lehrerschaft einfach die Absicht des Zentrums und der Regierung auf Niederhaltung der Schule und des Lehrerstandes gar noch gutheißen und die Lehrerschaft zum Dank für diese Behandlung der Frage auffordern sollen?

Ich habe schon in einem Zwischenruf diese Kritik zurückgewiesen und wiederhole mit aller Bestimmtheit, der Herr Abg. Dr. Schofer muß die Entscheidung über ihre Führung der Organisation der badischen Lehrerschaft überlassen. Sie wird es ablehnen, von ihm Weisungen zu erhalten. Ich begreife, daß manche Kreise die freiheitliche Entwicklung des Lehrerstandes überrascht, daß — zum Glück — in den vergangenen Jahrzehnten sich endlich eine Emanzipation auch dieses Standes herausgebildet hat gegenüber gewissen Ständen und Kreisen, deren hemmender Einfluß nicht mehr anerkannt werden kann. Ohne Verselbständigung eines werdenden Standes keine Leistung! Das ist eine Grundtatsache. Man sollte sich daher über diese Entwicklung freuen und nicht sie bekämpfen. Überlassen Sie also die Bewertung ihrer Führung der Lehrerschaft selbst. Wenn die badische Lehrerschaft eines Tages mit dieser „mißerfolgerprobten Führung" nicht mehr zufrieden sein sollte, dann wird sie schon selbst einen Weg zur Lösung finden. Ob diese Lösung Ihren Wünschen dann entspricht, bleibt freilich abzuwarten. (Beifall bei den Demokraten.)

Präsident Dr. Baumgartner schlägt vor, hier abzubrechen und setzt die nächste Sitzung auf nachmittags 1/4 4 Uhr fest.

Der Präsident schließt die Sitzung nach 1 Uhr.

Berichtigung eines Druckfehlers.

Im Amtlichen Bericht der 80. Sitzung vom 23. 3. 26 muß es in der Rede des Abg. Dr. Schmitthenner S. 1465 in der zehntletzten Zeile statt „amtlichen" Unterschied heißen „artlichen" Unterschied.

Inhaltsverzeichnis umstehend.

Inhaltsverzeichnis:

	Spalte
Präsident Dr. Baumgartner	
Ansprache (Nachruf)	1495
Anzeige neuer Eingänge	1496, 1509
Beantwortung einer Kurzen Anfrage	
Ministerialrat Dr. Hirsch	1498
Finanzminister Dr. Köhler	1499
Zweite Beratung des Gesetzentwurfs über Änderung des Schulgesetzes	
Allgemeine Beratung:	
Abg. Dr. Mattes	1510
„ Marum	1514, 1536
„ Hofheinz	1519
Minister des Kultus und Unterrichts Remmele	1526
Abg. Dr. Schofer	1529
„ D. Mayer	15 7
Präsident Dr. Baumgartner	1539
Persönliche Bemerkungen:	
Abg. Dr. Engler	1540
„ Hofheinz	1540

Verantwortlich für den Bericht über die Verhandlungen: B. Finner, Karlsruhe.
Druck der Karlsruher Zeitung.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg